



Rheinland-Pfalz


Statistische Monatshefte

Statistik
nutzen



11 | 2005

Statistisches Landesamt



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Jürgen Hammerl

Die Felder werden für die neue Ernte 2006 vorbereitet. Bei der Feldfruchternte des Jahres 2005 konnten die Spitzenerträge des Vorjahres bei weitem nicht erreicht werden.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	657
Bundestagswahl 2005: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten	669
Geburtenentwicklung 2004 – eine kleine Zeitreihenanalyse	680
Feldfruchternte 2005 – Ertragseinbußen im Vergleich zum Vorjahr	690
Daten zur Konjunktur	695
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	717
Neuerscheinungen	727

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Gewerbemeldungen und Insolvenzen im ersten Halbjahr 2005

Weniger Gewerbeanmeldungen

Zahl der Abmeldungen höher als ein Jahr zuvor

In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Halbjahr 2005 weniger Gewerbeanmeldungen registriert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gewerbeämter erfassten knapp 22 400 Gewerbeanmeldungen, das war ein Rückgang von 3,9% gegenüber dem ersten Halbjahr 2004. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen lag bei rund 17 300 und damit um 4,1% höher als im Vorjahreszeitraum.

Gut 84% der Gewerbeanmeldungen betrafen Neuerrichtungen, der Rest entfiel etwa zu gleichen Teilen auf Zuzüge und Übernahmen. Mehr als die Hälfte der Gewerbeanmeldungen kamen aus dem Bereich „Handel und Instandhaltung“ sowie aus dem Wirtschaftszweig „Grundstücks-

und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Zu diesem sehr heterogenen Bereich gehören unter anderem Fahrzeugvermieter, Softwarehäuser, Unternehmensberater und Ingenieure sowie Gebäudereiniger. In beiden Wirtschaftszweigen wurden weniger Anmeldungen gezählt als im ersten Halbjahr 2004. Auch bei den sonstigen Dienstleistungen, die auf Rang drei liegen, und im Gastgewerbe (Rang fünf) lagen die Zahlen der Anmeldungen unter denen des Vorjahreszeitraums. Mehr Anmeldungen kamen dagegen aus dem Baugewerbe.

Bei den Gewerbeabmeldungen entfiel der größte Anteil mit mehr als drei Vierteln auf die Betriebsaufgaben. Der Rest verteilte sich auf Übergaben von Unternehmen durch Verkauf,

Verpachtung, Erbfolge, Rechtsformänderung und Gesellschafteraustritt sowie auf die Fortzüge in einen anderen Meldebezirk.

Die Stadt Speyer lag sowohl bei den Anmeldungen als auch bei den Abmeldungen – bezogen auf 10 000 Einwohner – an erster Stelle. Die wenigsten Anmeldungen je 10 000 Einwohner gab es im Landkreis Kusel, die wenigsten Abmeldungen im Landkreis Trier-Saarburg.

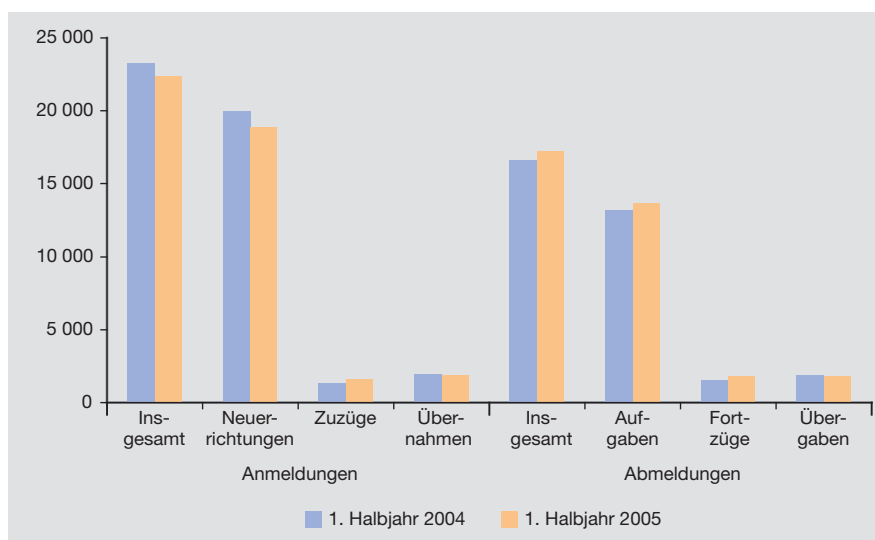
Zahl der Unternehmensinsolvenzen gestiegen

Deutliche Zunahme bei Verbraucherinsolvenzen

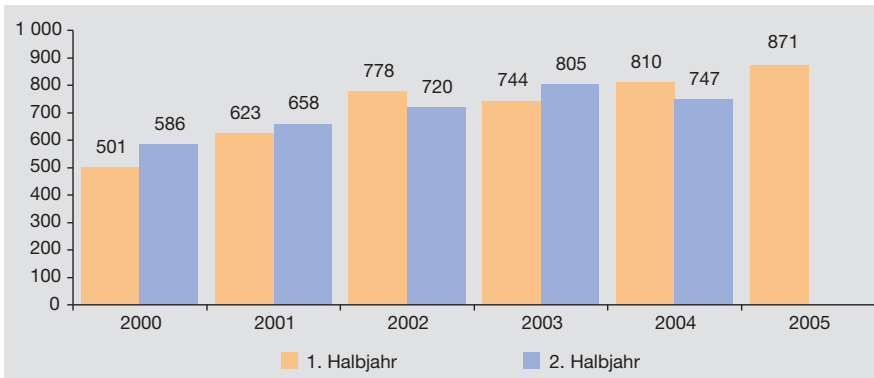
Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2005 höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den Amtsgerichten wurden 871 Anträge gestellt, 61 (7,5%) mehr als im ersten Halbjahr 2004. Die Summe der offenen Forderungen lag bei 487,5 Mill. Euro, das waren fast 23% mehr als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres.

Die meisten Insolvenzen gab es in den Bereichen Handel und Baugewerbe sowie im Wirtschaftszweig „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Zu diesem sehr heterogenen Bereich gehören unter anderem Fahrzeugvermieter, Softwarehäuser, Unternehmensbe-

Gewerbeanzeigen im 1. Halbjahr 2004 und 2005



Unternehmensinsolvenzen 2000–2005 nach Halbjahren



rater und Ingenieure sowie Gebäudereiniger. In den drei am häufigsten betroffenen Wirtschaftsbereichen nahm die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Einen deutlichen Anstieg gab es auch im Gastgewerbe, wogegen die Zahl der Anträge aus dem verarbeitenden Gewerbe niedriger lag als im ersten Halbjahr 2004.

Bezogen auf 1 000 aktive Unternehmen wurden die meisten Insolvenzen im Landkreis Altenkirchen registriert,

gefolgt von den Städten Pirmasens und Kaiserslautern; die wenigsten Insolvenzen gab es nach dieser Berechnung in den Kreisen Germersheim und Cochem-Zell.

Weiter gestiegen ist im ersten Halbjahr auch die Zahl der übrigen Schuldner, zu denen neben Verbrauchern auch ehemals Selbständige gehören. Von Januar bis Juni 2005 wurden 2 302 Insolvenzanträge gestellt, die Forderungen in Höhe von 306 Mill. Euro

betrafen. Das war gegenüber dem ersten Halbjahr 2004 ein Anstieg von 23,8% bei den Anträgen und von 38,3% bei den Forderungen. 1 437 dieser Anträge wurden von Verbrauchern gestellt, 26,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Auf 100 000 Einwohner kamen im ersten Halbjahr 35,4 Verbraucherinsolvenzen. Die mit Abstand höchste Insolvenzdichte hatte die Stadt Pirmasens mit 286,5 Fällen je 100 000 Einwohner, gefolgt von der Stadt Landau und dem Landkreis Bitburg-Prüm. Die niedrigsten Werte wurden für die Landkreise Alzey-Worms und Cochem-Zell errechnet.

Bundesweit gab es im ersten Halbjahr 19 153 Unternehmensinsolvenzen, das waren 3,9% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Insolvenzanträge von übrigen Schuldnern stieg um 25,4% auf 46 251.

Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen wird immer größer CD-ROM liefert Einblick in die Kommunalfinanzen

Die Lücke zwischen den Ausgaben und den Einnahmen der Kommunen wird immer größer. Das macht die CD-ROM zu den finanzstatistischen Daten der Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz deutlich, deren aktuelle Version das Statistische Landesamt jetzt veröffentlicht hat.

Im Jahr 2003 gaben Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise brutto insgesamt knapp 9,76 Mrd. Euro aus, das waren gut 430 Mill. Euro mehr als im Jahr 2002. Dem standen Einnahmen von lediglich 8,28 Mrd. Euro gegenüber, 175 Mill. Euro weniger als ein Jahr zuvor. Mehr als 80% der Ausgaben entfielen auf die Verwaltungshaushalte. Hier lagen die Ausgaben im Jahr 2003 um 479 Mill. Euro über denen von 2002, wobei es die größten Steigerungen bei den Sozialausgaben gab (+8%). Die Aufwen-

dungen für das Personal stiegen ebenfalls deutlich an (+2,9%). Dagegen wurden die Ausgaben im Vermögenshaushalt im Jahr 2003 weiter reduziert; vor allem bei den Sachinvestitionen – darunter fallen auch Ausgaben für Baumaßnahmen – sparten die Kommunen. Sie gingen gegenüber 2002 um 6,1% auf 1,11 Mrd. Euro zurück.

Neben Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt mussten die Kommunen auch Einnahmerückgänge verkraften. Die Bruttoeinnahmen lagen im Jahr 2003 um 2,1% unter denen des Vorjahres.

Weitere Informationen zur CD-ROM und einen Bestellschein finden Sie in der Rubrik Neuerscheinungen auf der letzten Seite in diesem Heft.

Erstes Halbjahr 2005: Rheinland-pfälzischer Außen- handel wächst

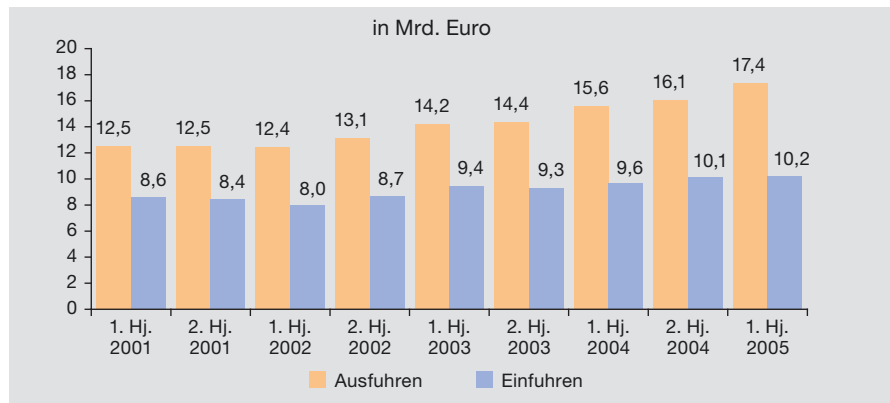
Frankreich nach wie vor der wichtigste Handelspartner

Rheinland-Pfalz exportierte im ersten Halbjahr 2005 nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 17,4 Mrd. Euro. Das waren 11,4% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Deutschlandweit wurden im gleichen Zeitraum 5,5% mehr Waren ausgeführt. Gut 72% der rheinland-pfälzischen Ausfuhren mit einem Warenwert von 12,6 Mrd. Euro gingen in das europäische Ausland (+9%). Davon wurden in die Länder der Europäischen Union (EU-25) Waren für 11,1 Mrd. Euro exportiert (+7,3%). Ihr Anteil an den Gesamtausfuhren betrug rund 64%. Hauptabnehmerland war Frankreich, das Waren im Wert von 2,3 Mrd. Euro aus Rheinland-Pfalz importierte (+13,5%). An zweiter und dritter Stelle der belieferten Länder folgten die USA (1,5 Mrd. Euro; +8,8%) und das Vereinigte Königreich (1,3 Mrd. Euro; +7,8%).

Der Ausfuhrzuwachs von 1,8 Mrd. Euro ist insbesondere auf den Anstieg bei den Enderzeugnissen zurückzuführen (+18,1%). Die Hauptexportgüter der rheinland-pfälzischen Wirtschaft waren nach wie vor Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge mit einem Anteil von 14%, chemische Vorerzeugnisse (7,3%), Kunststoffe (6,6%) sowie pharmazeutische Erzeugnisse (6%).

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden Waren für insgesamt

Ein- und Ausfuhren 2001–2005 nach Halbjahren



10,2 Mrd. Euro importiert. Das waren 6,2% mehr als im ersten Halbjahr 2004. Auf Bundesebene stiegen im Vergleichszeitraum die Warenlieferungen aus dem Ausland um 6,9%. Rheinland-Pfalz führte Waren im Wert von 8,2 Mrd. Euro aus Europa ein (+6,9%). Mit einem Warenwert von 7,3 Mrd. Euro (+6%) und einem Anteil von rund 72% waren die Länder der Europäischen Union (EU-25) am Gesamtimport des Landes beteiligt. Die wertmäßig umfangreichsten Warenlieferungen in Höhe von rund 1,5 Mrd. Euro kamen aus Frankreich (-6,9%), gefolgt von den Niederlanden mit 1,4 Mrd. Euro (+30,2%) und Belgien mit 1,2 Mrd. Euro (+5%).

Der Zuwachs bei den Einfuhren von fast 600 Mill. Euro beruht überwiegend auf dem vermehrten Import von Vorerzeugnissen (+18,4%). Haupteinfuhrgüter waren chemische Vorerzeugnisse sowie Mineralölerzeugnisse im Warenwert von 661 Mill. bzw. 544 Mill. Euro. In stärkerem Maße wurden auch Fahrgestelle, Karosserien, Teile und Zubehör für

Kraftfahrzeuge importiert (518 Mill. Euro; +33,4%).

Die Daten stammen aus der monatlichen Außenhandelsstatistik, die zentral vom Statistischen Bundesamt aufbereitet wird. Berücksichtigt sind alle Wirtschaftsunternehmen, deren Exporte oder Importe einen Jahreswert von 300 000 Euro überschritten haben.

Steigender Güterumschlag im ersten Halbjahr 2005 in der Binnenschifffahrt

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen belief sich im ersten Halbjahr 2005 auf 12,5 Mill. t. Das waren 7,2% mehr als im Vorjahr. Der Güterversand erhöhte sich um 9,3% auf 5,2 Mill. t, der Empfang um 5,8% auf 7,3 Mill. t.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen am stärksten, und zwar um 404 000 t. Damit entfiel fast die Hälfte der Gesamtzunahme des Warenumschlages (843 000 t) auf

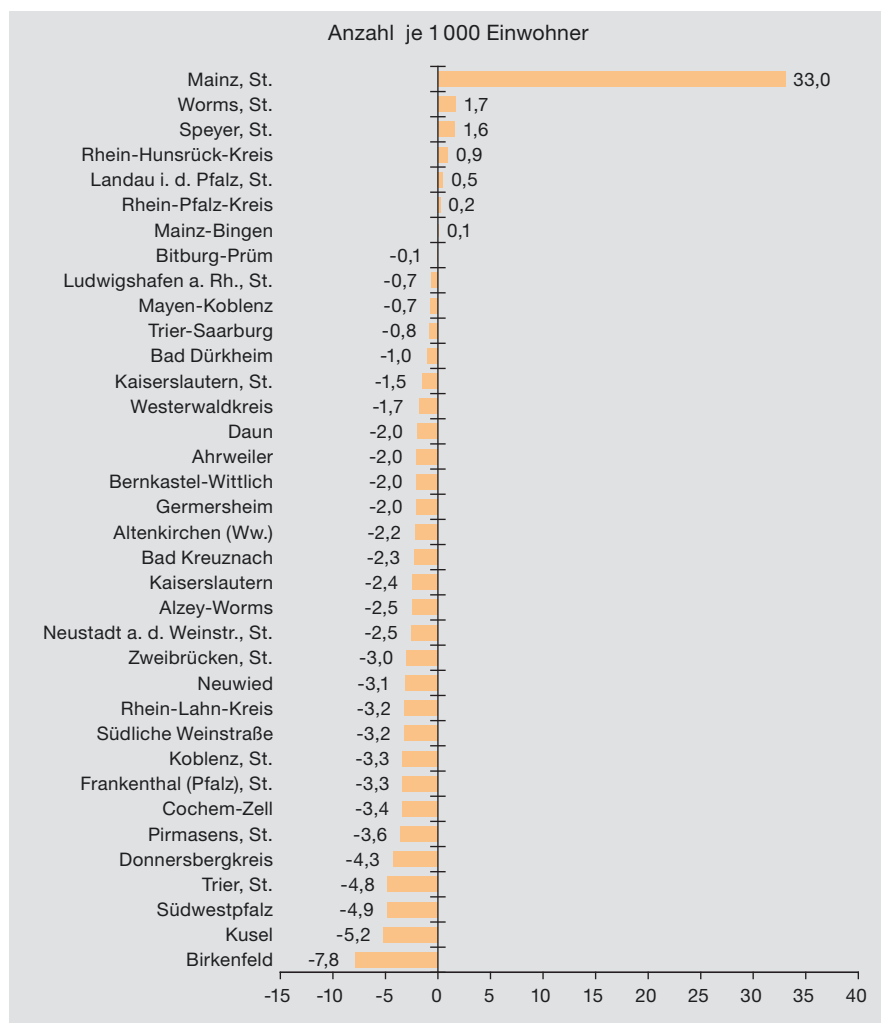
Güterumschlag in der Binnenschifffahrt im 1. Halbjahr 2005 nach Güterabteilungen

Güterabteilung	2004	2005	Veränderung
	1 000 t		%
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, lebende Tiere	205,3	230,5	12,3
Andere Nahrungs- und Futtermittel	915,2	906,0	-1,0
Feste mineralische Brennstoffe	35,7	20,6	-42,4
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	2 523,8	2 927,6	16,0
Erze und Metallabfälle	231,5	300,6	29,8
Eisen, Stahl und NE-Metalle	334,2	431,5	29,1
Steine und Erden	3 325,9	3 503,1	5,3
Düngemittel	561,7	519,8	-7,5
Chemische Erzeugnisse	1 718,7	1 832,3	6,6
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren	1 844,3	1 867,7	1,3
Insgesamt	11 696,5	12 539,6	7,2

diese Produkte. Auch für die meisten anderen Güterabteilungen waren Steigerungen zu verzeichnen. Lediglich Düngemittel, feste mineralische Brennstoffe sowie Andere Nahrungs- und Futtermittel erzielten nicht mehr das Umschlagsvolumen des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Im Rahmen der Binnenschifffahrtsstatistik werden monatlich, unabhängig von der Nationalität des Binnenschifffahrtsunternehmens und der Flagge des Schiffes, sämtliche Ankünfte und Abgänge von Güterschiffen sowie deren Ein- und Ausladungen in rheinland-pfälzischen Häfen erfasst. Der Güterumschlag beschreibt die Summe der Ein- und Ausladungen (Güterempfang plus Güterversand).

Bevölkerungsveränderung im 1. Halbjahr 2005 in den kreisfreien Städten (St.) und Landkreisen



Bevölkerung des Landes im ersten Halbjahr leicht rückläufig

Zweitwohnsitzsteuer beschert der Stadt Mainz mehr Einwohner

Am 30. Juni dieses Jahres hatten 4 059 604 Personen in Rheinland-Pfalz ihren Hauptwohnsitz. Dies ist das Ergebnis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung. Gegenüber dem 31. Dezember 2004 ist die Bevölkerung um 1 501 Personen gesunken. Damit zeichnet sich eine Trendwende in der seit Ende der 1980er-Jahre durch Zuwächse geprägten Bevölkerungsentwicklung ab.

Ein Vergleich auf Kreisebene offenbart, dass die meisten Landkreise und kreisfreien Städte im ersten Halbjahr leicht rückläufige Bevölkerungszahlen zu verzeichnen hatten.

Besonders auffällig ist dagegen die Entwicklung in Mainz. Hier legte die Bevölkerung im genannten Zeitraum um 3,3% zu. Wurden Ende 2004 in der Landeshauptstadt noch 186 061 Einwohner mit Hauptwohnsitz registriert, waren es ein halbes Jahr später 192 208. Auch in den kreisfreien Städten Worms, Speyer und Landau sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Rhein-Pfalz-Kreis und im Landkreis Mainz-Bingen waren noch geringe Zuwachsraten zu verzeichnen.

Hintergrund der Entwicklung in Mainz ist die Einführung einer Zweitwohnungssteuer. Personen mit einer Nebenwohnung in der Landeshauptstadt müssen seit dem 1. Juni 2005 eine Abgabe in Höhe von 10% ihrer Kaltmiete zahlen. Um diese Abgabe zu umgehen, haben zahlreiche Einwohner ihren Mainzer Zweitwohnsitz in den Hauptwohnsitz umgewandelt. Dabei dürfte es sich überwiegend um Studenten handeln, die damit ihre Hauptwohnung am Heimatwohnsitz aufgegeben haben. Dies verursachte nicht nur in rheinland-pfälzischen Gemeinden, sondern auch im benachbarten Hessen Bevölkerungsverluste durch die Aufgabe der Hauptwohnungen.

Krankenhauskosten um 1,5% gestiegen

Im Durchschnitt wurden 380 Euro je Behandlungstag aufgewendet

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern fielen im vergangenen Jahr Gesamtkosten in Höhe von rund 2,9 Mrd. Euro an. Das waren

1,5% mehr als im Vorjahr. Die Investitionskosten der Einrichtungen sind in diesem Betrag nicht enthalten; sie werden zum größten Teil von der öffentlichen Hand getragen.

Die größte Ausgabenposition bildeten mit 1,9 Mrd. Euro die Personalkosten. Hiervon entfielen fast 680 Mill. Euro (36%) auf den Pflegedienst, rund 470 Mill. Euro (25%) auf den ärztlichen Dienst und gut 230 Mill. Euro (12%) auf den medizinisch-technischen Dienst.

Die Sachkosten schlugen mit fast 925 Mill. Euro zu Buche und machten damit knapp ein Drittel der Gesamtkosten aus. Von diesen Sachkosten entfiel fast die Hälfte (48%) auf den medizinischen Bedarf, das heißt auf Arzneimittel, Narkose- und sonstigen OP-Bedarf, ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial sowie andere medizinische Gebrauchs- und Verbrauchsmittel.

Fast 11 Mill. Euro verwendeten die Krankenhäuser für Zinszahlungen und ähnliche Aufwendungen sowie Steuern. Die Kosten der an den Krankenhäusern betriebenen Ausbildungsstätten beliefen sich auf annähernd 21 Mill. Euro.

Krankenhauskosten 2004

Merkmal	Kosten	Veränderung gegenüber 2003
	1 000 Euro	%
Gesamtkosten	2 856 309	1,5
Personalkosten	1 900 363	1,4
Sachkosten ¹⁾	935 118	1,5
Kosten der Ausbildungsstätten	20 828	4,5
Abzüge insgesamt	273 604	5,9
Ambulanzen	82 977	6,5
wissenschaftliche Forschung u. Lehre	54 546	0,0
sonstige Abzüge	136 080	8,0
Pflegesatzfähige Kosten (Gesamtkosten minus Abzüge)		
	2 582 706	1,0

1) Einschließlich Zinsen, Steuern und ähnliche Aufwendungen.

Bereinigt man die Gesamtkosten von 2,9 Mrd. Euro um Bestandteile, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der stationären Leistungserbringung anfallen (beispielsweise Kosten der Ambulanzen sowie Kosten für wissenschaftliche Forschung und Lehre), so erhält man die pflegesatzfähigen Kosten, die sich auf die aufgestellten Betten und die Pflagetage beziehen lassen. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre sind diese pflegesatzfähigen Kosten um jahresdurchschnittlich 2,6% gestiegen und lagen im Jahr 2004 bei 2,6 Mrd. Euro.

Pflegesatzfähige Kosten 2004

Merkmal	Kosten	Veränderung gegenüber		Durchschnittliche jährliche Veränderung seit 1994
		2003	1994	
	Euro	%		
Pflegesatzfähige Kosten	2 582 706 000	1,0	28,8	2,6
je aufgestelltes Bett	100 183	1,4	45,1	3,8
je Pflageitag	380	4,1	65,9	5,2
je Patientenfall	3 192	4,2	15,8	1,5

Je Krankenhausbett fielen im Jahr 2004 Kosten von mehr als 100 000 Euro an. Damit stiegen – angesichts des im vergangenen Jahrzehnt vollzogenen Bettenabbaus – die Kosten je Bett seit 1994 mit jahresdurchschnittlich 3,8% vergleichsweise stärker an.

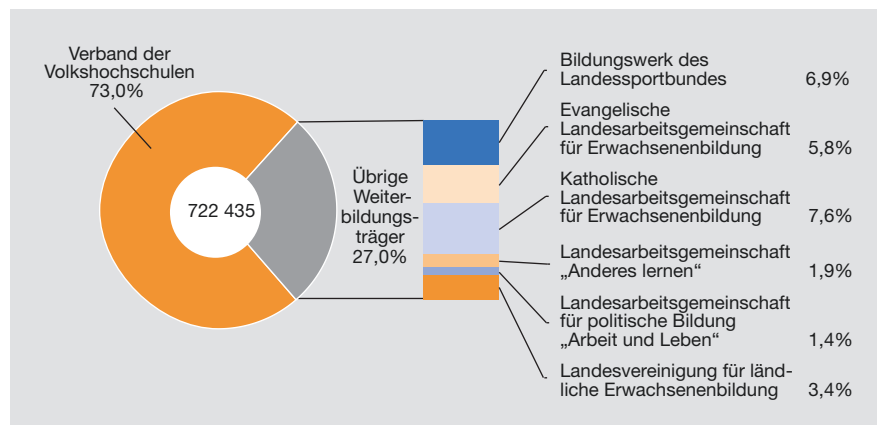
Auf die Pflgetage bezogen, lagen die Kosten im aktuellen Berichtsjahr bei 380 Euro je Tag. Gegenüber der für 1994 ermittelten Relation ergibt sich hier – angesichts des in den vergangenen Jahren drastisch gesunkenen Pflgetagevolumens – eine noch höhere jahresdurchschnittliche Steigerung um 5,2%.

Annähernd 783 000 Besucher nutzten Angebote von Volkshochschulen und anderen Weiterbildungsträgern

Land förderte Weiterbildung 2004 mit über 7,8 Mill. Euro

Die Volkshochschulen sowie die Einrichtungen der sechs anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz organisierten im vergangenen Jahr mehr als 46 000 Weiterbildungsmaßnahmen. Sie boten annähernd 783 000 Bildungshungrigen ein breites Spektrum an Weiterbildungsveranstaltungen, das von Zeitgeschichte, Politik und Kunst über Sprachenausbildung, Wirtschaft, Gesundheit und Ernährung bis hin zum Nachholen von Schulabschlüssen reichte. Die hohe Zahl lässt darauf schließen, dass die Weiterbildungsangebote von Einzelnen inten-

Organisierte Weiterbildungsstunden an Volkshochschulen sowie Einrichtungen anerkannter Träger der Weiterbildung 2004



siv genutzt werden. Weiterbildung war überwiegend Frauensache: Nur rund ein Viertel der Teilnehmenden waren Männer (192 000).

Von den insgesamt mehr als 722 000 angebotenen Weiterbildungsstunden wurde annähernd jede dritte für die Sprachenausbildung genutzt. Mehr als jede fünfte Stunde befasste sich mit Themenstellungen aus dem Bereich Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung. Deutlich mehr als jede achte angebotene Stunde entfiel auf den Bereich „Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung“.

Größter Anbieter waren die Volkshochschulen. Sie organisierten 73% der anerkannten Weiterbildungsstunden. Knapp 8% der Unterrichtseinheiten wurden von Einrichtungen der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung angeboten. An den Weiterbildungsstunden gemessen drittgrößter Anbieter waren mit 7% die Einrichtungen des Landessportbundes, gefolgt von den Organisationen der

Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung mit knapp 6%. Unter der Regie der Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung wurden über 3%, von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes lernen“ rund 1,9% und von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“ 1,4% der insgesamt organisierten Weiterbildungsstunden veranstaltet.

Erstmals wurden im vergangenen Jahr auch Online-Maßnahmen über das Internet angeboten. An diesen insgesamt acht vom Land geförderten Maßnahmen nahmen 45 Personen teil.

Im Haushaltsjahr 2004 förderte das Land Rheinland-Pfalz die Weiterbildung mit über 7,8 Mill. Euro. Davon wurden 7,7 Mill. Euro als Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz gewährt, weitere 100 000 Euro entfielen auf Ausgleichserstattungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

Die Zahlen stammen aus der Weiterbildungstatistik. Die statistische Erfassung erfolgt über den Landesbeirat für Weiterbildung bei den Spitzenorganisationen der Weiterbildungsträger, die ihrerseits die Daten bei den ihnen angeschlossenen Einrichtungen erheben. Die Aufbereitung der Ergebnisse erfolgt durch das Statistische Landesamt.

Frauen nutzen verstärkt die Fördermöglichkeiten des „Meister-BAföG“

Knapp 16 Mill. Euro an Förderleistungen bewilligt

Die Zahl der Frauen, die das so genannte Meister-BAföG in Anspruch nehmen, ist im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz deutlich angestiegen. 1 531 Frauen erhielten Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), das waren 215 Geförderte oder gut 16% mehr als im Jahr 2003. Allerdings fiel der Anstieg, verglichen mit den hohen Zuwachsraten der beiden vorangegangenen Jahre (2003: +69%; 2002: +79%), erheblich geringer aus; die Entwicklung in diesen Jahren war insbesondere durch die deutliche Ausweitung der Fördermöglichkeiten zum 1. Januar 2002 geprägt. Der Frauenanteil unter den Leistungsbeziehern belief sich 2004 auf 28%. Er lag damit – trotz der hohen Steigerungsraten – aber immer noch 3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Meister-BAföG-Bezieher im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz

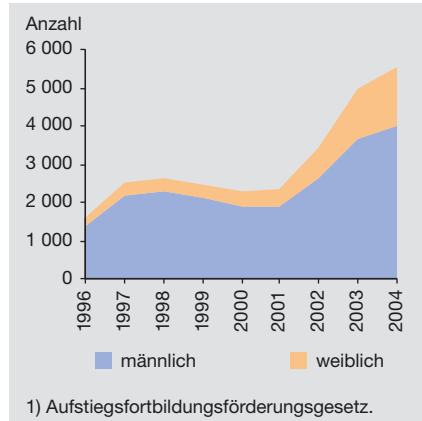
um 12% auf 5 551. Die Fördermittel wurden dabei verstärkt für Maßnahmen in Anspruch genommen, die in berufsbegleitender Form absolviert werden. Wählte die Mehrzahl der Geförderten in den Jahren 1996 bis 2001 eine Fortbildungsmaßnahme in Vollzeitform, so absolvierten im Jahr 2002 bereits 58% der Meister-BAföG-Bezieher eine Fortbildungsmaßnahme in Teilzeitform. Im Jahr 2004 ist dieser Anteil auf 66% gestiegen.

Die bewilligten Förderleistungen lagen 2004 bei über 15,8 Mill. Euro. Im Umfang von 10,7 Mill. Euro (68%) wurden Darlehenszusagen erteilt, weitere 5,1 Mill. Euro (32%) entfielen auf Zuschusszahlungen. Diese Aufwendungen werden zu 78% vom Bund und zu 22% vom Land getragen.

Von der Zuschussförderung wurden 3,1 Mill. Euro zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, weitere 2 Mill. Euro zur Bestreitung des Lebensunterhalts und 3 000 Euro zur Kinderbetreuung gewährt. Von den bewilligten Darlehen entfielen 6,2 Mill. Euro auf Leistungen zur Finanzierung der Lehrgänge (Maßnahmebeitrag). Weitere 4,4 Mill. Euro an Darlehen wurden als Unterhaltsbeitrag und 170 000 Euro zur Finanzierung des Meisterstücks oder einer vergleichbaren Prüfungsarbeit gewährt.

Das AFBG bietet all denjenigen, die sich – nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung – beispielsweise zum Handwerks- oder Industriemeis-

Geförderte nach dem AFBG¹⁾ 1996–2004



ter, zum Betriebswirt oder Fachkaufmann weiterbilden möchten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

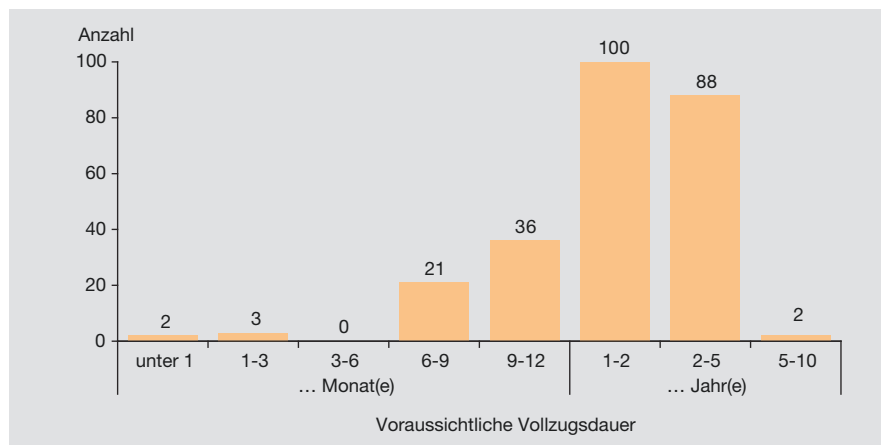
252 junge Straftäter sitzen in Justizvollzugsanstalten ein

Diebstahl und Unterschlagung häufigster Einweisungsgrund

In den zehn rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten saßen Ende März dieses Jahres 3 276 Strafgefangene ein, 52 weniger als ein Jahr zuvor. 252 dieser Insassen, 245 junge Männer und sieben Frauen, waren zwischen 15 und 20 Jahre alt. Sie waren zu Jugend- bzw. Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren verurteilt worden.

Von diesen jugendlichen Straftätern waren 204 deutsche Staatsbürger, 48 hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit oder waren staatenlos. 236 hatten einen festen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, 16 konnten keinen festen Wohnsitz nachweisen.

Jugendliche Strafgefangene am 31. März 2005 nach der voraussichtlichen Vollzugsdauer



Unter 21-jährige Strafgefangene am 31. März 2005 nach strafbarer Handlung und Geschlecht

Straftat	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Straftaten nach dem Strafgesetzbuch ohne solche im Straßenverkehr davon	228	223	5
Widerstand gegen die Staatsgewalt	1	1	-
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	9	8	1
Beleidigung	2	2	-
Straftaten gegen das Leben	3	3	-
Körperverletzung	37	36	1
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	2	2	-
Diebstahl und Unterschlagung	102	100	2
Raub und Erpressung	50	49	1
Begünstigung und Hehlerei	1	1	-
Betrug und Untreue	12	12	-
Urkundenfälschung	2	2	-
Sachbeschädigung	6	6	-
Gemeingefährliche Straftaten	1	1	-
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	18	16	2
Straftaten im Straßenverkehr	6	6	-
Insgesamt	252	245	7

Das Gros der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (41%) saß wegen Diebstahls und Unterschlagung ein. Jeder Fünfte war wegen Raubes oder Erpressung verurteilt worden. Knapp 15% der jungen Strafgefangenen verbüßten Strafen wegen Körperverletzung. 7% hatten gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen, knapp 5% waren wegen Betrugs

bzw. Untreue in eine Justizvollzugsanstalt eingewiesen worden. Andere Deliktgruppen spielen bei jugendlichen Strafgefangenen eine untergeordnete Rolle.

Etliche junge Strafgefangene sind bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Insgesamt knapp 17% waren ein- oder mehr-

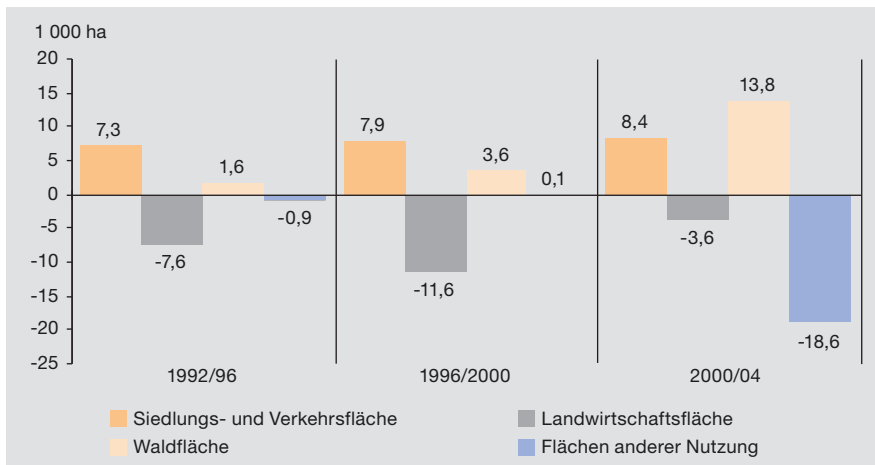
mals vorbestraft, 15% sitzen trotz ihres jugendlichen Alters bereits zum wiederholten Male ein.

Junge Straftäter sollen im Vollzug zu einem straffreien und verantwortungsbewussten Leben geleitet werden. Durch eine erzieherische Ausgestaltung des Strafvollzugs soll der Weg zurück in die Gesellschaft geebnet werden. Erreicht wird dies unter anderem dadurch, dass in den Strafanstalten neben diversen Hilfs- und Betreuungsangeboten auch schulische und berufliche Bildungsmaßnahmen angeboten werden, die nach der Entlassung aus der Haft das Führen eines eigenverantwortlichen straffreien Lebens erleichtern sollen. Die Mehrzahl der Jugendlichen und Heranwachsenden wird daher in den eigens eingerichteten Jugendstrafanstalten in Schifferstadt und Wittlich betreut.

Weiter wachsende Siedlungs- und Verkehrsfläche bei nahezu stagnierenden Einwohnerzahlen

In Rheinland-Pfalz haben die Flächen für Siedlungen und Verkehr einen neuen Höchststand erreicht. 274 061 ha wurden Anfang 2005 dafür in Anspruch genommen, das waren 13,8% der Landesfläche. Mit diesem Anteil liegt Rheinland-Pfalz nach Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Hessen auf Platz vier unter den Flächenländern in Deutschland. Um durchschnittlich 5,8 ha pro Tag ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den vergangenen vier Jahren gewachsen (1992/1996: 5 ha,

Entwicklung ausgewählter Nutzungsarten der Bodenfläche in den Zeiträumen 1992/96, 1996/2000 und 2000/04



1996/2000: 5,4 ha). Seit der letzten umfassenden Bestandsaufnahme der Flächennutzung Ende 2000 sind rund 8 400 ha aus Siedlungsaktivitäten hinzugekommen, überwiegend in Form von Gebäude- und Freiflächen (5 100 ha), Verkehrsflächen (2 000 ha) und Erholungsflächen (900 ha). Auch die Umwidmung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften in zivile Nutzungen hat zum Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche gerade in den letzten Jahren beigetragen.

Im Vergleich zu den zuletzt nur noch geringfügig zunehmenden Einwohnerzahlen – hier wird für die Zukunft ein Rückgang erwartet – steigen die Flächen für Siedlungen und Verkehr weiterhin an. Während die Bevölkerung seit 1996 um 1,5% wuchs, war bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche ein Anstieg von 6,3% zu verzeichnen. Besonders hoch war die Zunahme bei den Wohnbauflächen (+12,1%), vergleichsweise niedrig bei den Verkehrsflächen (+2,9%).

Land- und Forstwirtschaft sind nach wie vor die bedeutendsten Nutzer von Grund und Boden. Mit 84,1% der Landesfläche dominieren sie das Landschaftsbild. Der Landwirtschaft stehen 846 000 ha (42,6%) zur Verfügung, Wälder bedecken die Oberfläche zu 41,5% (824 000 ha). Damit ist Rheinland-Pfalz das walddreichste Bundesland. Die überproportionale Zunahme der Waldfläche und die Verlangsamung des Rückgangs der Landwirtschaftsfläche haben ihre Ursache hauptsächlich in Änderungen der Erhebungsmethodik. Militärisches Übungsgelände wird nicht mehr unter „Flächen anderer Nutzung“, sondern unter anderen Hauptnutzungsarten wie der Landwirtschaftsfläche (z.B. als „Grünland“) oder der Waldfläche („Gehölz“) nachgewiesen.

Die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung wertet in einem vierjährigen Turnus sachlich tief gegliederte Daten des automatisierten Liegenschaftsbuches

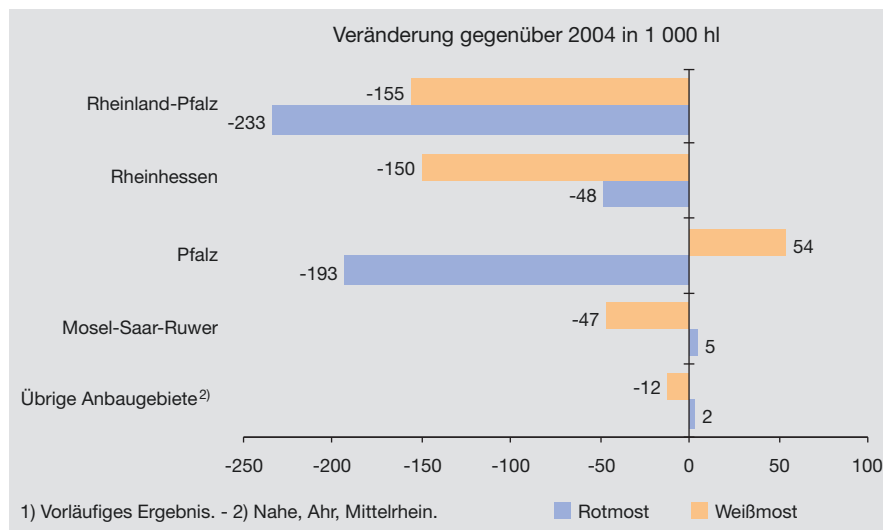
(ALB) der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus. Auf den Stand 31.12.2004 aktualisierte Ergebnisse liegen in Kürze für alle rheinland-pfälzischen Gemarkungen vor.

Weinlese 2005: 400 000 hl weniger als im Jahr 2004

Fast 400 000 hl Weinmost weniger als im vorigen Jahr werden aus der jetzt zu Ende gehenden rheinland-pfälzischen Weinlese erwartet. Die Erntemenge von 6,2 Mill. hl bleibt nicht nur um 5,9% hinter dem Ergebnis von 2004 (6,6 Mill. hl) zurück, sie liegt auch unter dem langjährigen Mittel (6,4 Mill. hl).

Weißweinmoste bleiben auch in diesem Jahr knapp: Mit 4,1 Mill. hl (–3,6%) wird es die drittkleinste Ernte der letzten 25 Jahre geben; der Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegt bei 5 Mill. hl. Hier ist der Rückgang der Menge hauptsächlich bedingt durch die kleiner gewordene Anbaufläche. Nach der Rekordmenge des Vorjahres ebenfalls rückläufig sind die Moste für Rotweine (2,1 Mill. hl, –10%). Bei unverminderter Ausweitung der Flächen für Rotweinrebsorten sind es die gegenüber 2004 (125 hl/ha) deutlich gesunkenen Hektarerträge (104 hl/ha), die für die reduzierte Menge an Rotmost verantwortlich sind. Ein qualitätsorientierter Rebschnitt, insbesondere bei roten Rebsorten, dürfte den Grundstein für geringe, aber qualitativ hochwertige Erntepartien gelegt haben.

Die vorläufige Erntemenge für Rheinhessen, das größte Anbaugebiet

Weinmosternte 2005¹⁾

Deutschlands, wird auf 2,5 Mill. hl geschätzt. Das sind fast 200 000 hl weniger als 2004. Der Rückgang betrifft zu drei Vierteln die Weißweinrebsorten. In der Pfalz (2,3 Mill. hl) werden rund 140 000 hl weniger gekeltert werden können. Einer leichten Zunahme bei Weißmost (54 000 hl) steht hier eine starke Abnahme bei Rotmost (minus 193 000 hl) gegenüber. Die Weinmosternte an der Mosel (900 000 hl) unterschreitet zum dritten Mal in Folge die Millionengrenze. An der Nahe wird eine durchschnittliche Ernte (370 000 hl) erwartet. An Ahr (45 000 hl) und Mittelrhein (36 000 hl) ist von Erntemengen wie im Vorjahr auszugehen.

Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung berichten über 300 Weinbauexperten regelmäßig über den Wachstumsstand der Reben und die Weinmosterträge. Ein Hektoliter Weinmost entspricht 95 l Wein.

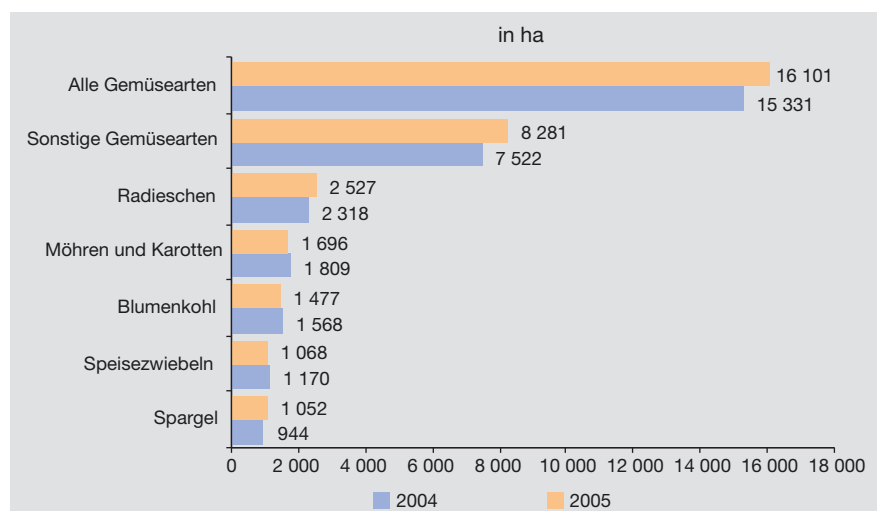
Gegen den Bundestrend – heimischer Gemüseanbau expandiert weiter

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft setzt weiter auf Gemüse. Die Anbaufläche für Freilandgemüse stieg im Jahr 2005 erneut, und zwar um 5% auf den neuen Höchststand

von 16 100 ha. Die Anbaufläche umfasst auch die Mehrfachnutzung einer Fläche (Grundfläche) durch Vor-, Zwischen- und Nachkulturen. Anders als auf Bundesebene, wo die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr um gut 2% zurückging, expandierte der Gemüseanbau in Rheinland-Pfalz weiter. Der intensive Anbau mit einem hohen Anteil von Frischgemüse, das zudem schnell und flexibel in spezialisierten Betrieben erzeugt und vermarktet werden kann, begünstigt eine Ausdehnung der Anbaufläche. Rheinland-Pfalz ist nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen drittgrößtes Anbauland für Freilandgemüse. Die Anbaufläche konzentriert sich in der Vorderpfalz.

Im Gegensatz zu anderen landwirtschaftlichen Produktionszweigen hat der Gemüseanbau in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahrzehnten stetig an Bedeutung gewonnen. Allein in den letzten zehn Jahren kamen durchschnittlich 500 ha Anbaufläche

Anbaufläche ausgewählter Freilandgemüsearten 2004 und 2005



pro Jahr hinzu. Bewirtschaftet werden die Flächen von rund 700 Betrieben, die mit durchschnittlich rund 20 ha Anbaufläche doppelt so groß sind wie im Bundesdurchschnitt. Mit 40 m² Gemüseanbaufläche pro Kopf der Bevölkerung – Haus- und Nutzgärten nicht mitgerechnet – nehmen die Rheinland-Pfälzer hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten mit heimischem Gemüse die Spitzenposition in Deutschland ein.

Charakteristisch für die Gemüseerzeugung im Land ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Wurzel- und Knollengemüse (31%). Dieser Gruppe gehören Radieschen (2 500 ha) und Möhren (1 700 ha) als anbaustärkste Gemüsearten in Rheinland-Pfalz an. Dahinter folgen Blumenkohl (1 500 ha) sowie Speisezwiebeln und Spargel (jeweils 1 100 ha). Unter den flächenstarken Gemüsearten nahmen Bundzwiebeln (950 ha) und Rettich (500 ha) besonders stark zu, ihr Anbau wuchs gegenüber 2004 um rund 250 bzw. 130 ha. Überdurchschnittlich hohe Zuwächse gab es auch bei Zucchini (von 260 auf 390 ha) und Zuckermais (von 210 auf 300 ha).

Bis September mehr Unfälle, aber weniger Todesopfer auf den Straßen

Der Straßenverkehr hat in Rheinland-Pfalz von Januar bis September 2005 weniger Menschenleben gefordert als im gleichen Vorjahreszeitraum. In den ersten neun Monaten starben 215 Menschen bei Verkehrsunfällen, 17 weniger als von Januar bis Sep-

Verkehrsunfälle und Verunglückte von Januar bis September 2005

Unfälle Verunglückte	September 2005	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- monat	Januar bis September 2005	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum
	Anzahl			
Unfälle				
Insgesamt	10 661	198	90 623	1 010
mit nur Sachschaden	8 981	200	77 578	1 211
mit Todesopfern oder Verletzten	1 680	-2	13 045	-201
Verunglückte				
Getötete	17	-9	215	-17
Schwerverletzte	433	-	3 298	-242
Leichtverletzte	1 721	28	13 690	75

tember 2004. Fast 3 300 Menschen wurden schwer verletzt, das waren nahezu 7% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Unfälle stieg dagegen um 1,1% auf rund 90 700. Die Polizei musste häufiger Karambolagen aufnehmen, bei denen nur Sachschaden entstand, während die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden, niedriger war als von Januar bis September 2004.

Die Ergebnisse basieren auf den monatlichen Meldungen der Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz.

Heizöl so teuer wie nie

Verbraucherpreisniveau 2,5% höher als vor einem Jahr

Nachdem der Weltmarktpreis für Rohöl mit 68 US-Dollar je Barrel (159 l) Ende August einen absoluten Höchststand erreicht hatte, stieg im Oktober auch der Heizölpreis auf ein

neues Rekordniveau. Für eine Liefermenge von 3 000 Liter Heizöl mussten die Haushalte in Rheinland-Pfalz in der zweiten Oktoberwoche durchschnittlich 1 922 Euro bezahlen, das sind 64,06 Euro je 100 Liter. Damit errechnet sich für die ersten zehn Monate dieses Jahres ein Durchschnittspreis von 53,26 Euro je 100 l Heizöl.

Im Jahr 1972, dem Jahr vor der ersten Erdölkrise, kosteten 100 Liter Heizöl umgerechnet durchschnittlich 8,03 Euro. Für den Zeitraum 1972 bis 2005 errechnet sich für Heizöl eine durchschnittliche jährliche Preiserhöhungsrate von 5,9%. Damit hat sich der Heizölpreis deutlich stärker erhöht als das allgemeine Preisniveau. Der Verbraucherpreisindex ist im Durchschnitt der Jahre 1972 bis 2005 um 2,9% gestiegen, also nur halb so stark wie der Preis für Heizöl.

Allerdings war der Heizölpreis sehr starken Schwankungen ausgesetzt. So mussten die Haushalte im Jahr 1995 mit durchschnittlich 21,49 Euro

je 100 l deutlich weniger für Heizöl bezahlen als im Jahr 1985. In diesem Jahr hatte der Heizölpreis mit 40 Euro je 100 l ein vorläufiges Rekordniveau erreicht, das erst im Jahr 2000 vorübergehend überschritten wurde.

Das Niveau der Verbraucherpreise insgesamt lag im Oktober 2005 um 2,5% höher als vor einem Jahr. Die Jahresteuersatzrate wird weiterhin sehr stark von den Entwicklungen auf den Energiemärkten bestimmt. Ohne

die Preissteigerungen für Haushaltsenergie (hierzu gehören neben Heizöl auch Strom und Gas) und für Kraftstoffe hätte die Jahresteuersatzrate im Oktober 2005 lediglich 1,5% betragen. Haushaltsenergie verteuerte sich gegenüber Oktober 2004 um 13,9%, darunter Heizöl mit 23% besonders stark. Autofahrer mussten durchschnittlich um 11,2% höhere Preise für Kraftstoffe zahlen als im Oktober 2004.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren im Oktober 0,5% billiger als im Vormonat und 1,2% teurer als vor einem Jahr.

Die Daten basieren auf der Preisermittlung in elf rheinland-pfälzischen Städten sowie auf zentral vom Statistischen Landesamt und vom Statistischen Bundesamt erhobenen Werten.

Aus der Arbeit der statistischen Ämter

Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen im Internet

Informationen über die Wechselbeziehungen zwischen Umwelt und Wirtschaft

Die Natur wird sowohl durch den Verbrauch von Rohstoffen, Energie, Wasser oder Flächen als auch durch Luftemissionen oder die Abfall- und Abwasserentsorgung in Anspruch genommen. Um darstellen zu können, inwieweit das wirtschaftliche Wachstum tatsächlich zu einem wachsenden Rohstoff- und Energieverbrauch, höheren Emissionen oder einem zunehmenden Flächenverbrauch führt, haben die statistischen Ämter der Länder die Arbeitsgruppe „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL)“ eingerichtet. Die Arbeitsgruppe veröffentlicht jetzt erstmals detaillierte Ergebnisse für alle 16 Bundesländer über die Wechselbeziehungen

zwischen Wirtschaft und Umwelt. Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder: Umwelt und Wirtschaft – Analysen und Ergebnisse“ kann kostenfrei unter www.ugrdl.de/aktuelles.htm heruntergeladen werden.

Zwei Beispiele:

Der Rohstoffverbrauch wurde in Rheinland-Pfalz zwischen 1995 und 2002 um gut 3% reduziert. Gleichzeitig stieg in diesem Zeitraum die Rohstoffproduktivität (Bruttoinlandsprodukt bezogen auf den Einsatz nicht erneuerbarer Rohstoffe) um 11% an.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wurde zwischen 1992 und 2003 um 206 km² oder 8% ausgeweitet. Durch das wirtschaftliche Wachstum blieb die Produktivität konstant bei 32,2 Mill. Euro je km².

Der Arbeitsgruppe „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der

Länder“ gehören zurzeit die statistischen Landesämter von Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg/Schleswig-Holstein und Thüringen an; das Statistische Bundesamt wirkt beratend und unterstützend mit. Die nicht in der Arbeitsgruppe vertretenen statistischen Landesämter liefern für ihre Länder die für die Berechnungen notwendigen Ausgangsdaten. Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder bilden durch die Darstellung und Analyse der Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt neben den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine weitere zentrale statistische Grundlage für wirtschaftliche und politische Entscheidungen auf regionaler Ebene.

Bundestagswahl 2005: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Von Dr. Ludwig Böckmann

Am 18. September 2005 haben die Wählerinnen und Wähler in Deutschland ihre parlamentarische Vertretung gewählt. Die Wahl war durch eine sinkende Wahlbeteiligung und einen kräftigen Rückgang der Stimmenanteile der beiden großen Parteien CDU und SPD sowie durch eine deutliche Zunahme der Anteile der FDP und der Linkspartei geprägt. Nach dem amtlichen Endergebnis bekam die CDU einen Zweitstimmenanteil von 36,9% (3,3 Prozentpunkte weniger als 2002). Die Sozialdemokraten erhielten 34,6% der gültigen Zweitstimmen (–3,6 Prozentpunkte). Von den kleineren Parteien kamen die FDP auf 11,7% (+2,4 Prozentpunkte), die GRÜNEN auf 7,3% (–0,6 Prozentpunkte) und die Linkspartei auf 5,6% (4,6 Prozentpunkte mehr als die PDS bei der Wahl 2002). Die Wahlbeteiligung betrug 78,7% (–1,3 Prozentpunkte). Die Ergebnisse belegen erhebliche Veränderungen im Wahlverhalten. Für das Wahlinteresse und das Abstimmungsverhalten der Wähler sind neben sozialen und ökonomischen Merkmalen auch Geschlecht und Alter von Bedeutung. Für eine Auswertung des Wahlergebnisses hinsichtlich Geschlecht und Alter liefert die repräsentative Wahlstatistik die erforderlichen Daten.

Repräsentative Wahlstatistik stützt sich auf etwa 5% der Wahlberechtigten

In 224 von 5 114 Wahlbezirken wurden markierte Stimmzettel ausgegeben

Die repräsentative Stichprobe für die Untersuchung der Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler nach Geschlecht und Alter umfasste bei der Bundestagswahl 2005 in Rheinland-Pfalz 224 von 5 114 Wahlbezirken, davon 200 Urnenwahlbezirke und 24 Briefwahlbezirke. In diesen Bezirken waren mehr als 158 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt; das waren rund 5% aller Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz.

In 83 Wahlbezirken wurden auch Wählerverzeichnisse ausgewertet

In einer Unterauswahl von 83 Wahlbezirken sind darüber hinaus die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgewertet worden. Mit dieser Untersuchung können Erkenntnisse über die Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und

Bürger gewonnen werden. In den Wahlbezirken der Unterauswahl waren über 63 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, also rund 2% aller Wahlberechtigten.

Wahlinteresse bei Männern und Frauen fast gleich hoch

Bei der ersten repräsentativen Wahlstatistik zu einer Bundestagswahl im Jahr 1957 wurden bezüglich des Wahlinteresses noch erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern festgestellt. Der Vorsprung der Männer gegenüber den Frauen betrug damals fast 4 Prozentpunkte. Im Laufe der Zeit ist die Differenz jedoch immer kleiner geworden. Bis Ende der 1960er-Jahre verringerte sie sich auf rund 2 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 2002 hatten die

Info

Grundlage der repräsentativen Wahlstatistik

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 sind an Wählerinnen und Wähler in einigen ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahr ausgegeben worden. Mit Hilfe der gekennzeichneten Stimmzettel können Erkenntnisse über das geschlechts- und altersspezifische Wählerverhalten gewonnen werden.

Das Wahlgeheimnis wird durch die Kennzeichnung der Stimmzettel nicht verletzt. Zum einen wurden die einzelnen Geburtsjahre zu fünf großen Altersgruppen zusammengefasst und an alle Wählerinnen und Wähler einer bestimmten Altersgruppe Stimmzettel mit der gleichen Kennzeichnung ausgegeben. Zum anderen sind für die repräsentative Stichprobe nur Wahlbezirke mit mehr als 400 Wahlberechtigten ausgewählt worden. Ein Rückschluss auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers ist somit definitiv ausgeschlossen.

Rechtsgrundlage für diese „repräsentative Wahlstatistik“ ist § 2 Abs. 1 Buchst. a des Wahlstatistikgesetzes (WStatG) in der Fassung vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412).

Die Änderung des Wahlstatistikgesetzes vom Januar 2002 betraf insbesondere die Einbeziehung der Briefwähler in die Auswertungen zur Wahlbeteiligung und zum Wählerverhalten nach Geschlecht und Alter (§ 2 Abs. 2 WStatG). Die Erweiterung des Personenkreises war notwendig geworden, weil durch den beachtlichen Anstieg des Briefwähleranteils die Aussagekraft der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zuletzt deutlich gemindert war. Bei der Bundestagswahl 2005 haben in Rheinland-Pfalz immerhin rund 20% der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme per Briefwahl abgegeben.

Die Wahrung des Wahlgeheimnisses für die Briefwähler bei der repräsentativen Wahlstatistik wird u. a. dadurch gewährleistet, dass die ausgewählten Briefwahlbezirke mindestens 400 Wählerinnen und Wähler umfassen müssen (§ 3 WStatG).

Zusätzlich zur Analyse der Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler ist auch die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger untersucht worden. Dazu wurden in einigen ausgewählten Wahlbezirken die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgewertet. Rechtsgrundlage für diese Untersuchung ist § 2 Abs. 1 Buchst. b des Wahlstatistikgesetzes.

Männer nur noch einen Vorsprung von 0,7 Punkten. Bei der aktuellen Wahl war das Wahlinteresse bei den Männern und den Frauen fast gleich hoch. Der Abstand zugunsten der Männer belief sich auf lediglich 0,1 Prozentpunkte.

Nur geringes Wahlinteresse bei jüngeren Wählerinnen und Wählern

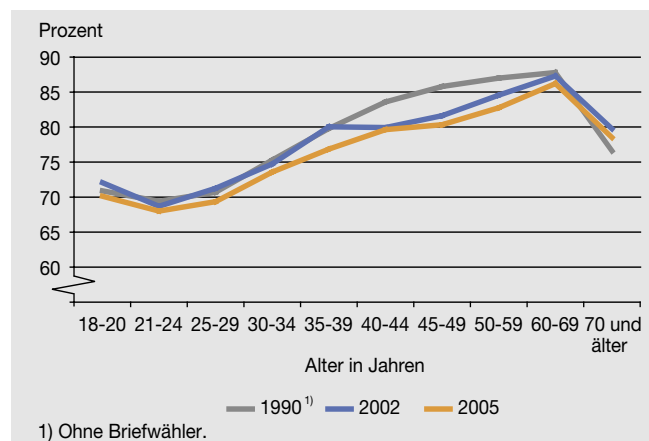
Die repräsentativen Untersuchungen zeigen, dass bei jungen Wählerinnen und Wählern das Wahlinteresse relativ gering ist. Mit zunehmendem Alter steigt es dann stetig an, erreicht in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen ein Maximum und nimmt bei den höher Betagten wieder deutlich ab (Schaubild 1).

Das geringste Wahlinteresse zeigten in allen bisherigen Untersuchungen die jüngeren Wähler im Alter zwischen 21 und 24 Jahren. Bei der Bundestagswahl 2005 haben in dieser Altersgruppe nur 68% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Damit lagen die 21- bis 24-Jährigen um 10,7 Prozentpunkte unter der landesdurchschnittli-

Geringstes Wahlinteresse bei den 21- bis 24-Jährigen

S 1

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1990, 2002 und 2005 nach Altersgruppen



Höchstes Wahlinteresse bei den 60- bis 69-Jährigen

chen Beteiligung und um 18,2 Prozentpunkte unter der Beteiligung der Altersgruppe mit dem höchsten Wahlinteresse. Das waren auch bei dieser Bundestagswahl wieder die 60- bis 69-Jährigen. Von den wahlberechtigten Männern und Frauen in dieser Altersgruppe haben 86,2% von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Die deutlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der jüngeren Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren wird oft mit der ausbildungs- und berufsbedingten hohen Mobilität erklärt. Die ausgeprägte Stimmenthaltung kann freilich auch als eine Form des Wahlverhaltens betrachtet werden, in der bestimmte Einstellungen, wie z. B. Protest oder auch mangelndes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien, zum Ausdruck kommen. Die geringe Wahlbeteiligung der älteren Menschen ab 70 Jahren wird häufig mit abnehmender gesellschaftlicher Integration, zunehmender Gebrechlichkeit und häufigeren kurzfristigen Erkrankungen erklärt.

In den Altersgruppen Wahlinteresse der Männer und Frauen verschieden

Bei den 21- bis 59-Jährigen Wahlbeteiligung der Frauen höher als die der Männer

Die Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter zeigt nach wie vor noch erhebliche Differenzen zwischen Männern und Frauen. Bei den 21- bis 59-Jährigen beteiligten sich die Frauen in allen sieben Altersgruppen stärker an der Wahl als die Männer. Den größten Abstand zugunsten der Frauen gab es – wie schon 1990 und 2002 – bei den 30- bis 34-Jährigen. In dieser Altersgruppe lag die Wahlbeteiligung der Frauen um 4,7 Prozentpunkte über derjenigen der Männer. Im Vergleich zu

den beiden vorherigen Bundestagswahlen ist bei den 30- bis 34-Jährigen der Abstand zugunsten der Frauen deutlich größer geworden.

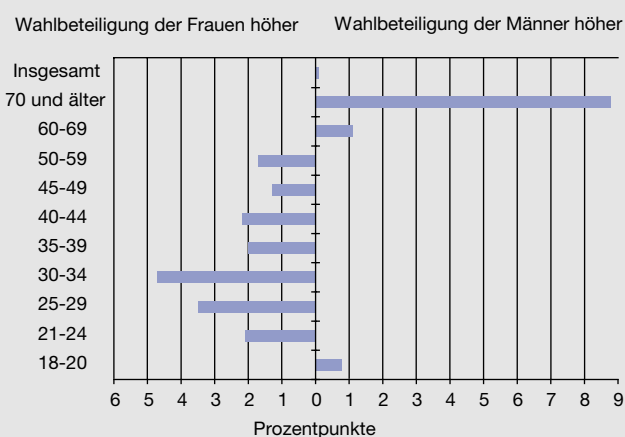
Bei den 60-Jährigen und Älteren ist seit den ersten repräsentativen Untersuchungen bei Bundestagswahlen eine im Vergleich zu den Frauen höhere Wahlbeteiligung der Männer zu beobachten. Während die Differenz zugunsten der Männer bei den 60- bis 69-Jährigen gegenüber den Wahlen 1990 und 2002 jedoch abgenommen hat, ist sie bei den 70-Jährigen und Älteren leicht gestiegen.

Höhere Wahlbeteiligung der Männer bei den 60-Jährigen und Älteren und bei den 18- bis 20-Jährigen

In der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen hat sich der Vorsprung der Männer bei der Wahlbeteiligung weiter verringert. Während die Beteiligung der Männer in dieser Altersgruppe 1990 um 3,5 Prozentpunkte und 2002 noch um 1,1 Prozentpunkte höher war als die der gleichaltrigen Frauen, belief sich der Unterschied diesmal nur noch auf 0,8 Prozentpunkte.

S 2

Differenz zwischen der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen¹⁾ bei der Bundestagswahl 2005



1) Wahlbeteiligung der Männer abzüglich Wahlbeteiligung der Frauen.

Geringste Wahlbeteiligung bei den 21- bis 24-Jährigen Männern

Bei den 21- bis 24-Jährigen ist bemerkenswert, dass die Wahlbeteiligung der Frauen im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 um 0,6 Prozentpunkte gestiegen ist, während die der Männer um 1,8 Punkte abgenommen hat. Damit gingen nur noch 67% der jungen Männer zwischen 21 und 24 Jahren wählen; das ist bei dieser Wahl das niedrigste Wahlinteresse überhaupt. Bei den Frauen dieses Alters lag die Wahlbeteiligung bei 69,1%, also gut 2 Prozentpunkte höher.

CDU schnitt sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen besser ab als die SPD

Vorsprung der CDU gegenüber der SPD bei den Männern 2,5 und bei den Frauen 1,4 Prozentpunkte

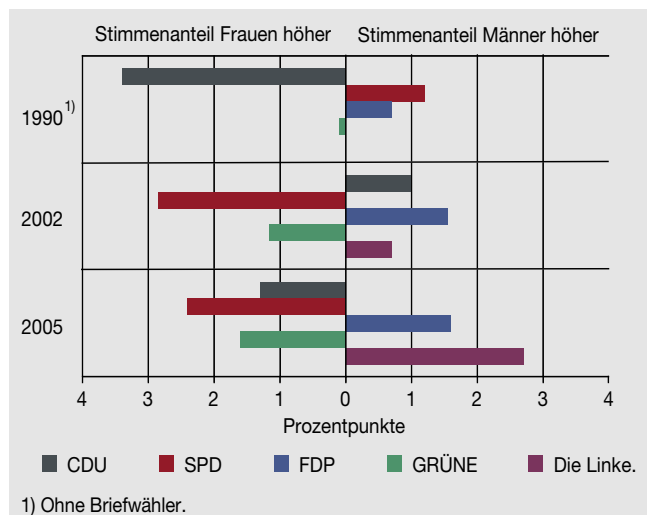
Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen hat die CDU bei der Wahl 2005 einen höheren Zweitstimmenanteil erzielt als die SPD. Bei den Männern belief sich der Vorsprung auf 2,5 Prozentpunkte und bei den Frauen auf 1,4 Prozentpunkte. Bei der Wahl 2002 hatte die CDU bei den männlichen Wählern noch einen deutlich größeren Vorsprung gegenüber der SPD, und zwar von 4,1 Prozentpunkten. Bei den Frauen lagen die beiden großen Parteien damals fast gleichauf, der Vorsprung der CDU belief sich auf lediglich 0,2 Prozentpunkte.

Hohe Anteilsverluste der CDU bei den Männern

Bei der aktuellen Wahl musste die CDU bei den Männern mit einem Minus von 4,6 Prozentpunkten deutlich stärkere Anteilsverluste hinnehmen als die SPD, die 3 Prozentpunkte eingebüßt hat. Bei den Frauen verlor dagegen die SPD stärker als die Union. Der Zweitstimmenanteil der Sozialdemokraten sank gegenüber 2002 um 3,5 Prozentpunkte, der Anteil der Christdemokraten nur um 2,3 Punkte.

S 3

Differenz zwischen den Stimmenanteilen ausgewählter Parteien bei Frauen und Männern bei den Bundestagswahlen 1990, 2002 und 2005



Bei der Bundestagswahl 2005 hat die Union bei den Wählern besonders stark verloren; die Anteilsverluste waren doppelt so hoch wie bei den Wählerinnen. Deshalb hat die Union 2005 bei den Frauen besser abgeschnitten als bei den Männern; 37,4% der Frauen und 36,1% der Männer, die eine gültige Stimme abgaben, wählten die Union. Bei der Wahl im Jahr 2002 hatte der Stimmenanteil, den die CDU bei den Männern erzielen konnte, noch um 1 Prozentpunkt über dem Stimmenanteil gelegen, den die Partei von den Frauen erhielt.

CDU bei den Frauen stärker als bei den Männern

Auch die Sozialdemokraten erhielten bei der aktuellen Wahl von den Wählerinnen mehr Stimmen als von den Wählern. Hier ist der Unterschied zwischen dem Wahlverhalten der Frauen und dem der Männer sogar noch ausgeprägter als bei der CDU; er beläuft sich auf 2,4 Prozentpunkte. Während die Sozialdemokraten bei den Männern nur auf einen Zweitstimmenanteil von 33,6% kamen, betrug er bei den Frauen 36%.

Auch die SPD hatte mehr Wählerinnen als Wähler

Allerdings büßten die Sozialdemokraten bei den Frauen mehr Stimmenanteile ein als bei den Männern.

Unter den kleineren Parteien war die FDP bei Männern und Frauen am erfolgreichsten

Von den kleinen Parteien hat die FDP sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen am besten abgeschnitten. Dies war auch schon 2002 der Fall, wobei die GRÜNEN bei den Frauen damals allerdings fast gleichauf mit den Liberalen lagen. Bei der aktuellen Wahl betrug der Vorsprung der FDP gegenüber den GRÜNEN bei den Männern 5,9 Prozentpunkte (2002: 2,9 Punkte) und bei den Frauen 2,7 Prozentpunkte (2002: 0,1 Punkte).

FDP hatte mehr männliche als weibliche Wähler

Die FDP hat sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen Zweitstimmenanteile hinzugewonnen, während die GRÜNEN bei beiden Geschlechtern Anteile verloren haben.

Für die Liberalen votierten bei dieser Wahl 12,4% der Männer, die zur Wahl gingen und eine gültige Stimme abgaben. Von den wahlberechtigten Frauen erhielt die FDP 10,8%. Die Anteilsgewinne der liberalen Partei waren bei den Frauen und den Männern gleich groß – beide Personengruppen brachten der Partei ein Plus von 2,2 Prozentpunkten.

GRÜNE bei den Wählerinnen stärker als bei den Wählern

Die GRÜNEN haben gegenwärtig bei den Frauen ein deutlich größeres Stimmpotenzial als bei den Männern. Die Partei bekam 2005 von den Wählerinnen 8,1% der gültigen Stimmen, während sie von den Männern nur 6,5% erhielt. Bereits vor drei

Jahren hatten mehr Wählerinnen als Wähler den GRÜNEN ihre Stimme gegeben. Die Anteilsverluste, welche die GRÜNEN bei der aktuellen Wahl hinnehmen mussten, gingen vor allem auf das Konto der Männer. Bei den Männern verlor die Partei 0,8 Prozentpunkte und bei den Frauen 0,4 Punkte.

Bei der Linkspartei ist der Unterschied hinsichtlich der Stimmabgabe zwischen den Geschlechtern am stärksten ausgeprägt. Bei den Männern konnte die Partei einen deutlich höheren Stimmenanteil holen. Von den männlichen Wählern bekam die Linkspartei 6,9% und von den Wählerinnen 4,2%. Bei beiden Geschlechtern hat die Partei im Vergleich zum Ergebnis der PDS bei der Bundestagswahl 2002 kräftig zugelegt. Bei den Männern belief sich der Anteilsgewinn auf 5,5 Prozentpunkte und bei den Frauen auf 3,5 Punkte.

Linkspartei wurde von Männern bevorzugt

CDU hat in allen Altersgruppen verloren

Eine differenzierte Untersuchung nach dem Alter zeigt, dass die CDU in allen Altersgruppen Zweitstimmenanteile verloren hat. Den stärksten Einbruch gab es für die Partei bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 45 und 59 Jahren. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 verlor die Partei in dieser Altersgruppe 4,8 Prozentpunkte. Insgesamt, d. h. über alle Altersgruppen, beliefen sich die Anteilsverluste der Union (in der Stichprobe) auf 3,4 Prozentpunkte.

Die stärksten Verluste gab es für die CDU bei den 45- bis 59-Jährigen

Auch bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern zwischen 18 und 24 Jahren sind die Verluste der Christdemokraten hoch. In dieser Altersgruppe büßte die Partei 4,7 Prozentpunkte ein. Dadurch erhielt die Union von den jungen Wählern nur noch einen An-

Hohe Verluste der CDU auch bei den jungen Wählerinnen und Wählern

T 1

Wahlbeteiligung sowie Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung	Zweitstimmenanteile der Parteien					
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke.	Sonstige
	Veränderung gegenüber 2002 in Prozentpunkten						
18 - 24	-1,2	-4,7	-	0,1	0,1	3,2	1,4
25 - 34	-1,8	-3,0	-4,4	2,5	-1,0	3,8	2,2
35 - 44	-1,7	-2,4	-4,9	2,3	-1,3	4,8	1,4
45 - 59	-1,6	-4,8	-2,2	0,9	-0,3	6,0	0,5
60 und älter	-1,4	-3,5	-3,6	3,6	-	3,5	0,2
Insgesamt	-1,4	-3,4	-3,3	2,1	-0,6	4,5	0,8

teil von 29,5%. Dies war das schlechteste Ergebnis der Partei bei dieser Wahl, es lag um 7,3 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt.

Union erzielte überdurchschnittliche Ergebnisse bei den 60-Jährigen und Älteren

Am besten schnitt die Union – wie im Jahr 2002 – bei den 60-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern ab. Sie errang in dieser Altersgruppe 45% der gültigen Stimmen, das sind 8,2 Prozentpunkte mehr als ihr Landesergebnis. Aber auch in dieser Altersgruppe gab es für die Christdemokraten leicht überdurchschnittliche Verluste, und zwar in Höhe von 3,5 Prozentpunkten.

Sozialdemokraten verloren besonders stark in den mittleren Jahrgängen

Starke Verluste der SPD bei den 35- bis 44-Jährigen

Die SPD musste die höchsten Verluste bei den 35- bis 44-Jährigen hinnehmen. Im Vergleich zu 2002 ging ihr Zweitstimmenanteil in dieser Altersgruppe um 4,9 Prozentpunkte zurück. Im Durchschnitt beliefen sich die Einbußen der Sozialdemokraten auf 3,3 Prozentpunkte. Bei den 25- bis 34-jährigen Wählerinnen und Wählern verlor die SPD 4,4 Punkte. In dieser Altersgruppe erhielt sie mit einem Stimmenanteil von 32,7% auch ihr schlechtestes Wahlergebnis.

Bei den jungen Wählerinnen und Wählern konnte die SPD ihr Anteilsergebnis aus dem Jahr 2002 halten – sie erzielte bei den 18- bis 24-Jährigen erneut 35,7% der gültigen Stimmen. Genauso hoch war ihr Stimmenanteil nach vergleichsweise moderaten Einbußen (-2,2 Prozentpunkte) bei den 45- bis 59-Jährigen.

FDP gewann in allen Altersgruppen hinzu

Die FDP hat bei den Zweitstimmenanteilen in allen Altersgruppen zugelegt. Den stärksten Zuwachs erzielte sie interessanterweise bei den Wählerinnen und Wählern, die 60 Jahre und älter sind – der Altersgruppe, in der die CDU traditionell besonders stark ist, aber bei dieser Wahl deutliche Einbußen hinnehmen musste. Hier stieg der Stimmenanteil der Liberalen um 3,6 Prozentpunkte (Durchschnitt: +2,1 Prozentpunkte). Ihr bestes Ergebnis bekam die Partei mit 14,3 Prozentpunkten aber bei jüngeren Wählerinnen und Wählern zwischen 25 und 34 Jahren. In dieser Altersgruppe belief sich das Plus gegenüber 2002 auf 2,5 Prozentpunkte.

Liberaler erzielten ihr bestes Anteilsergebnis bei den 25- bis 34-Jährigen

GRÜNE verloren am stärksten in der mittleren Altersgruppe

Die GRÜNEN konnten ihr gutes Wahlergebnis bei den Jüngeren minimal verbessern. Bei den älteren Wählerinnen und Wählern blieb das niedrige Ergebnis im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 dagegen unverändert. Die größten Verluste musste die Partei bei den 35- bis 44-Jährigen hinnehmen, wo sie gegenüber der letzten Wahl 1,3 Prozentpunkte verlor. Trotzdem erzielten die

GRÜNE erhielten ihre besten Ergebnisse von den 35- bis 44-Jährigen und von den jungen Wählern

GRÜNEN in dieser Altersgruppe mit 10,8% der gültigen Stimmen ihr bestes Ergebnis. Knapp darunter – nämlich bei 10,6% – lag ihr Stimmenanteil bei den jungen Wählerinnen und -wählern zwischen 18 und 24 Jahren. Das mit deutlichem Abstand schlechteste Ergebnis gab es für die GRÜNEN wiederum bei den Wählerinnen und Wählern, die 60 Jahre und älter sind. Lediglich 3,4% in dieser Altersgruppe haben „grün“ gewählt.

Linkspartei wurde besonders häufig von den 45- bis 59-Jährigen gewählt

Die Linke. erreichte das mit weitem Abstand beste Ergebnis bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 45 und 59 Jahren; in dieser Altersgruppe wählten 7,2% „links“. Die Partei erzielte hier auch die höchsten Zugewinne im Vergleich zu den Ergebnissen der PDS bei der Bundestagswahl 2002. Ihr Stimmenanteil stieg bei den 45- bis 59-

Linkspartei gewann besonders stark bei den 45- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern hinzu

T 2

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl am 18. September 2005 in Rheinland-Pfalz

Geschlecht Alter in Jahren	Wahl- beteiligung	Zweitstimmenanteile der Parteien				
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke.
	%					
Geschlecht						
männlich	78,8	36,1	33,6	12,4	6,5	6,9
weiblich	78,7	37,4	36,0	10,8	8,1	4,2
Alter						
18 - 24	68,9	29,5	35,7	12,5	10,6	4,6
25 - 34	71,5	31,6	32,7	14,3	9,6	5,2
35 - 44	78,3	31,3	35,2	11,2	10,8	6,0
45 - 59	81,8	34,9	35,7	10,8	7,8	7,2
60 und älter	82,1	45,0	34,4	11,2	3,4	4,1
Alter und Geschlecht						
männlich						
18 - 24	68,5	29,2	34,2	13,6	9,7	5,1
25 - 34	69,4	31,2	31,1	15,9	8,7	5,7
35 - 44	77,3	31,6	34,0	12,2	9,5	7,0
45 - 59	81,0	34,5	34,8	11,2	6,7	8,9
60 und älter	85,4	44,1	32,9	12,0	2,8	5,8
weiblich						
18 - 24	69,3	29,7	37,2	11,3	11,6	4,2
25 - 34	73,5	31,9	34,2	12,7	10,5	4,7
35 - 44	79,4	30,9	36,5	10,2	12,2	5,1
45 - 59	82,7	35,3	36,6	10,5	8,9	5,5
60 und älter	79,6	45,7	35,6	10,5	3,8	2,7
Insgesamt ¹⁾	78,7	36,8	34,8	11,5	7,3	5,5

1) Zweitstimmenanteile in der Stichprobe können geringfügig vom amtlichen Endergebnis der Parteien abweichen.

Jährigen um 6 Prozentpunkte. Nur geringes Interesse an der Linkspartei zeigten dagegen die älteren Wählerinnen und Wähler. Bei den 60-Jährigen und Älteren kam die Partei lediglich auf 4,1% der gültigen Zweitstimmen.

CDU wurde am häufigsten von den älteren Frauen gewählt

CDU besonders stark bei den älteren Frauen und besonders schwach bei den jungen Männern

Eine zusätzlich noch nach dem Geschlecht differenzierte Auswertung der Altersgruppen zeigt, dass die älteren Frauen vor allem die CDU gewählt haben. Von den Wählerinnen, die 60 Jahre und älter sind, bekam die Union einen Stimmenanteil in Höhe von 45,7%. Damit wurde das landesdurchschnittliche Ergebnis der Partei um 8,9 Prozentpunkte übertroffen. Von den gleichaltrigen Männern wählten 44,1% die Christdemokraten. Ihr schlechtestes Anteilsergebnis musste die CDU bei den jüngeren Männern hinnehmen.

Von den 18- bis 24-jährigen Männern bekam die Partei nur 29,2% der gültigen Zweitstimmen, die in dieser Gruppe abgegeben wurden. Von den gleichaltrigen Frauen wählten 29,7% mit ihrer Zweitstimme die Union.

Die CDU hat sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen in allen Altersgruppen Stimmenanteile verloren. Die stärkste Einbuße gab es bei den jungen Männern zwischen 18 und 24 Jahren (–6,4 Prozentpunkte; landesdurchschnittlicher Verlust in der Stichprobe: –3,4 Punkte); deutlich überdurchschnittlich waren die Verluste aber auch bei den 45- bis 59-jährigen Männern (–5,8 Prozentpunkte). Vergleichsweise geringe Verluste an Zweitstimmenanteilen musste die Union dagegen bei den Frauen im Alter zwischen 25 und 44 Jahren hinnehmen (bei den 25- bis 34-Jährigen –1,1 Prozentpunkte und bei den 35- bis 44-Jährigen –1,2 Punkte).

Die höchsten Anteilsverluste musste die Union bei den 18- bis 24-jährigen Männern hinnehmen

T 3 Wahlbeteiligung sowie Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung	Zweitstimmenanteile der Parteien					
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke.	Sonstige
	Veränderung gegenüber 2002 in Prozentpunkten						
Männer							
18 - 24	-1,9	-6,4	1,1	-	-0,1	3,3	2,0
25 - 34	-2,9	-4,9	-3,5	3,0	-1,1	4,2	2,1
35 - 44	-1,8	-3,6	-4,6	2,8	-1,3	5,5	1,3
45 - 59	-2,2	-5,8	-2,6	1,1	-0,7	7,4	0,7
60 und älter	-1,4	-4,7	-3,7	3,5	-0,1	4,9	0,2
Zusammen	-1,7	-4,6	-3,0	2,2	-0,8	5,5	0,8
Frauen							
18 - 24	-1,4	-3,0	-1,2	0,1	0,3	3,2	0,7
25 - 34	-1,5	-1,1	-5,6	2,0	-0,9	3,5	2,1
35 - 44	-2,2	-1,2	-5,1	1,9	-1,1	4,2	1,3
45 - 59	-1,5	-3,9	-1,9	0,9	-	4,7	0,3
60 und älter	-1,6	-2,5	-3,5	3,6	-0,1	2,3	0,1
Zusammen	-1,1	-2,3	-3,5	2,2	-0,4	3,5	0,6

SPD holte gutes Ergebnis bei den jungen Frauen

Die SPD erhielt die höchsten Stimmenanteile von den 18- bis 24-jährigen Frauen, von denen 37,2% sozialdemokratisch wählten. Das schlechteste Ergebnis verzeichnete die SPD bei den 25- bis 34-jährigen Männern; in dieser Gruppe von Wählern kam sie nur auf 31,1% der gültigen Stimmen.

Den höchsten Anteilsverlust im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 gab es für die Sozialdemokraten bei den 25- bis 34-jährigen Frauen. In dieser Altersgruppe verloren sie 5,6 Prozentpunkte (landesdurchschnittlicher Verlust in der Stichprobe: –3,3 Prozentpunkte). Die 18- bis 24-jährigen Männer waren die einzige Personengruppe in der die Partei bei dieser Wahl Gewinne er-

Höchster Verlust der SPD bei den 25- bis 34-jährigen Frauen

zielen konnte; hier gab es einen Zuwachs an Zweitstimmenanteilen in Höhe von 1,1 Prozentpunkten.

FDP erzielte ihren höchsten Zweitstimmenanteil bei den jungen Männern

Die Liberalen verbuchten ihr bestes Zweitstimmenergebnis bei den Männern zwischen 25 und 34 Jahren. In dieser Gruppe gaben 15,9% der FDP ihre Stimme. Den niedrigsten Stimmenanteil bekam die Partei von den Frauen in den mittleren Jahrgängen. Von den 35- bis 44-jährigen Wählerinnen entschieden sich 10,2% für die FDP.

Die FDP hat sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ihre höchsten Gewinne bei den Älteren ab 60 Jahren erzielt. Bei den Männern in diesem Alter legten die Liberalen um 3,5 Prozentpunkte und bei den Frauen um 3,6 Punkte zu.

Wahlergebnis der GRÜNEN bei den 35- bis 44-jährigen Frauen am besten

Die GRÜNEN holten ihren höchsten Stimmenanteil bei den Frauen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren. Von dieser Personengruppe bekam die Partei 12,2% der gültigen Stimmen. Am schlechtesten schnitten die GRÜNEN bei den älteren Männern ab – nur 2,8% der 60-jährigen und älteren Männer wählten „grün“. Die GRÜNEN verloren im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 am stärksten bei den 35- bis 44-jährigen Männern (–1,3 Prozentpunkte; durchschnittliche Verluste in der Stichprobe: –0,6 Punkte).

Linkspartei holte ihr bestes Anteilergebnis bei den 45- bis 59-jährigen Männern

Die Linke. erzielte bei den Männern zwischen 45 und 59 Jahren, die eine gültige Zweitstimme abgaben, einen Anteil von 8,9%. Das war mit deutlichem Abstand der höchste Stimmenanteil, den die Linkspartei erzielen konnte. Den niedrigsten Zweitstimmenanteil musste die Linkspartei bei den 60-jährigen und älteren Frauen hinnehmen. Lediglich 2,7% der Frauen in diesem Alter gaben der Linkspartei ihre Stimme.

Den höchsten Anteilsgewinn gab es für die Linkspartei im Vergleich zum Ergebnis der PDS bei der Wahl 2002 bei den 45- bis 59-jährigen Männern mit einem Plus von 7,4 Prozentpunkten. In dieser Gruppe von Wählern hat die CDU ihre zweitstärkste Einbuße beim Zweitstimmenanteil hinnehmen müssen (–5,8 Prozentpunkte), während die SPD hier nur unterdurchschnittlich verlor (–2,6 Prozentpunkte). Den zweitstärksten Anteilszuwachs holte Die Linke. bei den Männern im Alter zwischen 35 und 44 Jahren (+5,5 Prozentpunkte). In dieser Gruppe hat die SPD im Vergleich zu ihrem Wahlergebnis bei allen Männern überdurchschnittlich verloren (–4,6 Prozentpunkte), während die Verluste der CDU hier unter dem Durchschnitt blieben (–3,6 Prozentpunkte).

CDU-Wählerinnen und -Wähler machten am wenigsten vom Stimmensplitting Gebrauch

Bei Bundestagswahlen haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen: Die Erststimme geht an einen Wahlkreisbewerber, die Zweitstimme an eine Partei. Die

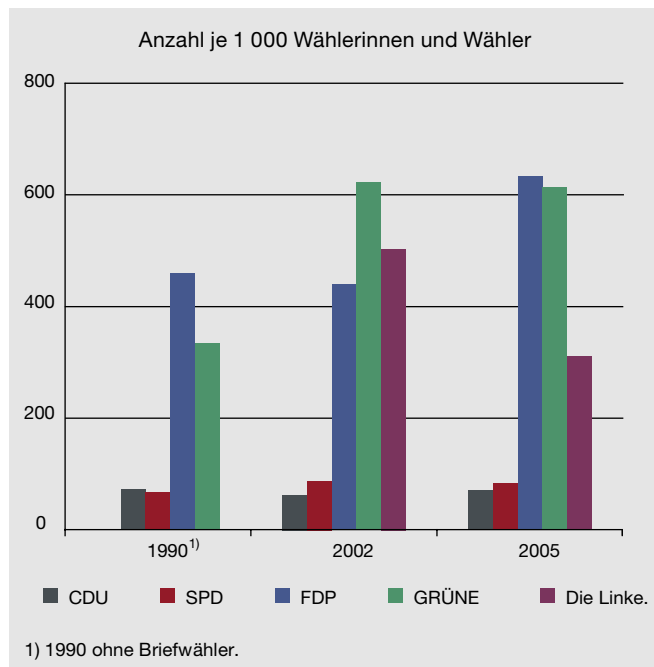
Die Linke. hat am stärksten bei den 45- bis 59-jährigen Männern hinzugewonnen

FDP erzielt stärkste Anteilsgewinne bei den älteren Männern und Frauen

GRÜNE haben am stärksten bei den 35- bis 44-Jährigen Männern verloren

S 4

Wählerinnen und Wähler, die bei den Bundestagswahlen 1990, 2002 und 2005 mit ihrer Erststimme eine andere Partei gewählt haben



Wählerinnen und Wähler können mit ihrer Erststimme einen Bewerber gleich welcher Partei wählen und ihre Zweitstimme einer anderen Partei geben, d. h. sie haben die Möglichkeit zum Stimmensplitting.

SPD-Wählerinnen und -Wähler haben etwas häufiger gesplittet als die CDU-Wählerinnen und -Wähler

Die Wählerinnen und Wähler der CDU haben bei der Bundestagswahl 2005 am wenigsten von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht. Von 1 000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Zweitstimme die CDU gewählt haben, gaben bei dieser Bundestagswahl nur 78 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Erststimme. Etwas häufiger nahmen SPD-Wählerinnen und -Wähler ein Stimmensplitting vor. Von 1 000 Wählerinnen und Wählern haben 91 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Erststimme gegeben.

Sehr viel stärker als die Wählerschaft bei den großen Parteien nutzen traditionell die Wählerinnen und Wähler der FDP und der

GRÜNEN das Stimmensplitting. Die Wählerinnen und Wähler einer „kleinen“ Partei gehen häufig davon aus, dass der Direktkandidat ihrer Partei keine Mehrheitschance hat. Deshalb entscheiden sich die Wählerinnen und Wähler dieser Parteien sehr bewusst für den Kandidaten einer „großen“ Partei.

Die Wählerinnen und Wähler der FDP und der GRÜNEN haben am häufigsten ihre Stimmen gesplittet

Bei der Untersuchung des Splittingverhaltens der FDP-Zweitstimmenwählerschaft fällt auf, dass 2005 die Zahl ihrer Wählerinnen und Wähler, die anderen Parteien die Erststimme gegeben haben, im Vergleich zu 2002 deutlich größer geworden ist. Bei der Wahl 2005 gaben 693 von 1 000 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme die FDP gewählt haben, dem Bewerber einer anderen Partei ihre Erststimme. Bei der Bundestagswahl 2002 entschlossen sich nur 482 von 1 000 FDP-Wählerinnen und -Wähler dazu.

Bei den Wählerinnen und Wählern der Liberalen hat das Stimmensplitting im Vergleich zu 2002 am stärksten zugenommen

Besonders stark profitierten die Christdemokraten von dem Stimmensplitting der FDP-Wählerinnen und -Wähler. Im Vergleich zu 2002 war die Zahl der Erststimmen, die von diesen Wählerinnen und Wählern an CDU-Direktkandidaten vergeben wurden, diesmal deutlich größer. Vor drei Jahren gaben von 1 000 Zweitstimmenwählerinnen und -wählern der FDP nur 343 ihre Erststimme an einen Unionskandidaten, bei dieser Wahl waren es 594. Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der FDP-Wählerinnen und -Wähler, die mit ihrer Erststimme einen SPD-Direktkandidaten wählten. Bei der Bundestagswahl 2005 waren es nur 73 von 1 000, während es bei der Wahl 2002 noch 117 gewesen waren. In Anbetracht des Zweitstimmenrückgangs, den die CDU hinnehmen musste, lassen diese Ergebnisse den Schluss zu, dass wahlaktische Überlegungen die Entscheidung der

Vom Stimmensplitting der FDP-Zweitstimmenwählerschaft hat die CDU am stärksten profitiert

Wählerinnen und Wähler beeinflusst haben. Die Vermutung liegt nahe, dass die FDP – wegen ihrer eindeutigen Koalitionsaussage zugunsten der CDU – viele Zweitstimmenwählerinnen und -wähler von der Union gewinnen konnte, die mit ihrer Erststimme bei der CDU geblieben sind. Bei der Wahl 2002 hatte es eine solche Koalitionsaussage der Liberalen nicht gegeben.

Vom Stimmensplitting der GRÜNE-Zweitstimmenwählerschaft hat die SPD am stärksten profitiert

Nicht ganz so stark wie die Wählerschaft der FDP haben bei der Bundestagswahl 2005 die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN das Stimmensplitting genutzt. Von 1 000 Wählerinnen und Wählern, die den GRÜNEN ihre Zweitstimme gaben, haben 671 dem Direktkandidaten einer anderen Partei ihre Erststimme gegeben. Davon gingen die meisten – nämlich 592 Stimmen – an Wahlkreiskandidaten der Sozialdemokraten. Bei der Bundestagswahl 2002 waren es noch einige mehr; damals gaben 602 von 1 000 Zweitstimmenwählerinnen und -wählern der GRÜNEN ihre Erststimme einem Kandidaten der SPD.

Nutzen der repräsentativen Wahlstatistik

Bereits diese ausgewählten Ergebnisse zeigen, dass die repräsentative Wahlstatistik

interessante und wichtige Einsichten in das Wählerverhalten liefert. Der Vorteil der repräsentativen Wahlstatistik der statistischen Ämter gegenüber den Wahluntersuchungen anderer Institute besteht zum einen in der sehr breiten Zahlenbasis: Bei der Bundestagswahl 2005 waren in die Auswertung der Stimmzettel nach Geschlecht und Alter rund 129 000 Wählerinnen und Wähler einbezogen. Der Analyse zur Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter lagen mehr als 63 000 Wahlberechtigte zugrunde.

Zum anderen wird in der repräsentativen Wahlstatistik nicht nur das „beabsichtigte“ oder das nach dem Wahlvorgang „bekundete“ Wahlverhalten von Befragten untersucht, sondern es wird die tatsächliche Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler in den ausgewählten Wahlbezirken anhand der abgegebenen Stimmzettel nach Geschlecht und Altersgruppen festgestellt. Diese zuverlässigen Informationen über die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten sind für Bürger, Politik und Medien, aber auch für die Wahlforschungsinstitute von großem Interesse.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten.

Übersichtstabellen zu den Ergebnissen finden sich in der Veröffentlichung „Die Bundestagswahl am 18. September 2005 in Rheinland-Pfalz – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“, die im Internet (<http://www.statistik.rlp.de/analysen/wahlen/repraes-wahlstatistik-bt2005.pdf>) kostenfrei heruntergeladen werden kann.

Die gedruckte Ausgabe kann zum Preis von 10 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden: Statistisches Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56130 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, Fax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Geburtenentwicklung 2004 – eine kleine Zeitreihenanalyse



Von Günter Ickler

Im Jahr 2004 erblickten in Rheinland-Pfalz 33 421 Kinder das Licht der Welt. Damit hat sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre fortgesetzt. Die Geburten verteilen sich keineswegs gleichmäßig über das Jahr. Neben Schwankungen im Jahresverlauf gibt es eine besonders deutlich ausgeprägte ungleiche Verteilung auf die Wochentage. Im Vordergrund des Beitrags steht eine Untersuchung der Geburtenentwicklung des Jahres 2004 mit klassischen Instrumenten der Zeitreihenanalyse. Ergänzend erfolgt auch eine Darstellung der Entwicklung in früheren Jahren.

Immer weniger Geburten

Mit fast 67 800 Lebendgeborenen im Jahr 1963 höchste Geborenenzahl

Bis Ende der 1970er-Jahre Halbierung der Geborenenzahlen

Im Verlauf des Jahres 2004 erblickten in Rheinland-Pfalz 33 421 Kinder das Licht der Welt. Damit hat sich die rückläufige Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt. Nach der höchsten in der Geschichte des Landes jemals festgestellten Geborenenzahl im Jahr 1963 (fast 67 800 Lebendgeborene) war die Geburtenentwicklung Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre durch einen rasanten Abwärtstrend gekennzeichnet, der bis Ende der 1970er-Jahre zu einer Halbierung der Geburtenzahlen führte. Durch die zahlenmäßige Zunahme entsprechender Elternjahrgänge konnten zwar zwischenzeitlich auch wieder mehr Geburten verzeichnet werden; mit nahezu 43 000 Lebendgeborenen markierte das Jahr 1990 noch einmal ein „Zwischenhoch“. Dem schlossen sich aber nahezu kontinuierlich rückläufige Werte an.

Erhebliche Unregelmäßigkeiten im Jahresverlauf

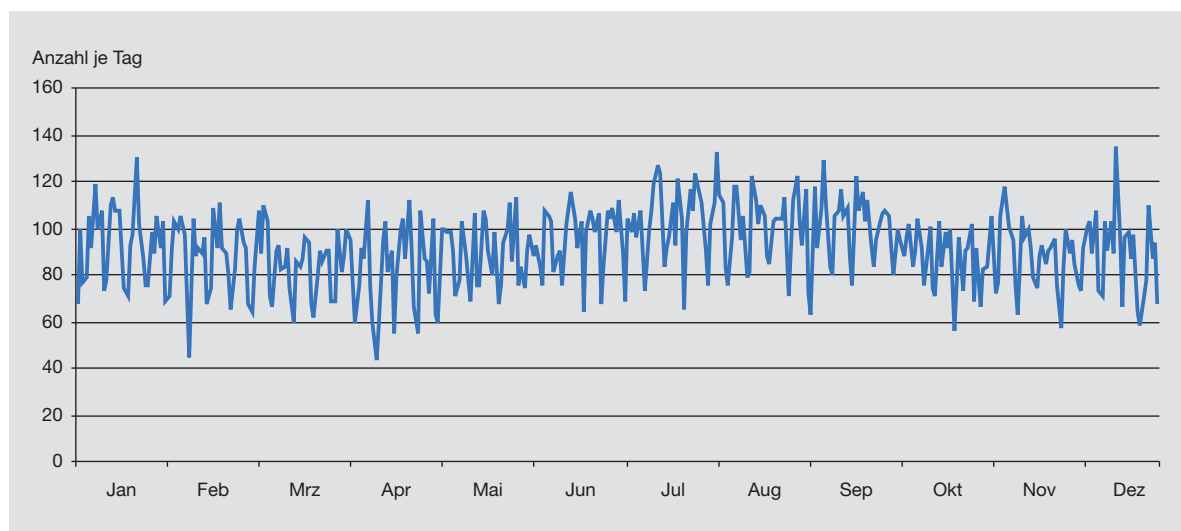
Im Vordergrund der folgenden Darstellung stehen die Geburten des Jahres 2004. Dabei werden neben der für die Bevölkerungsentwicklung relevanten Zahl der Lebendgeborenen auch die Totgeburten in die Betrachtung einbezogen. Mit 149 Kindern, die tot geboren wurden, gab es insgesamt 33 570 Geborene im Jahr 2004.

Betrachtet man die Entwicklung der Geburten im Verlauf eines Jahres nach Kalendertagen, so zeigen sich erhebliche Unregelmäßigkeiten. Die stark gezackte Kurve schwankt um den Durchschnittswert von 91,7 Geborenen je Tag. Neben Schwankungen, die in mehr oder weniger ähnlicher Weise wiederkehren, sind auch gewisse Auf- und Abwärtsentwicklungen im Jahresverlauf zu erkennen. So scheint

Im Durchschnitt 91,7 Geborene am Tag

S 1

Geborene 2004 nach Kalendertagen



es im März und April eher weniger und in den Monaten Juli bis September eher mehr Geburten zu geben.

vorliegt. Diese Zeitreihe wird im Folgenden mit den klassischen Instrumenten der Zeitreihenanalyse einer näheren Betrachtung unterzogen.

Zeitreihe zeigt
zyklische
Schwan-
kungen im
wöchentlichen
Rhythmus

Bei näherer Betrachtung ist zu erkennen, dass die deutlich ausgeprägten zyklischen Schwankungen durch einen wöchentlichen Rhythmus geprägt sind. Damit liegt eine Zeitreihe vor, die durch eine längerfristige Grundkomponente – sie sei zunächst als „Trend“ bezeichnet – und durch wiederkehrende Auf- und Abwärtsbewegungen (die Saisonkomponente) gekennzeichnet ist. Darüber hinaus weist jede Zeitreihe auch Bewegungen auf, die weder durch eine Trend- noch durch eine saisonale Entwicklung erklärbar sind. Diese als Restkomponente bezeichnete Größe enthält zum einen irreguläre Einflüsse, die durch einmalige Ereignisse geprägt sind (dies können insbesondere auch Kalenderunregelmäßigkeiten sein, wie zum Beispiel die Lage von Feiertagen). Zum anderen fallen aber auch Einflussfaktoren darunter, für die eine unmittelbare Erklärung nicht

Zunächst wird aber die Entwicklung der täglichen Geborenenzahlen in ihrer tabellarischen Darstellung betrachtet. Hier fällt mit 44 Geborenen der niedrigste im Jahresverlauf beobachtete Wert auf den 11. April – das war der Ostersonntag. Die kleinsten im Verlauf eines Monats verzeichneten Beobachtungswerte fallen zumeist auf einen Sonntag oder Feiertag, in wenigen Fällen auch auf einen Samstag. Die monatlichen Minimalwerte liegen zwischen 44 und 71 Geborenen je Tag.

Geburten-
minimum am
Ostersonntag

Demgegenüber fallen die Höchstwerte eines Monats generell auf einen normalen Wochentag; meistens ist dies ein Mittwoch oder Donnerstag (jeweils viermal), in drei Fällen ein Freitag und einmal ein Dienstag. Die Maximalwerte liegen zwischen 105 und 135 Geborenen.

T 1

Geborene 2004 nach Monaten und Wochentagen

Tag	Monat											
	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
1	67	71	83	100	63	90	98	76	103	105	66	89
2	99	90	108	95	59	97	112	102	93	92	82	95
3	77	103	89	77	100	88	89	111	117	80	83	85
4	79	99	110	59	100	93	69	133	72	99	91	76
5	105	105	103	75	98	83	104	114	63	95	105	73
6	91	97	71	92	98	76	98	111	118	88	72	92
7	119	82	66	87	90	108	106	84	91	96	77	101
8	99	45	90	112	71	105	96	76	109	102	105	103
9	108	104	93	76	78	103	107	96	129	83	118	89
10	73	88	82	59	103	81	90	118	111	90	109	108
11	78	91	83	44	88	88	73	118	83	104	101	73
12	110	89	92	60	78	90	100	95	80	91	95	71
13	113	96	74	95	69	76	108	105	105	76	76	103
14	107	68	60	103	106	102	119	79	108	83	63	90
15	107	74	86	81	76	109	127	81	117	101	105	103
16	94	109	84	90	75	115	123	122	105	74	96	89
17	74	92	87	55	108	104	84	112	109	71	100	135
18	71	111	96	79	104	91	92	102	88	103	92	96
19	93	92	94	100	90	103	96	110	75	84	79	66
20	97	89	67	104	80	64	111	105	122	98	74	96
21	130	80	62	87	98	98	93	88	107	92	88	98
22	102	65	80	112	67	108	121	85	116	100	93	87
23	87	82	90	91	75	104	104	103	103	56	85	97
24	76	99	86	66	94	98	65	104	112	72	90	64
25	76	104	90	55	100	106	98	104	91	96	91	58
26	98	94	90	108	111	68	117	104	83	73	96	71
27	89	91	69	87	86	83	107	113	95	90	75	78
28	105	68	69	86	113	108	124	71	103	91	57	110
29	92	64	99	72	75	104	114	82	106	102	84	87
30	103		81	104	83	109	111	112	108	69	99	94
31	69		88		74		90	122		92		67
Insgesamt	2 888	2 542	2 622	2 511	2 710	2 852	3 146	3 138	3 022	2 748	2 647	2 744
Monatsminimum	67	45	60	44	59	64	65	71	63	56	57	58
Monatsmaximum	130	111	110	112	113	115	127	133	129	105	118	135
Monatsmittel	93,2	87,7	84,6	83,7	87,4	95,1	101,5	101,2	100,7	88,6	88,2	88,2

 Samstag
 Sonntag
 Feiertag
 Monatsminimum
 Monatsmaximum

Deutlich weniger Geburten am Wochenende

Im Jahresdurchschnitt ist der Mittwoch mit 100,4 Geborenen der „beliebteste“ Tag, gefolgt vom Freitag mit 99,4 und vom Dienstag mit 98,8 Geborenen. Die Wochenenden liegen mit nur 75,9 Geborenen am Samstag und 72,9 am Sonntag erheblich unter dem Gesamtmittel.

Ein Vergleich der Monate zeigt mit 83,7 bzw. 84,6 die niedrigsten durchschnittlichen täglichen Geborenanzahlen in den Monaten April und März, die höchsten dagegen im Juli (101,5) und August (101,2) sowie auch noch im September mit durchschnittlich 100,7 Geborenen.

Im 3. Quartal werden im Monatsdurchschnitt die meisten Kinder geboren

T 2

Durchschnittliche Zahl der Geborenen 2004 nach Monaten und Wochentagen

Monat Jahr	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Monats- mittel
Januar	101,5	97,5	115,3	93,4	98,2	73,8	76,0	93,2
Februar	96,3	95,5	101,3	95,0	93,3	74,5	63,8	87,7
März	87,6	91,2	86,4	94,8	94,8	70,3	64,3	84,6
April	85,8	94,5	90,8	95,4	91,2	64,3	59,3	83,7
Mai	95,8	98,0	94,3	83,3	101,8	70,4	74,0	87,4
Juni	104,0	103,2	105,6	92,8	94,5	86,0	74,8	95,1
Juli	104,3	106,0	110,5	111,2	111,4	83,6	83,0	101,5
August	107,0	113,4	114,3	105,8	108,5	80,5	80,0	101,2
September	110,0	102,3	110,2	107,6	112,3	83,5	75,3	100,7
Oktober	100,5	85,8	88,0	90,5	102,0	74,8	81,0	88,6
November	90,6	96,0	95,5	93,8	93,8	74,3	71,3	88,2
Dezember	92,3	99,8	93,8	92,8	91,8	75,8	70,3	88,5
Jahr 2004	97,8	98,8	100,4	96,7	99,4	75,9	72,9	91,7

Geburtenentwicklung als Problemstellung der Zeitreihenanalyse

Die Untersuchung der Geburtenentwicklung mit den klassischen Verfahren der Zeitreihenanalyse (siehe Info-Kasten „Zeitreihenanalyse“) kann nach einem einfachen Modell in den folgenden Schritten ablaufen:

Das Verfahren setzt sinnvollerweise bei einer Ausgliederung der deutlich ausgeprägten zyklischen Schwankungen an. Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, handelt es sich offensichtlich um Schwankungen, die sich im Verlaufe von sieben Tagen wiederholen. Damit bietet sich als erster Schritt

1. Vorläufige Elimination der Saisonkomponente

T 3

Zeitreihenzerlegung der Geborenen 2004
– Darstellung des Prinzips anhand eines Auszugs –

Datum	Wochentag	i	x _i	Arbeitsschritt						
				1	2	4	5	6	7	8
				₁ g _i	s _i +u _i	₁ s _i	₂ s _i	g _i +u _i	₂ g _i	₂ g _i - ₁ g _i
⋮										
08.03.2004	Montag	68	90	84,0	6,0	5,9	5,6	84,4	83,3	-0,7
09.03.2004	Dienstag	69	93	82,4	10,6	7,0	6,7	86,3	81,3	-1,1
10.03.2004	Mittwoch	70	82	82,9	-0,9	8,3	8,0	74,0	81,1	-1,8
11.03.2004	Donnerstag	71	83	82,0	1,0	6,6	6,3	76,7	82,1	0,1
12.03.2004	Freitag	72	92	81,4	10,6	8,2	7,9	84,1	80,7	-0,8
13.03.2004	Samstag	73	74	80,1	-6,1	-15,1	-15,4	89,4	81,9	1,8
14.03.2004	Sonntag	74	60	80,9	-20,9	-18,9	-19,2	79,2	82,1	1,2
15.03.2004	Montag	75	86	82,7	3,3	5,9	5,6	80,4	81,1	-1,7
16.03.2004	Dienstag	76	84	83,0	1,0	7,0	6,7	77,3	81,1	-1,9
17.03.2004	Mittwoch	77	87	82,0	5,0	8,3	8,0	79,0	82,5	0,5
18.03.2004	Donnerstag	78	96	82,3	13,7	6,6	6,3	89,7	82,9	0,6
19.03.2004	Freitag	79	94	81,4	12,6	8,2	7,9	86,1	83,7	2,2
20.03.2004	Samstag	80	67	82,3	-15,3	-15,1	-15,4	82,4	82,7	0,5
21.03.2004	Sonntag	81	62	82,1	-20,1	-18,9	-19,2	81,2	81,5	-0,7
⋮										

die Berechnung eines siebengliedrigen gleitenden Durchschnitts an (siehe Info-Kasten „Gleitende Durchschnitte“). Diese vorläufige Elimination der Saisonkomponente liefert eine erste Schätzung der glatten Komponente (g_t). Dabei werden die ersten und die letzten drei Randglieder nicht verwendet, da deren Schätzung zu nicht-plausiblen Ergebnissen geführt hat.

2. Ermittlung von Saison- plus Restkomponente

Subtrahiert man die im ersten Schritt ermittelten Schätzwerte für die glatte Komponente von den Beobachtungswerten, so erhält man eine Schätzung für die Summe aus Saison- und Restkomponente ($s_t + u_t$).

3. Darstellung von Tagesdiagrammen

Diese noch von den irregulären Schwankungen überlagerten Saisonverläufe lassen sich anschaulich interpretieren, indem man die Entwicklung für jeden Wochentag in einer eigenen Grafik darstellt. Diese Tages-

diagramme zeigen in der Regel für Samstag und Sonntag unter dem Durchschnitt liegende Werte und für die restlichen Wochentage solche, die den Mittelwert übersteigen.

Über die saisonale Entwicklung hinausgehende irreguläre Einflüsse sind dabei zum Teil durch Kalenderunregelmäßigkeiten erklärbar. So sind in der Darstellung für den Montag die drei Minimalwerte (15., 22. und 44. Wert) durch Feiertage geprägt, nämlich durch Oster- und Pfingstmontag bzw. Allerheiligen.

Auch Feiertage beeinflussen das Geburten-geschehen

Das Diagramm für den Donnerstag zeigt niedrige Zahlen für den 20. Mai (Christi Himmelfahrt) und den 10. Juni (Fronleichnam). Ein noch kleinerer Wert ist allerdings für den 13. Mai errechnet worden, für den der Kalender keine Auffälligkeiten zeigt.

Info

Zeitreihenanalyse

Eine Zeitreihe ist eine zeitlich geordnete Folge der Beobachtungen eines Merkmals. Ziel der Zeitreihenanalyse ist es, die Einflussfaktoren, die für das Zustandekommen der Zeitreihe verantwortlich sind, zu analysieren – häufig auch mit dem Ziel, Anhaltspunkte über die zukünftige Entwicklung des betrachteten Merkmals zu erhalten.

In der Regel lassen sich Zeitreihen, beispielsweise in wirtschaftswissenschaftlichen Analysen, in verschiedene Komponenten zerlegen:

- Als Trend bezeichnet man die allgemeine Grundrichtung der Zeitreihe. Man unterstellt hier häufig einen linearen Verlauf, es sind aber auch andere mathematische Funktionen – beispielsweise Polynome oder exponentielle bzw. logarithmische Funktionen – denkbar.
- Unter Konjunkturschwankungen versteht man Schwankungen mit einer Periodenlänge von mehr als einem Jahr.
- Saisonschwankungen sind die zyklischen Bewegungen innerhalb eines Jahres.

- Die Rest- oder irreguläre Komponente umfasst solche Bewegungen, die durch nicht systematisch erklärbare Ursachen hervorgerufen werden. Hierunter fallen zum einen Strukturbrüche – zum Beispiel Gebietsstandsänderungen –, zum anderen aber insbesondere solche Zufallseinflüsse, für die es keine konkreten Erklärungsansätze gibt oder die in dem betrachteten Modell nicht erklärt werden sollen, um dessen Komplexität nicht zu erhöhen.

Trend und Konjunkturschwankungen werden häufig zu einer Komponente – der glatten Komponente – zusammengefasst, wenn man sie nicht einwandfrei trennen kann, was insbesondere bei kurzen Zeitreihen der Fall ist.


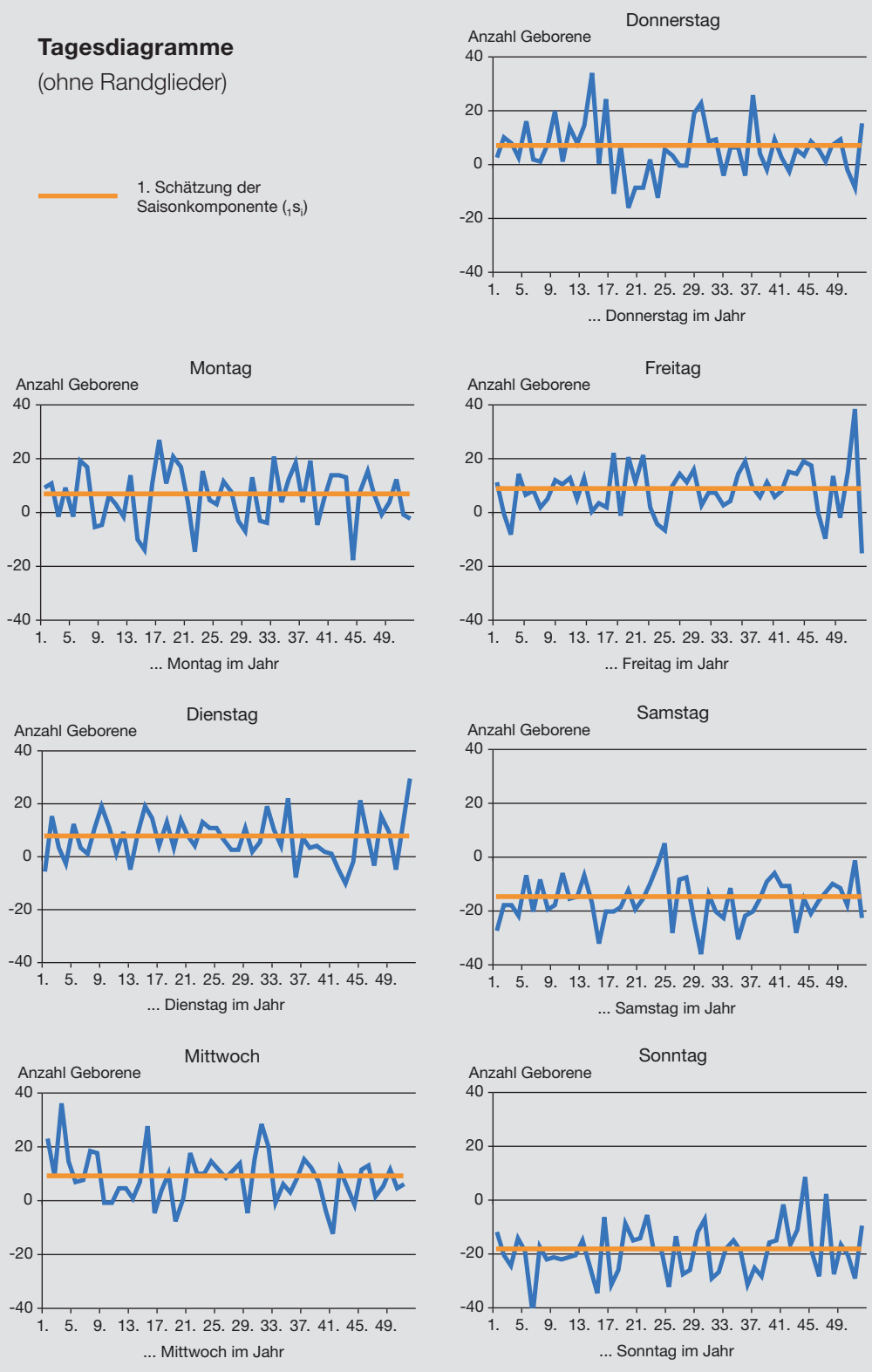
In der Regel unterstellt man eine additive Verknüpfung der Bewegungskomponenten, es sind aber auch andere Modelle denkbar.

Hat man eine Zeitreihe in ihre Komponenten zerlegt, so lassen sich einzelne Komponenten herausrechnen, das heißt, man erhält dann trend- oder saisonbereinigte Zeitreihen.

Es gibt zahlreiche, mitunter sehr komplexe Modelle der Zeitreihenanalyse, die jedoch grundsätzlich alle mehr oder weniger auf den dargestellten Grundbausteinen basieren.

Tagesdiagramme

(ohne Randglieder)

 1. Schätzung der Saisonkomponente (s_t)


Das Tagesdiagramm für den Freitag zeigt einen auffallend hohen Wert für den 17. Dezember, also den letzten Werktag vor der Weihnachtswoche. Der niedrigste Wert ist für Heiligabend, den 24. Dezember, festzustellen.

Die Darstellungen zeigen, dass es für einen Teil der die Saisonkomponente überlagernden irregulären Effekte Erklärungsansätze gibt, die plausibel oder zumindest denkbar sind.

4. Erste Schätzung der Saisonkomponente

Unterstellt man eine konstante Saisonfigur, geht man also davon aus, dass der Einfluss der einzelnen Wochentage zu jedem Zeitpunkt des Jahres den gleichen Einfluss auf die Bildung der Zeitreihe hat, so kann man durch Bildung des arithmetischen Mittels aus den Werten einer Teilreihe für jeden der sieben Wochentage die Saisonschwankung für jede Stelle der Saison schätzen. Diese konstanten Schätzwerte (${}_1s_i$) sind in den Tagesdiagrammen als Parallelen zur Abszisse eingezeichnet.

5. Normierung der Saisonkomponente

Definiert man die Saisonkomponente derart, dass sich die Schwankungen über das Jahr hinweg ausgleichen, so muss die Summe ihrer Einzelwerte null sein. Das ist bei den sieben in Schritt 4 errechneten Werten aber noch nicht der Fall, da $\sum {}_1s_i = 1,96$.

Eine normierte Schätzung (${}_2s_i$) erhält man, indem man $1,96/7$ von den in Schritt 4 errechneten Werten subtrahiert.

6. Ermittlung der saisonbereinigten Reihe

Durch Differenzbildung aus den Beobachtungswerten und der Saisonkomponente ergibt sich die saisonbereinigte Reihe:

$$g_i + u_i = x_i - {}_2s_i$$

7. Zweite Schätzung der glatten Komponente

Die im sechsten Schritt ermittelte Reihe enthält noch Restschwankungen, die durch einen geeignet gewählten gleitenden Durch-

schnitt eliminiert werden können. Bei der Wahl der Gliederzahl ist zu beachten, dass zu viele Elemente auch Krümmungen in der glatten Komponente glätten und sogar zu einer Verlagerung von Extremwerten führen können. Die Berücksichtigung von zu wenigen Elementen verhindert unter Umständen

Info

Gleitende Durchschnitte

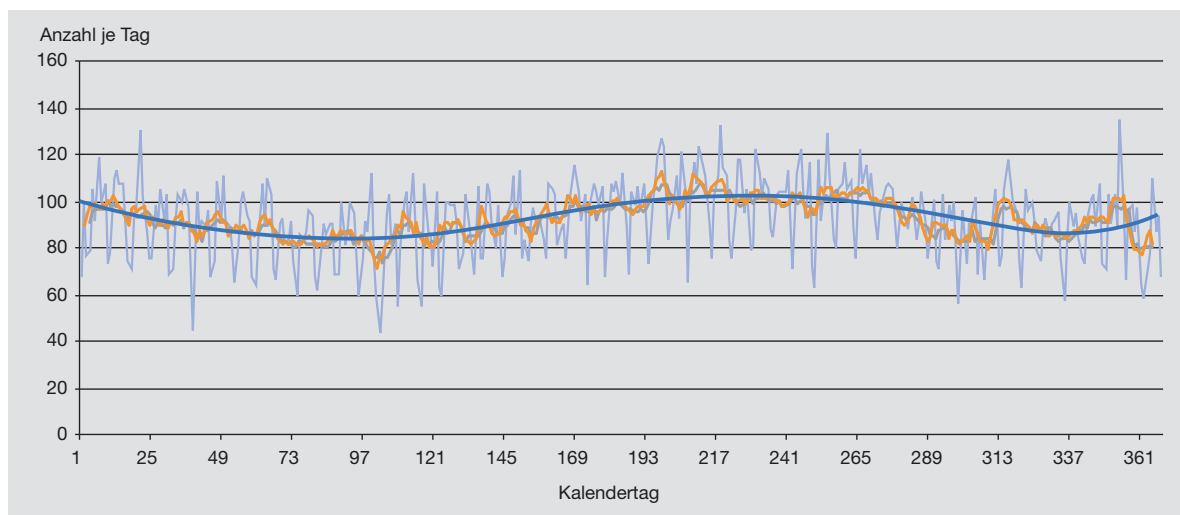
Die Berechnung gleitender Durchschnitte ist eine Methode zur Glättung von Zeitreihen. Insbesondere ist sie zur Ausschaltung von zyklischen Schwankungen und damit zur Schätzung des Trends bzw. der glatten Komponente geeignet. Im Gegensatz zu Verfahren, die den Trend global für die gesamte Zeitreihe mit einer einzigen Funktion beschreiben (Globalschätzung), stellt die Methode der gleitenden Durchschnitte eine Lokalschätzung dar, bei der abschnittsweise für jeweils eine gewisse Anzahl benachbarter Beobachtungswerte eine Schätzung durchgeführt wird. Dabei wird der Schätzwert für den mittleren Zeitpunkt der jeweils betrachteten Periode angesetzt. Üblicherweise wird eine lineare Funktion herangezogen, es sind aber auch Polynome höheren Grades denkbar.

Zur Eliminierung regelmäßig wiederkehrender zyklischer Schwankungen (Saisonschwankungen) wählt man die Gliederzahl des gleitenden Durchschnitts entsprechend der Anzahl unterjähriger Werte. Man berechnet also bei Quartalswerten einen viergliedrigen und bei Monatswerten einen zwölfgliedrigen gleitenden Durchschnitt.

Sollen irreguläre Schwankungen ausgeschaltet werden, muss die Gliederzahl einerseits so groß gewählt werden, dass der Trend hinreichend charakterisiert werden kann. Andererseits muss beachtet werden, dass zu große gleitende Durchschnitte auch einen gekrümmten Trend glätten und sogar dessen Extremwerte zeitlich verlagern können.

Das beschriebene Verfahren ermöglicht keine Schätzungen am Anfang und Ende der Zeitreihe. Da die Herleitung der Berechnungsformel aber auf einem Ansatz nach der Methode der kleinsten Quadratsumme beruht, können hieraus auch Schätzwerte für die ersten und letzten Zeitreihenwerte ermittelt werden. Diese haben allerdings andere statistische Eigenschaften und sind nicht immer plausibel.

S 3

Geborene 2004 nach Kalendertagen
– Schätzung der glatten Komponente –

die gewünschte hinreichende Beseitigung der Restkomponente. Das Testen verschiedener Alternativen führte im vorliegenden Fall zur Anwendung eines fünfgliedrigen gleitenden Durchschnitts (z_{g_i}).

Die grafische Darstellung verdeutlicht, dass die Saisonbereinigung erfolgreich war. Ist man der Auffassung, dass der Verlauf der glatten Komponente noch zu unruhig ist, so kann – außerhalb des dargestellten achtsstufigen Modells – durch eine geeignet gewählte Funktion eine weitere Glättung vorgenommen werden. Der in der Grafik dargestellte Kurvenverlauf basiert auf einem Polynom fünften Grades

ßige Differenz liegt bei durchschnittlich 1,9. Damit kann das Verfahren als abgeschlossen betrachtet werden. In der Tat hat sich gezeigt, dass durch eine erneute Berechnung keinerlei Verbesserung erzielt werden konnte, so dass auf eine Darstellung hier verzichtet wird.

Fazit der Analyse: Nur kleinerer Teil der Zeitreihe ist saisonbestimmt

Das Verfahren der Zeitreihenzerlegung hat gezeigt, dass die Entwicklung der täglichen Geborenenzahlen des Jahres 2004 zum größten Teil durch eine langfristige Grundrichtung und darüber hinaus zu einem kleineren Teil durch stark ausgeprägte zyklische Schwankungen erklärt werden kann. Bei im Tagesdurchschnitt 91,7 Geborenen variieren die Saisonwerte zwischen 8,0 und –19,2, also in einer Bandbreite von mehr als 27 Geborenen.

Das hier vorgestellte Modell ist – zugegebenermaßen – sehr einfach. Es hat den Vor-

8. Überprüfung der Güte der Schätzung

Ein Vergleich der für die glatte Komponente geschätzten Werte aus Schritt 7 mit denen aus Schritt 1 lässt Schlussfolgerungen über die Güte der Schätzung zu. Bei größeren Differenzen können die zuletzt ermittelten Werte z_{g_i} im zweiten Schritt eingesetzt und erneut die weiteren Arbeitsschritte durchlaufen werden. Die Unterschiede sind im vorliegenden Fall gering – die betragsmä-

teil, dass es leicht nachvollziehbar ist und im vorliegenden Fall zu plausiblen Ergebnissen geführt hat.

Heutige medizinische Möglichkeiten beeinflussen den Geburtstermin

Die Suche nach der Ursache, warum offensichtlich an Wochenenden und Feiertagen signifikant weniger Geburten zu verzeichnen sind, führt zunächst zu der Vermutung, dass es sich bei einer Geburt nicht zwingend um einen ausschließlich natürlichen – durch biologische Faktoren beeinflussten – Vorgang handelt.

Fast jede dritte Geburt per Kaiserschnitt

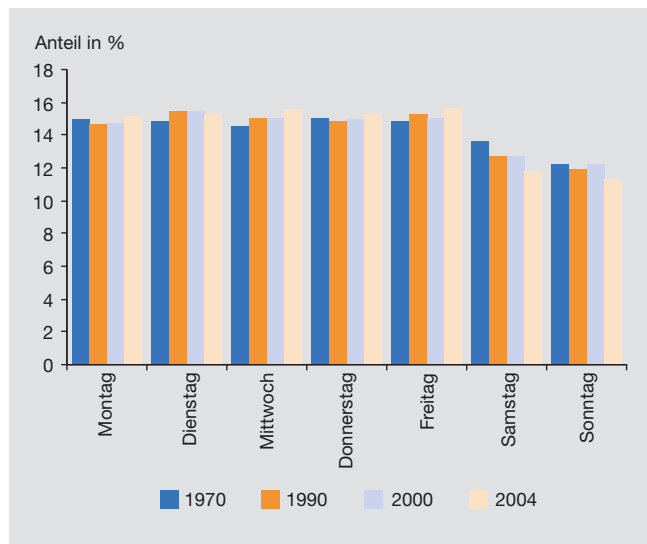
In der Tat zeigt sich, dass nahezu jedes dritte Kind durch einen Kaiserschnitt auf die Welt geholt wird. Während früher derartige operative Eingriffe nur im Ausnahmefall erfolgten, liegt ihr Anteil jetzt bei 30,8%. Das entspricht allein innerhalb der letzten zwei Jahre einer Steigerung um 4,6 Prozentpunkte. Anfang der 1990er-Jahre betrug der Anteil der Kaiserschnittgeburten noch weniger als 18%.

Es ist daher zu vermuten, dass diese Form der Geburt den Frauen zunehmend als Alternative zu einer natürlichen Geburt erscheint oder vermittelt wird. Ein wachsendes Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt und die damit einhergehenden Risiken können zusätzliche Gründe für den Anstieg der Kaiserschnittgeburten sein.

Aber auch die Vorteile für die Kliniken liegen auf der Hand. Eine normale Geburt verursacht einen mitunter erheblichen Zeit- und damit Personalaufwand. Sie kann daher mit weit höheren Kosten verbunden sein als eine Geburt per Kaiserschnitt, die zeitlich

S 4

Geborene 1970–2004 nach Wochentagen



gesteuert, also auch gezielt auf Werktage gelegt werden kann. Zudem liegen die Erstattungen der Krankenkassen für eine Kaiserschnittgeburt höher als für eine normale Geburt.

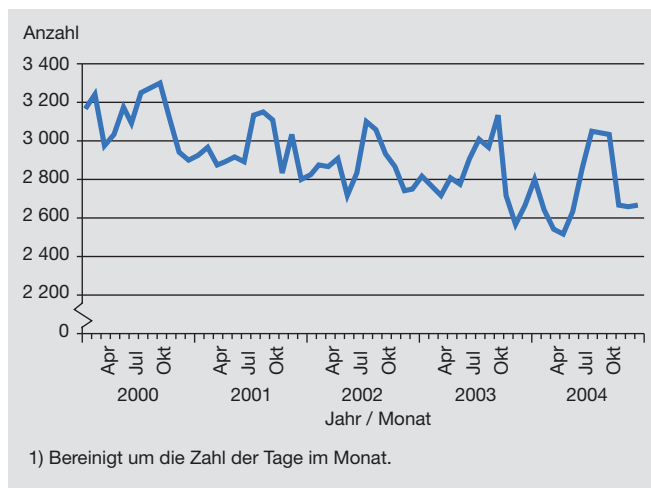
Eine Kaiserschnittgeburt soll zwar nur bei medizinischer Notwendigkeit erfolgen; diese liegt nach einer Schätzung der Weltgesundheitsorganisation bei 10% aller Geburten vor. Die genannten Gründe können aber durchaus die Auslegung des Begriffs der Notwendigkeit beeinflussen.

Wenn der Kaiserschnitt in nennenswertem Umfang gezielt zur Beeinflussung des Geburtstermins eingesetzt wird, dann muss mit der Zunahme der Zahl der Kaiserschnittgeburten in den letzten Jahren die Zahl der Wochenendgeburten abgenommen haben. Tatsächlich ist der Anteil der auf einen Samstag oder Sonntag entfallenden Geburten, der 1970 noch bei 25,8% lag, bis heute um 2,7 Prozentpunkte gesunken.

Früher mehr Geburten am Wochenende

S 5

Geborene 2000–2004 nach Monaten¹⁾



Bei all diesen Feststellungen darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass die saisonalen Schwankungen nur den weitaus geringeren Teil der Einflussfaktoren für die täglichen Geborenenzahlen ausmachen.

Längerfristige Schwankungen in Abhängigkeit von der Jahreszeit

Abschließend soll noch ein Blick auf die längerfristigen Schwankungen geworfen werden, die bei wirtschaftswissenschaftlichen Zeitreihenanalysen als Konjunkturkomponente bezeichnet werden. Die isolierte Betrachtung dieser Größe ist bei einer Zeitreihe von nur einem Jahr kaum möglich, weshalb

bei der Analyse Trend- und Konjunkturkomponente zusammengefasst als glatte Komponente betrachtet wurden. Anhaltspunkte über längerfristige Schwankungen kann die Betrachtung einer Zeitreihe mehrerer Kalenderjahre liefern.

Für eine anschaulichere Darstellung werden dabei die Geburten nicht mehr nach Tagen, sondern nach Monaten betrachtet. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit wurden die Geburtenzahlen auf eine einheitliche Monatslänge von 30 Tagen umgerechnet. Auf eine Bereinigung der unterschiedlichen Zahl der Wochenenden je Monat wurde jedoch verzichtet.

Die Betrachtung der fünf Jahre umfassenden Zeitreihe zeigt einen fallenden Trend und bestätigt die bereits für das Jahr 2004 festgestellte Häufung der Geburten in den Sommermonaten Juli bis September und die niedrigeren Geburtenzahlen im März und April.

Mehr
Geburten im
Sommer

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Bevölkerung, Beschäftigte, Soziale Leistungen.

Feldfruchternte 2005 – Ertragseinbußen im Vergleich zum Vorjahr

Von Jörg Breitenfeld

Die Ernte der Mähdruschfrüchte wie Getreide und Winterraps kam im August aufgrund einer wechselhaften Wetterlage nur langsam voran. Nach den vorläufigen Ergebnissen brachten die Landwirte in Rheinland-Pfalz dieses Jahr eine Getreideernte von 1,34 Mill. t ein. Sie lag damit 16 % unter der Vorjahreseernte und 6 % unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Auch die Erntemenge der übrigen Feldfrüchte, wie z. B. von Futterpflanzen und Hackfrüchten, erreichte zumeist nur die langjährigen Durchschnittswerte.

Witterung ermöglichte keine Spitzenerträge

Der Witterungsverlauf wies im zu Ende gehenden Erntejahr einige Besonderheiten auf. Die Aussaat von Winterraps und den Wintergetreidearten, wie z. B. Wintergerste und -weizen, erfolgte im Herbst 2004 im Allgemeinen ohne größere Probleme. Die Bestände liefen zügig auf und gingen gut entwickelt in den Winter. Während der Dezember und vor allem der Januar deutlich zu warm waren, brachte der Februar etliche Frosttage. Die kalte, niederschlagsreiche Witterung hielt bis Anfang März an.

Erst Mitte März begann die Frühjahrsbestellung, wobei immer wieder hohe Niederschläge die Arbeiten unterbrachen. Spätfröste schädigten dann Ende April vor allem das Obst. Der Mai war warm und feucht, während der Juni zu trocken blieb. Infolgedessen kam es zu Trockenschäden bei vielen Feldfrüchten. Während der Drusch von Wintergerste unter zumeist trockenen Witterungsbedingungen im Juli

Juni zu
trocken –
August zu
feucht

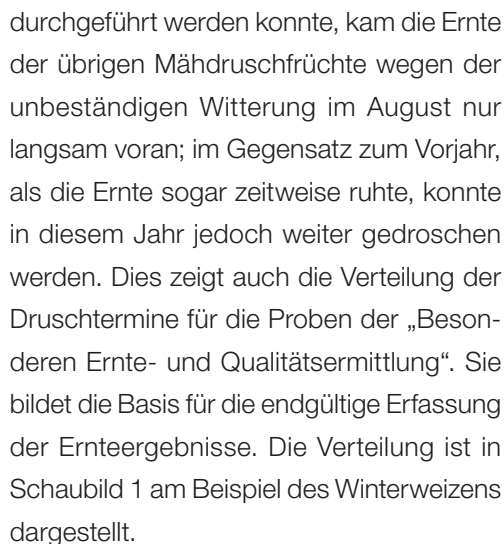
Info

Grundlagen der Ertragsermittlung

Für die Feststellung der Erträge von Feldfrüchten werden sowohl die Ergebnisse der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) als auch die der Ernte- und Betriebsberichterstattung herangezogen. Im Rahmen der BEE wird auf insgesamt 500 nach stichprobenmethodischen Grundsätzen ausgewählten Feldern das gesamte Erntegut vom Landwirt verwogen. Die BEE wird für Winterweizen, Sommer- und Wintergerste, Roggen und Triticale sowie seit 2004 auch für Winterraps durchgeführt. Zusätzlich entnimmt der Landwirt Proben, die labormäßig auf Qualitätsparameter untersucht werden.

Darüber hinaus berichten während der Vegetationszeit ehrenamtlich tätige Landwirte und Landfrauen im Haupt- und Nebenerwerb oder anderweitig mit der Landwirtschaft befasste Fachleute über den Wachstumsstand und geben Ertragsschätzungen ab. Die Erntemengen werden anhand der geschätzten Hektarerträge und der jeweiligen Anbaufläche berechnet.

Weizenproben der Besonderen Erntermittlung 2004 und 2005 nach Druschterminen



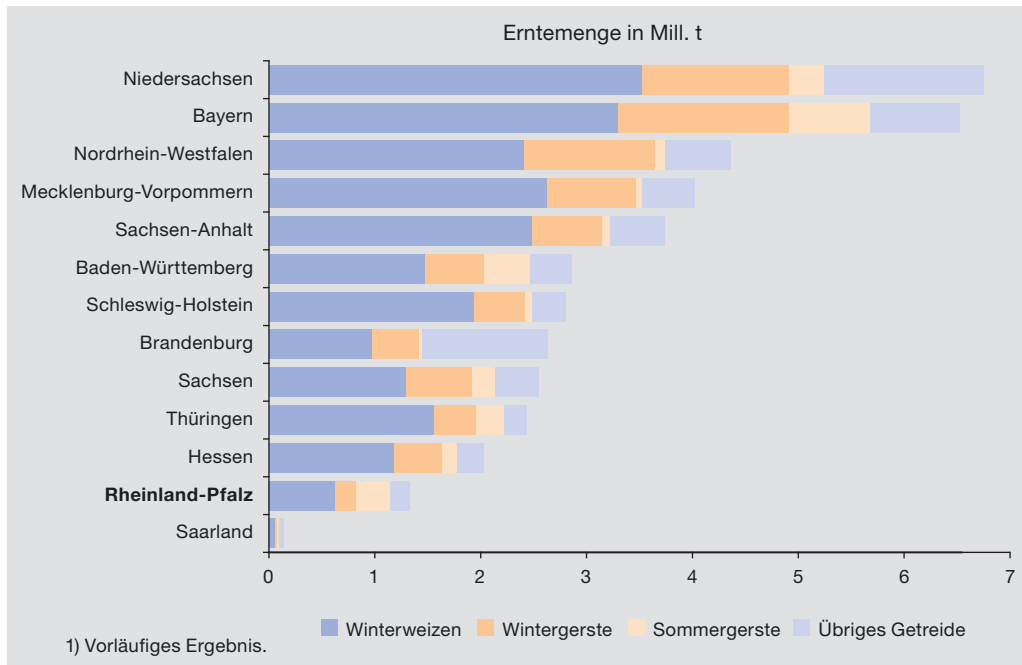
Die Getreideernte 2005 (ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix) liegt mit 1,34 Mill. t gut 6% unter dem Mittelwert der letzten sechs Jahre. Gegenüber der Rekordernte

Winterweizen: Führende Getreideart mit deutlichen Ertragseinbußen

Obwohl der Getreideanbau insgesamt um 1,3% eingeschränkt wurde, konnte Winterweizen seine Position als führende Getreideart in Rheinland-Pfalz weiter ausbauen. Zur Ernte standen 98 300 ha (+4,7%) an. Das waren 41% des gesamten Getreideanbaus von 238 500 ha. Der Hektarertrag lag mit 63 dt um 16% unter dem Vorjahreswert. Wegen der Ausdehnung der Anbaufläche blieb die Erntemenge (623 300 t) nur um 12% hinter dem Spitzenwert des letzten Jahres zurück.

Getreideernte 2004 und 2005¹⁾





Bundesweit war Winterweizen ebenfalls die wichtigste Getreideart. Fast jeder zweite Hektar der deutschen Getreidefläche wurde zur Ernte 2005 mit Winterweizen bestellt. Die Winterweizenernte belief sich auf 23,48 Mill. t. Damit entfielen in diesem Jahr bundesweit 56% der Getreideernte auf diese Getreideart. In den einzelnen Bundesländern lag der Hektarertrag nur in Brandenburg geringfügig unter dem von Rheinland-Pfalz. Die höchsten Erträge erzielten die Landwirte in Schleswig-Holstein mit 92 dt/ha. Im Durchschnitt erzielten die deutschen Erzeuger bei Winterweizen einen Hektarertrag von rund 75 dt.

Cubus. Die Sorten Tommi und Dekan hatten einen Anteil von 16% bzw. 14%. Die in den vergangenen beiden Jahren führende Sorte Ritmo ist mit einem Anteil von 11% auf den vierten Platz zurückgefallen.

Die bis Ende September ausgewerteten Winterweizenproben zeigten, dass der Anteil der Proben mit für eine gute Qualität nicht ausreichenden Fallzahlen niedriger als im Vorjahr war. Etwa 15% der Proben wiesen Fallzahlen von weniger als 220 Sekunden auf. Im Vorjahr betrug der Anteil 21%. Da insbesondere die spätgedroschenen Proben zum Redaktionsschluss für diesen Beitrag noch nicht vollständig ausgewertet waren, ist möglicherweise noch mit einem Anstieg zu rechnen. Im Bundesdurchschnitt ist die Qualität erheblich schlechter als in Rheinland-Pfalz, da etwa 32% der Proben nicht den genannten Grenzwert erreichten.

Qualität des Weizens besser als im letzten Jahr

Verschiebungen im Sortenspektrum

Im Rahmen der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung werden außer dem Ertrag auch die Getreidesorten erhoben und technologische Qualitätsparameter ermittelt. 18% der für die Ermittlungen gezogenen Winterweizenproben entfielen auf die Sorte

Ertrags- und Qualitätseinbußen bei der Sommergerste

Sommergerste folgte, gemessen am Anbauumfang aller Getreidearten, nach Winterweizen auf Platz zwei. Der Anbau blieb mit 70 700 ha konstant; dies waren 30% der Getreidefläche. Hinsichtlich des Anteils der Sommergerste an der Getreidefläche im Land ist Rheinland-Pfalz mit Abstand führend unter den Bundesländern. Deutschlandweit wurde Sommergerste nicht einmal auf jedem zehnten Hektar der Getreidefläche angebaut.

Ertraglich lag die Sommergerste mit 46 dt/ha gut 5% unter dem langjährigen Mittelwert, das Vorjahresergebnis wurde um 18% verfehlt. Sie wird vielfach zum Verkauf als Braugerste angebaut, da sie nur dann auf Grund des höheren Preises wirtschaftlich interessant ist. In diesem Jahr erfüllt ein größerer Teil als sonst die erforderlichen Qualitätseigenschaften für Braugerste nicht, so dass sie nur als Futtergetreide verwertbar ist.

Da die Mälzereien für die Malzherstellung einen möglichst homogenen Grundstoff benötigen, bauten die Landwirte in den letzten Jahren überwiegend die 1995 zugelassene Sommergerstensorte Scarlett an. Im Dezember 2004 beschloss der „Technische Ausschuss Braugerste“, dem Vertreter der Brauereien und der landwirtschaftlichen Erzeuger angehören, einen Sortenwechsel, um den züchterischen Fortschritt im Hinblick auf den Ertrag und vor allem auf die Resistenz gegenüber Krankheiten nutzen zu können. Dies hatte zur Folge, dass im Jahr 2005 nur noch 16% der Proben auf die Sorte Scarlett entfielen. Die neuen Sorten sind Auriga (38%) und Braemar (24%).

Scarlett nicht mehr länger die Standardsorte für die Braugerstenproduktion

Info

Qualitätsbestimmung bei Brotgetreide

Getreide, das für die Herstellung von Backwaren eingesetzt werden soll, muss vorgegebene Qualitätskriterien erfüllen. Eine schnell und einfach durchzuführende Methode zur Qualitätsermittlung ist die Bestimmung der Fallzahl, die bei Weizen und Roggen eingesetzt wird. Die Fallzahl ist ein Maß für die Aktivität des Enzyms Alpha-Amylase, das bei der Keimung Stärke in Zucker verwandelt. Die Stärke im Getreide ist aber wichtig für die gewollte so genannte „Verkleisterung“ des Teigs. Je größer die Alpha-Amylase-Aktivität, desto kleiner ist die Fallzahl. Alpha-Amylase wird vermehrt gebildet, wenn es während der Reife- und Erntezeit zu kalt oder zu feucht ist. So weisen oft Partien mit Auswuchs (d. h. Getreidekörner keimen noch vor der Ernte auf dem Halm) zu niedrige Fallzahlwerte auf.

Für die Herstellung von Backwaren geeignete Handelspartien von Weizen müssen Fallzahlen von über 220 Sekunden und solche von Roggen über 120 Sekunden aufweisen. Ideal sind bei Weizenmehl Fallzahlen von 250 bis 300 Sekunden und bei Roggenmehl von 150 bis 180 Sekunden.

Wintergerste mit leicht überdurchschnittlichem Hektarertrag

Das Wintergerstenareal blieb mit 32 800 ha ebenfalls unverändert. Bundesweit war Wintergerste nach Winterweizen mit gut 20% der Getreidefläche die zweitwichtigste Getreideart. In Rheinland-Pfalz steht sie mit einem Anbauanteil von 14% auf Platz drei. Sie ist als frühräumende Getreideart die ideale Vorfrucht für Winterraps und dürfte schon aus diesem Grund ihre Bedeutung behalten.

Zwar fiel die Wintergerste in Rheinland-Pfalz ertraglich im Vergleich zum Vorjahr ab (60 dt/ha; -12%), gegenüber dem sechsjährigen Durchschnittsertrag war aber ein leichtes Plus von 2,5% festzustellen. Da

Gegenüber dem Vorjahr auch bei Wintergerste Ertrags- einbußen

sie als erste Getreideart gedroschen wird, dürfte sie weniger als die anderen Getreidearten unter der Trockenheit im Juni gelitten haben. Die Erntemenge betrug 196 600 t (–12%). Die zwei wichtigsten Sorten waren Passion und Tiffany mit Anteilen von jeweils knapp 18%.

Triticale (11 800 ha) und Roggen (9 500 ha) wurden in diesem Jahr um 22% bzw. 15% im Anbau eingeschränkt. Auch hier lagen die Erträge mehr oder minder deutlich unter den Vorjahreswerten.

Raps- und Kartoffelernte 7% kleiner als im Vorjahr

Winterraps
wichtigste
Ölfrucht

Von den sonstigen Mähdruschfrüchten hatte nur noch Winterraps eine größere Bedeutung, dessen Anbaufläche mit 32 300 ha geringfügig kleiner war als im Jahr zuvor. Der leichte Rückgang (–1,9%) könnte eine Folge des nassen Augusts 2004 gewesen sein, der nicht immer eine termingerechte Aussaat ermöglichte. Der Ertrag blieb mit 38 dt/ha um 5,4% unter dem Vorjahreswert. Dementsprechend umfasste die Erntemenge nur 123 000 t (–7,2%). Andere Ölfrüchte (wie Körner Sonnenblumen oder Öllein) hatten ebenso wie Hülsenfrüchte (Körnererbsen, Ackerbohnen) keine größere Bedeutung.

Frühkartoffeln
behaupten sich
als regionale
Spezialität

Der Anbau von Kartoffeln (8 600 ha) war leicht rückläufig, wobei allerdings größere Verschiebungen zwischen dem Anbau von Früh- und Spätkartoffeln zu beobachten waren. Während der Anbau von Frühkar-

toffeln, die als regionale Spezialität zu attraktiven Konditionen vermarktet werden können, zunahm, fiel der Spätkartoffelanbau zurück. Hier besteht eine wesentlich größere Konkurrenz zu den anderen Anbaugebieten etwa in Niedersachsen, wo fast die Hälfte der deutschen Kartoffelernte erzeugt wurde. Bundesweit wurden auf 276 300 ha rund 11,2 Mill. t Kartoffeln angebaut.

Die rheinland-pfälzische Ernte wurde bei leicht unterdurchschnittlichen Erträgen auf 280 000 t geschätzt. Sie lag damit um 7% unter dem Vorjahreswert. An Frühkartoffeln wurden 108 600 t erzeugt; das entspricht 22% der deutschen Ernte. Damit rangiert Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern hinter Niedersachsen (28%) auf Platz zwei gleichauf mit Nordrhein-Westfalen.

Die Raufutterernte lieferte ebenfalls keine Rekorderträge, sie stellte aber eine ausreichende Futterversorgung der Tiere sicher. Die Hektarerträge im Feldfutterbau bzw. vom Grünland entsprechen voraussichtlich dem langjährigen Mittel.

Rheinland-Pfalz mit 22% der deutschen Frühkartoffelernte unter den drei bedeutendsten Erzeugerländern

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Unternehmen so optimistisch wie seit fünf Jahren nicht mehr

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Der Geschäftsklimaindex hat im Oktober fast alle Experten überrascht. Viele hatten nur einen geringen Anstieg erwartet, einige sogar einen leichten Rückgang. Tatsächlich machte der Index im abgelaufenen Monat aber geradezu einen Satz nach oben. Er sprang von 96 auf 98,7 Punkte und erreichte damit ein Niveau wie zuletzt im Herbst 2000. Die Experten nehmen diesen kräftigen Anstieg zum Anlass für einen größeren Konjunkturoptimismus. Sie gehen nun von einer sich verfestigenden konjunkturellen Erholung aus.

Sehr positiv wird bewertet, dass die vom ifo Institut befragten Unternehmen sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate wesentlich günstiger beurteilt haben als noch im September. Der Lageindex stieg von 96,5 auf 98,9 Punkte und der Index für die Geschäftserwartungen von 95,5 auf 98,5 Punkte. Vor allem die deutlich verbesserten Zukunftserwartungen der Unternehmen haben überrascht – angesichts der herrschenden Unsicherheiten über den künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima erheblich aufgehellt. Die Unternehmen in diesem wichtigen Bereich der deutschen Wirtschaft schätzten sowohl ihre Lage als auch ihre Geschäftsaussichten günstiger ein. Insbesondere die Bewertung

der Exportchancen hat sich im Oktober noch einmal wesentlich verbessert.

Aber auch in den Wirtschaftsbereichen, die eher auf die heimische Nachfrage hoffen müssen, sind die Unternehmen im Oktober optimistischer geworden. Im Bauhauptgewerbe haben die befragten Unternehmen ihre Geschäftslage und ihre Erwartungen günstiger beurteilt als im September.

Im Großhandel und im Einzelhandel scheint sich das Geschäftsklima im Oktober beachtlich verbessert zu haben. Die Lageeinschätzung und die Einschätzung der Geschäftserwartungen fielen vor allem im Einzelhandel deutlich optimistischer aus als noch im September.

Die Ergebnisse der ifo-Umfrage für den Einzelhandel stehen allerdings in einem gewissen

Klimaverbesserung im Bauhauptgewerbe

Bessere Stimmung auch im Groß- und im Einzelhandel

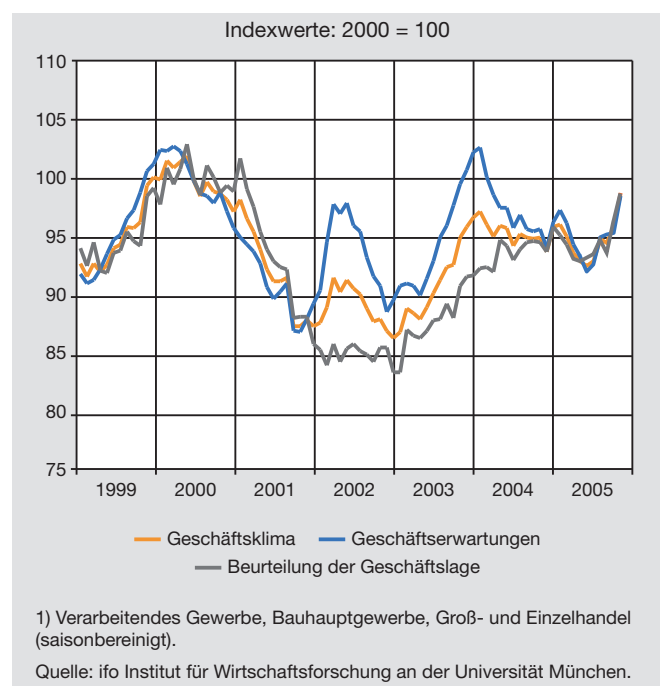
Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Oktober deutlich verbessert

Sowohl die Lage als auch die Geschäftserwartungen werden von Unternehmen günstiger eingeschätzt

Wesentlich bessere Stimmung im verarbeitenden Gewerbe

Stand:
Oktober
2005

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Widerspruch zu den Meldungen über eine sehr ungünstige Umsatzentwicklung durch den Hauptverband des Deutschen Einzelhandels.

Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – leichter Rückgang im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Juli 2005 gegenüber dem Vorjahr wieder etwas stärker gestiegen als im Juni. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 4,4%. Im Juni wurde nur ein Plus von 3% registriert, nachdem der Zuwachs im Mai noch bei 5,2% gelegen hatte.

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungstechnischer Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie im verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Juli 2005 – wie bereits in den beiden Vormonaten – von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Wie schon im Juni, stieg

auch im Juli 2005 die inländische Nachfrage stärker an als die ausländische. Im Mai war mit +4,1% erstmals in diesem Jahr bei den Inlandsaufträgen eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen gewesen. Diese Entwicklung setzte sich nach dem Anstieg im Juni (+4,2%) nun im Juli 2005 mit einer weiteren Steigerung um 6,3% gegenüber dem Vorjahresmonat fort. Die Auftragseingänge aus dem Ausland verbesserten sich dagegen real zwar um 2,5% gegenüber Juli 2004, blieben damit aber immer noch deutlich hinter dem Zuwachs vom Mai (+6,2%) zurück.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Juli 2005 real 2,8% weniger Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Zuletzt war im Juni ein Rückgang um 5,8% beobachtet worden. Davor hatte im April 2005 das Minus im Jahresvergleich sogar 11,1% betragen. Bei den Inlandsbestellungen ist nach elf Monaten mit Rückgängen im Jahresvergleich erstmals wieder eine gestiegene Nachfrage festzustellen. Die Aufträge lagen im Vergleich zum Juli 2004 um 5,6% höher. Bereits seit März 2005 waren die Auftragsrückgänge geringer geworden. Zuletzt lagen sie im Juni bei –3,4%, nachdem im Februar mit –23,2% der stärkste Auftragseinbruch der letzten Jahre im Fahrzeugbau registriert worden war. Seit April dieses Jahres sind die Auftragseingänge aus dem Ausland ebenfalls rückläufig; im Vorjahresvergleich sanken sie im Juli 2005 wieder um 9,8% und damit genau so stark wie schon im April. Dazwischen waren die Rückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat im Mai (–0,7%) und Juni (–7,9%) niedriger.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Juli 2005 im Vorjahresvergleich um 3% an, nach zuletzt +2,8% im Juni und +1,7% im Mai. Davor war im April

Aufträge im Fahrzeugbau zum sechsten Mal in Folge niedriger als im Vorjahresmonat

Auftragseingänge im Maschinenbau weiter im Plus – Aufträge aus dem Inland stiegen stärker

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Juli 2005 gegenüber dem Vorjahr um 4,4% gestiegen

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar

Steigerung der Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

erstmalig seit Oktober 2003 das Volumen der Auftragseingänge zurückgegangen (–1,2%). Bei den Inlandsbestellungen gab es nach zuletzt deutlichen Steigerungen im Mai (+8,1%) und Juni (+9%) im Juli 2005 einen etwas schwächeren Anstieg (+6,5%) gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach drei Monaten mit rückläufigen Auftragszahlen kam es beim Auslandsgeschäft im Juli wieder zu einem leichten Plus von 0,7% gegenüber Juli 2004.

Steigende Nachfrage aus dem In- und Ausland in der Metall-erzeugung und -verarbeitung

In der Metall-erzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) stiegen die Auftragseingänge im Juli 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 5%. Nach einem Plus von 3,4% im Mai und 4,6% im Juni scheint die rückläufige Entwicklung von Anfang des Jahres (mit Rückgängen von mehr als 5%) überwunden zu sein. Sowohl die Inlandsbestellungen (+5,8% im Vergleich zum Juli 2004) als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland (+3,9%) legten zu. Im Juni 2005 wurden im Inlandsgeschäft (+3,4%) wie im Auslandsgeschäft (+6,6%) ebenfalls Nachfragezuwächse beobachtet.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit dem Vorjahr durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im Juli 2005 um 10,7% gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats. Im Juni lag die Steigerungsrate noch bei 8,6%. Damit werden derzeit die hohen Zuwächse nicht mehr erreicht, die zwischen Dezember 2004 und Mai 2005 auf etwa gleich bleibendem Niveau gelegen hatten – das Plus bei den Auftragseingängen bewegte sich zwischen 13,6% im April und 17,7% im Februar 2005. Die Steigerung der

Inlandsnachfrage war mit +10,1% gegenüber Juli 2004 unwesentlich höher als im Juni (+10%). Der Anstieg bei den Aufträgen aus dem Ausland war dagegen mit +10,9% im Juli wieder deutlich stärker als im Juni 2005 (+7,7%).

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Juli 2005 nur noch um 0,2% gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Verglichen mit der Entwicklung in den Monaten März bis Juni 2005 entspannte sich die Situation deutlich. In diesem Zeitraum bewegten sich die Rückgänge im Jahresvergleich zwischen 6,2 und 9,8%. Zuletzt sanken die Auftragseingänge im Juni 2005 um 8,6% gegenüber dem Vorjahresmonat. Zum Jahreswechsel 2004/2005 waren allerdings drei Monate mit positiven Veränderungen zu verzeichnen.

Die Zahl der Baugenehmigungen war seit Anfang 2004 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat gesunken. Anfang 2005 war es noch zu den mit über 40% höchsten Rückgängen seit Jahren gekommen. Im Mai 2005 war dann erstmals nach eineinhalb Jahren mit +2,1% wieder ein Anstieg im Jahresvergleich eingetreten. Diese Entwicklung setzte sich im Juni (+1,5%) und nun auch im Juli fort. Gegenüber Juli 2004 kam es zu einem weiteren Anstieg der Baugenehmigungen um 2,1%.

Nur noch leicht sinkende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei weiter steigender Zahl der Baugenehmigungen

Umsätze im Einzelhandel wieder gesunken – weiterhin Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze sind im Juli 2005 im Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber

Rückgänge im Einzelhandel – erneut Umsatzeinbußen im Großhandel

Juli 2004 preisbereinigt um 0,8% gesunken. Damit hat sich in dieser Branche die Situation wieder etwas eingetrübt. Zuvor waren nämlich drei Monate mit Umsatzzuwächsen zu verzeichnen. Die höchsten Steigerungsraten im Jahresvergleich gab es im Mai und April 2005 (+0,8 bzw. +0,7%). Zuletzt lag das Umsatzplus im Juni 2005 bei 0,1%.

Die Umsatzentwicklung im Großhandel stellte sich im Juli 2005 wieder rückläufig dar. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat sanken die realen Großhandelsumsätze um 0,2%. Nach der Stabilisierung im Mai kam es damit erneut zu einem Rückgang, der allerdings deutlich schwächer ausfiel als noch zu Beginn des Jahres.

Ungebrochener Abwärtstrend im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im Juli 2005 gegenüber dem Juli des Vorjahres real um 1,2%. Der Rückgang blieb damit leicht unter den Umsatzverlusten vom Mai (-2,4%) und Juni 2005 (-1,6%).

Deutlicher Anstieg des Verbraucherpreisindex im Oktober

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsisindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucherpreise im Oktober um 2,5% gestiegen

Der Verbraucherpreisindex erreichte im Oktober 2005 einen Wert von 109. Er lag damit um 2,5% über dem Stand vom Oktober des Vorjahres. Gegenüber dem Vormonat blieb er unverändert; im September 2005 wurde mit +2,7% die höchste Jahresteuerrate seit Beginn der Berechnung des rheinland-pfälzischen Verbraucherpreisindex im Jahr 1995 ermittelt.

Dieser starke Preisanstieg ist aber nicht etwa Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung, sondern im Wesentlichen auf die mehrfache

Erhöhung der Tabaksteuer und die kräftige Verteuerung von Ölprodukten zurückzuführen. Die Tabaksteuererhöhungen ließen die Preise in der Gütergruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ im Vergleich zum Oktober 2004 um 10,6% ansteigen. Die Entwicklung des Ölpreises führte bei den Gütern im Bereich „Verkehr“ zu einem Preisanstieg um 4,9% und im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ um 3,3%.

Arbeitslosigkeit hat sich im September verringert

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

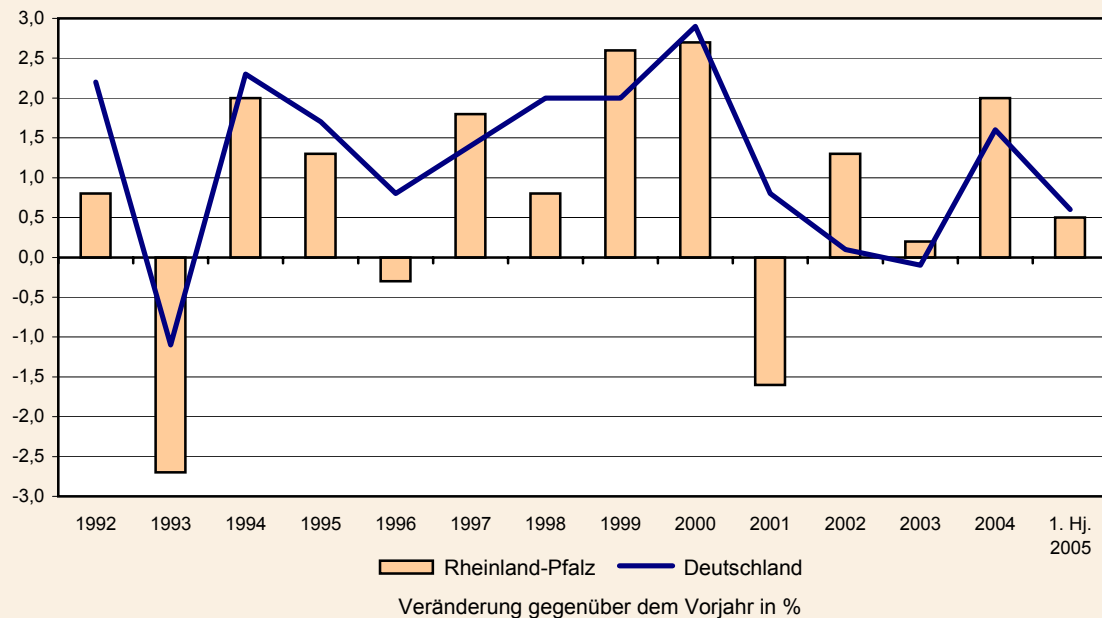
Zahl der Arbeitslosen ist im September gesunken

Nach dem Ende der Haupturlaubszeit ist die Arbeitslosigkeit in einem für diese Jahreszeit üblichen Umfang zurückgegangen. Mitte September 2005 waren in Rheinland-Pfalz rund 168 100 Frauen und Männer ohne Arbeit – etwa 7 600 weniger als im August. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich auf 8,3% und ist damit im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozentpunkte gesunken.

Im Vergleich zum September 2004 war die Zahl der Arbeitslosen um rund 17 600 bzw. 11,7% höher. Dieser deutliche Anstieg ist jedoch kein Indiz für eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung, sondern spiegelt immer noch die Arbeitsmarktreformen zu Beginn des Jahres wider.

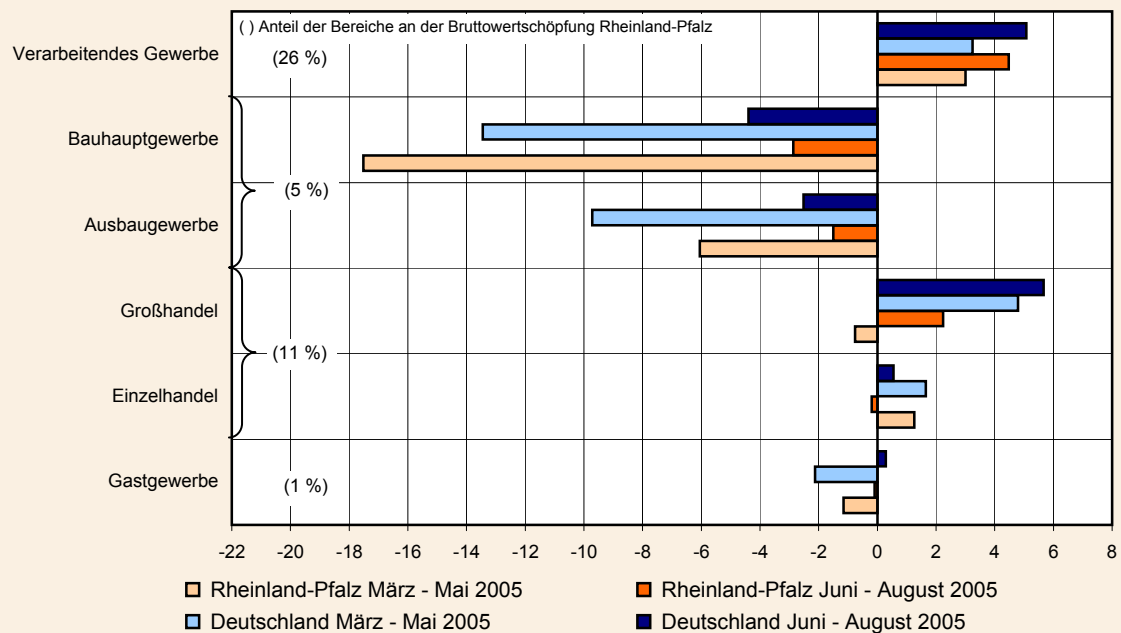
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: September 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2005 im Februar 2006.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland

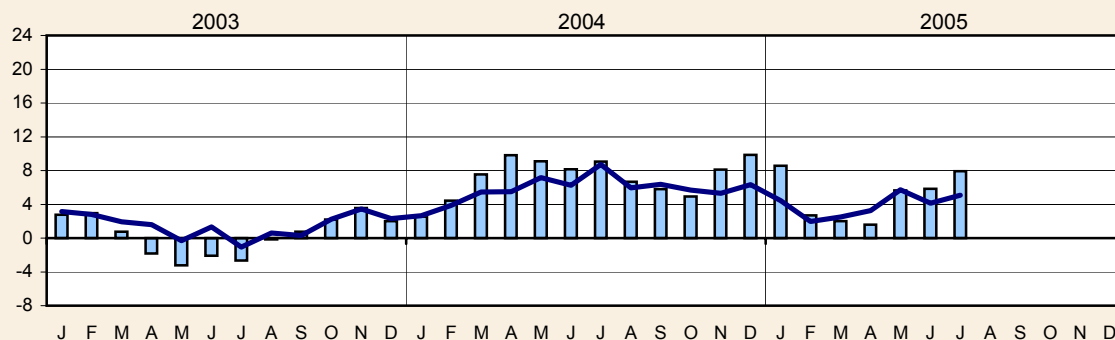


1) Ausbaugewerbe: Quartale.

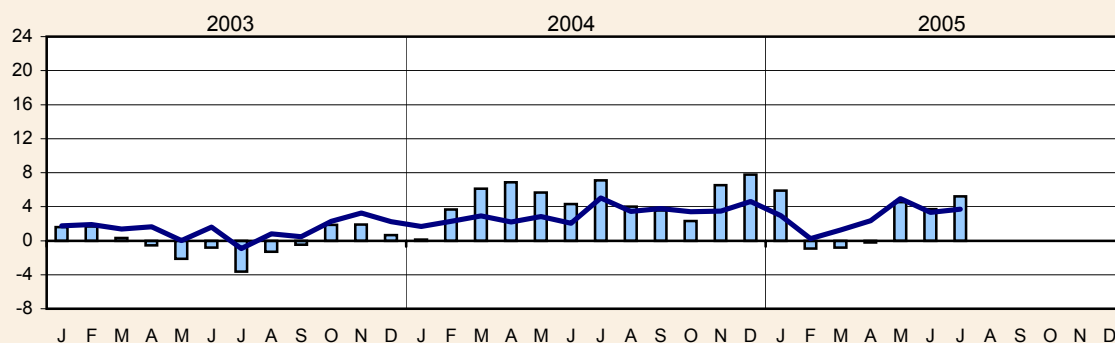
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

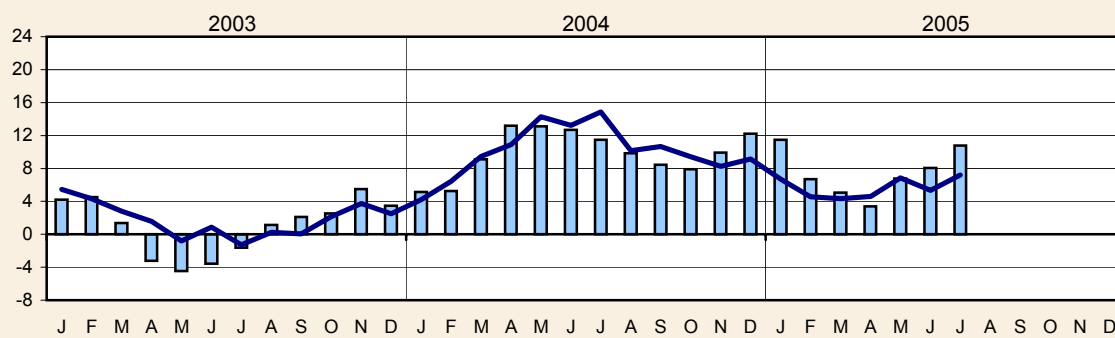
Insgesamt



Inland



Ausland



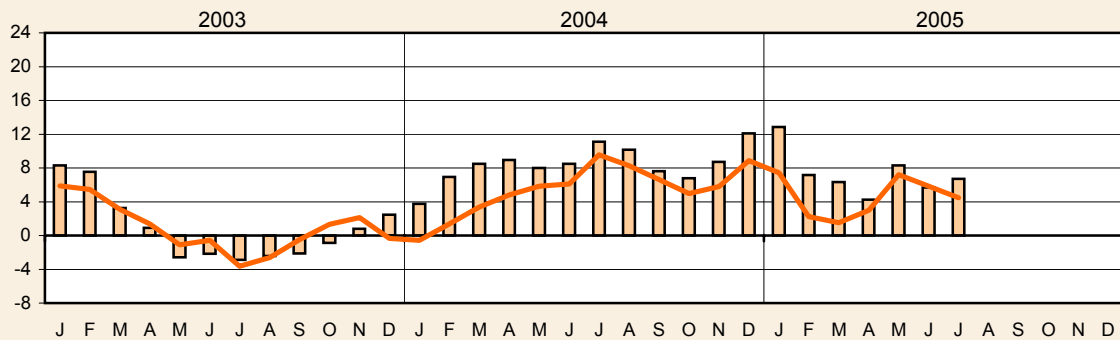
Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

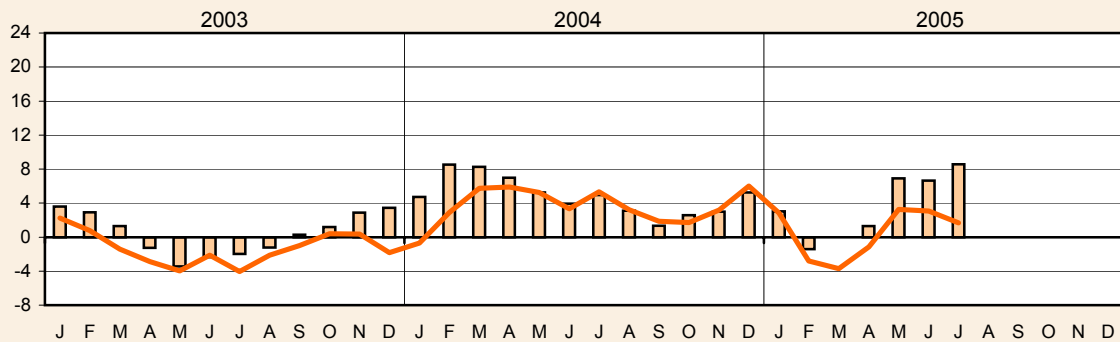
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

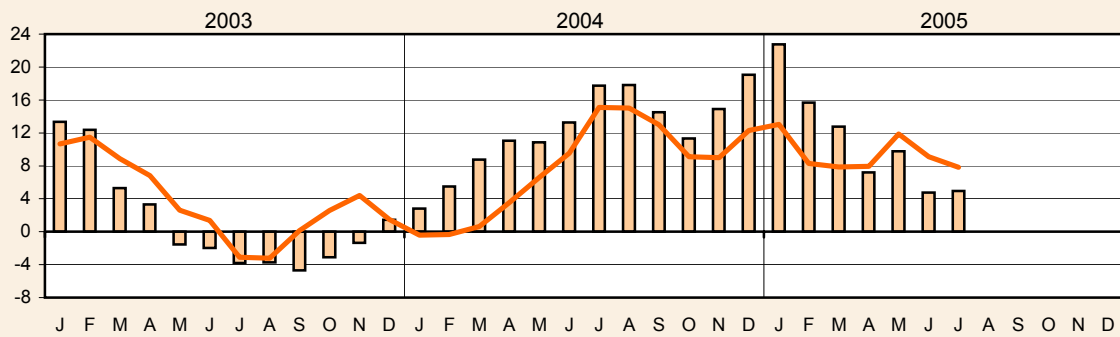
Insgesamt



Inland



Ausland

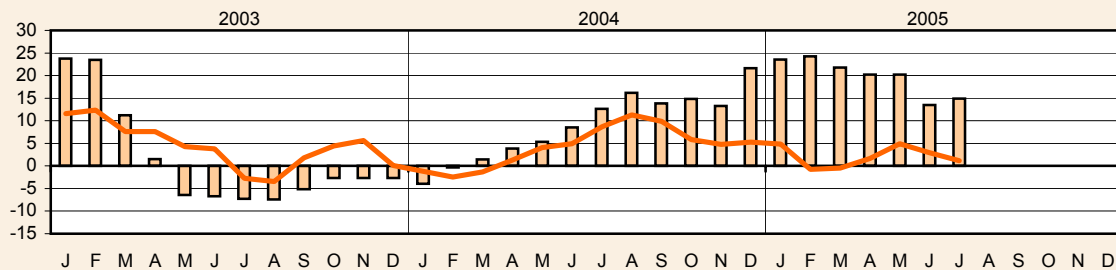


Auftragseingang Gesamtumsatz

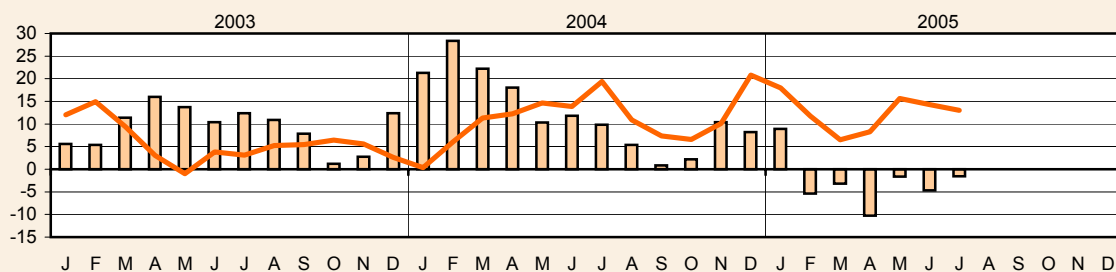
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

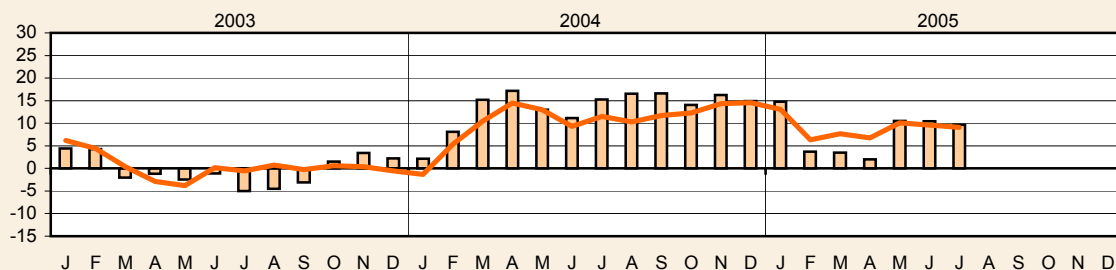
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



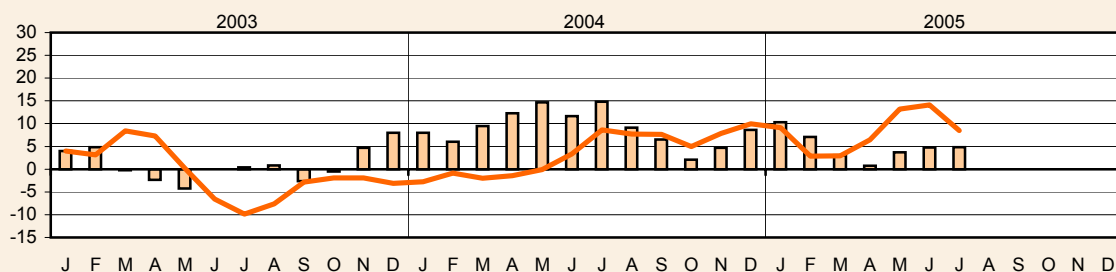
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



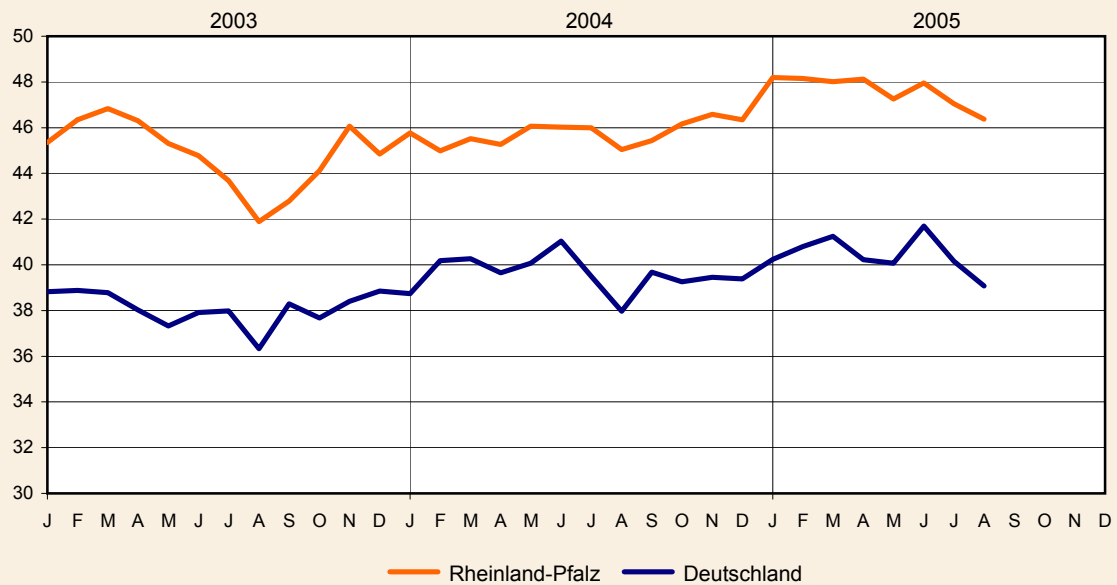
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

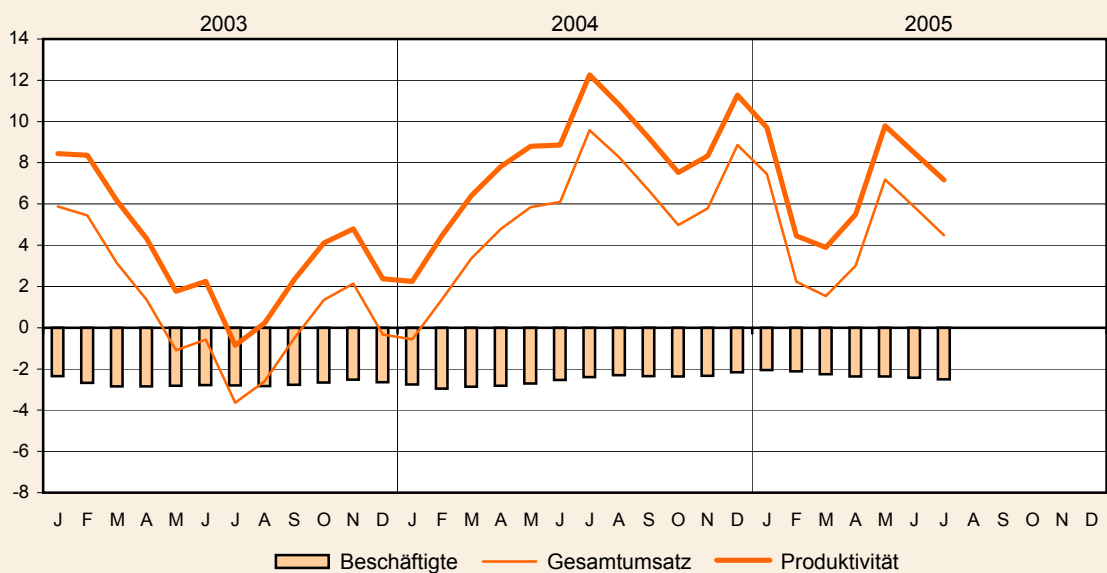
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

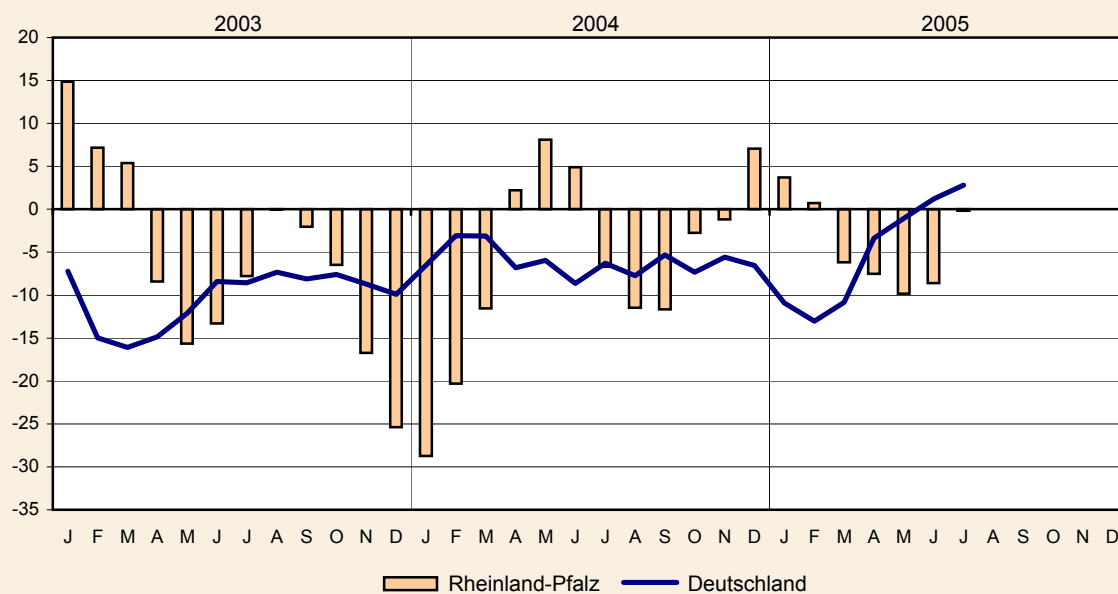
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

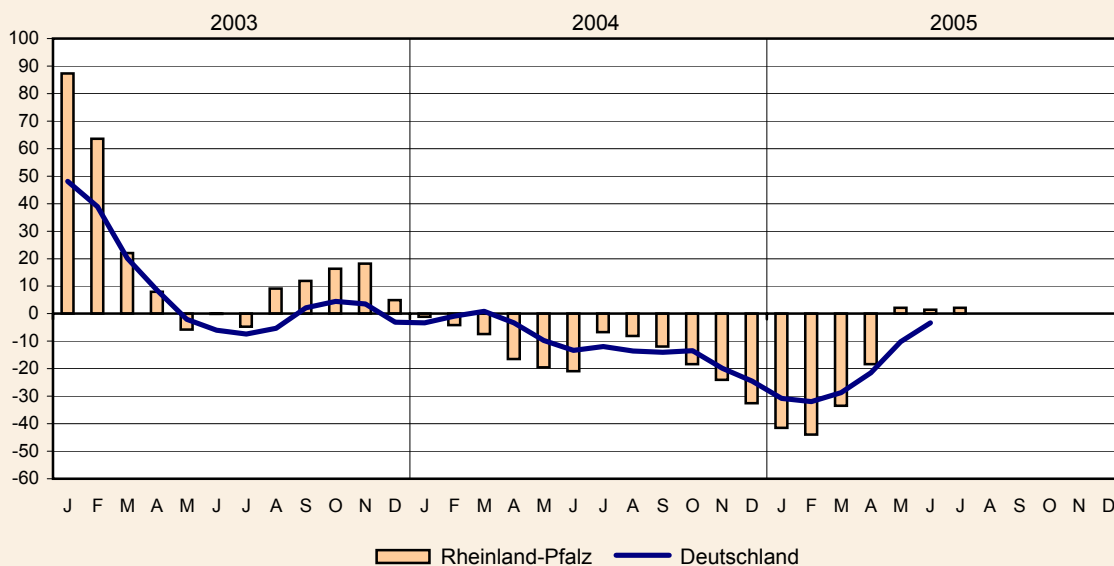
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



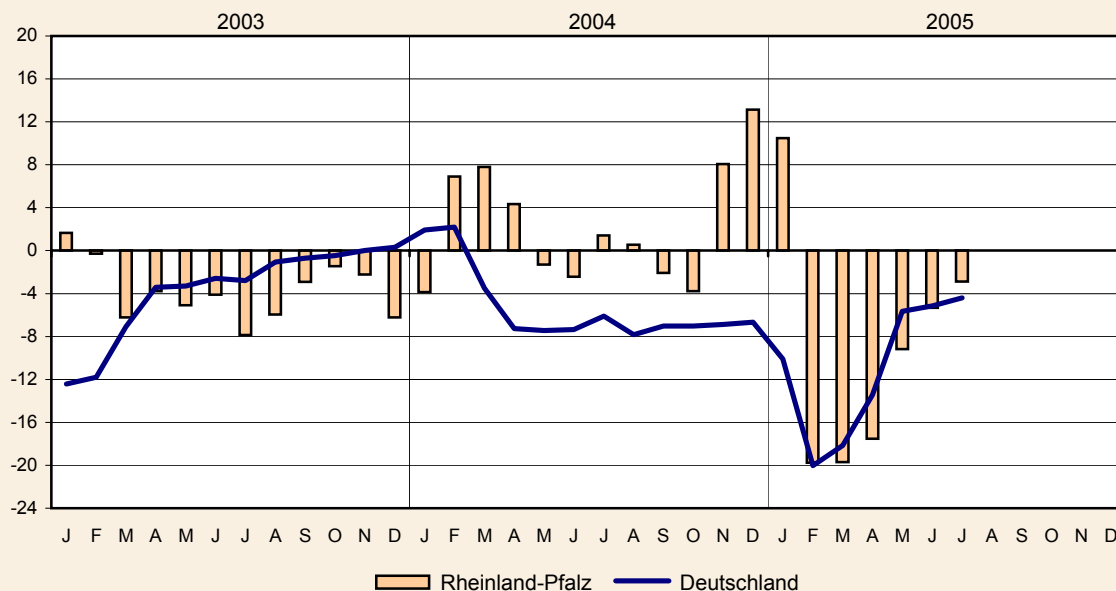
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

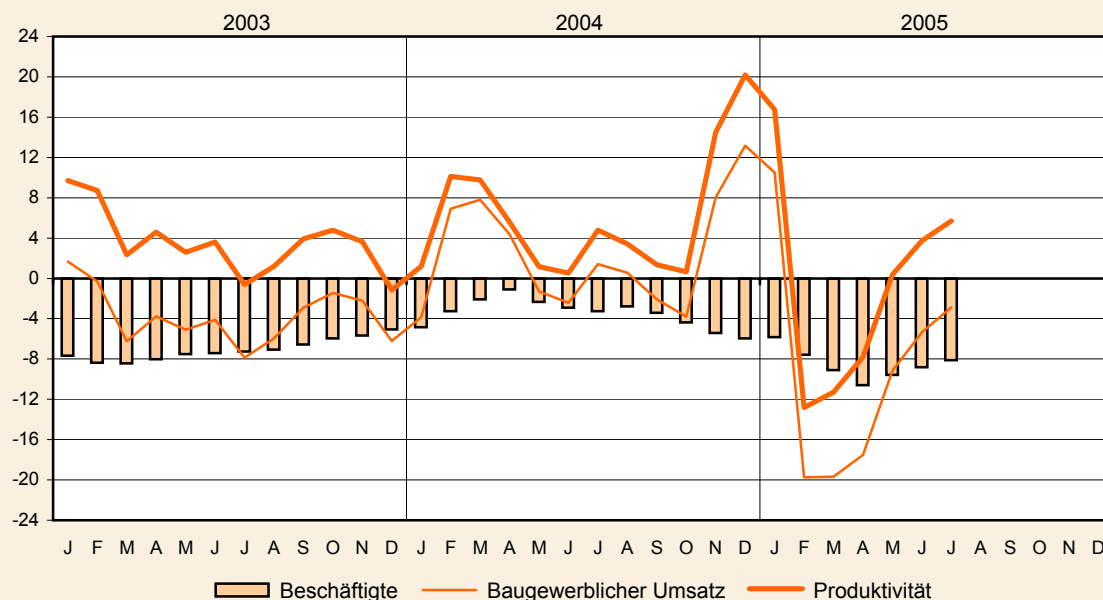
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

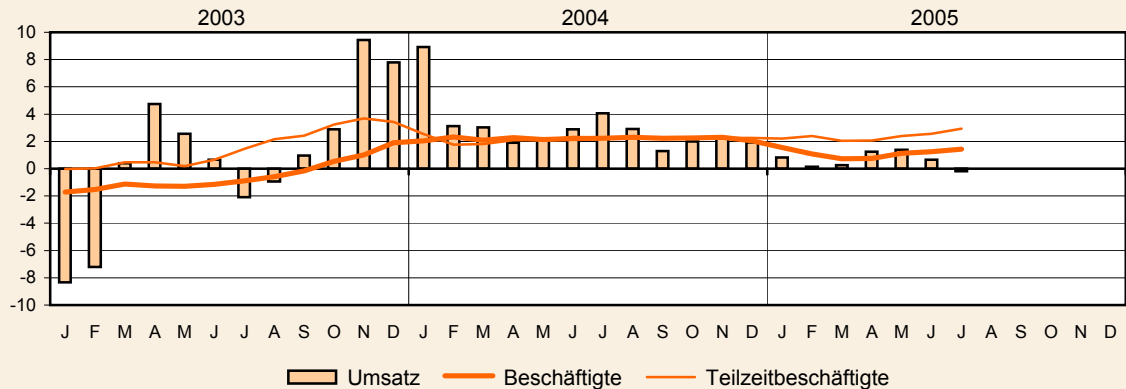
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



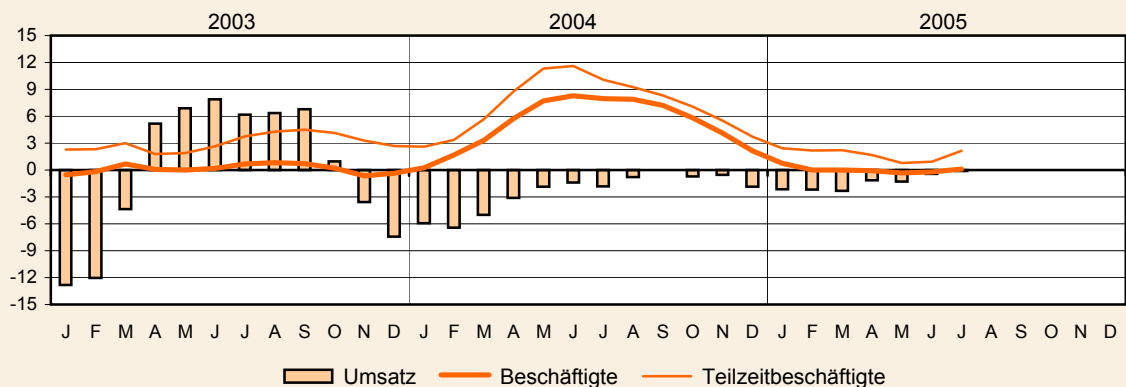
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

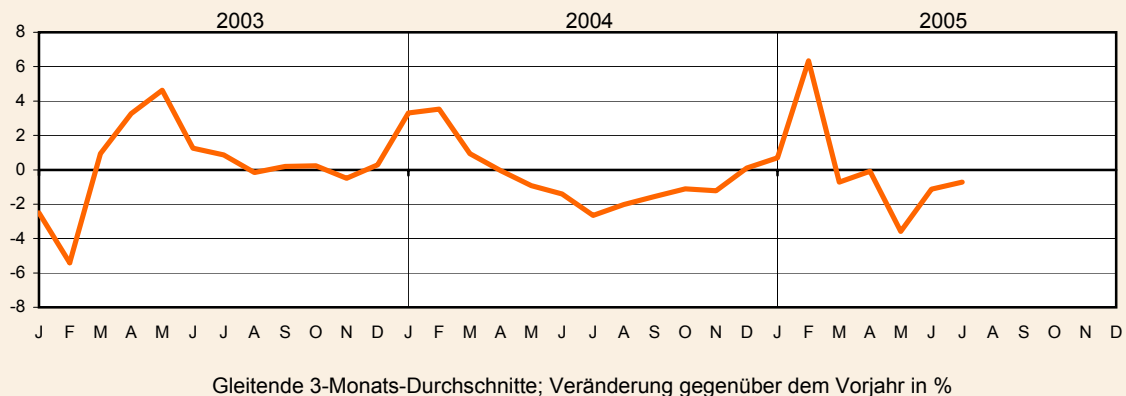
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



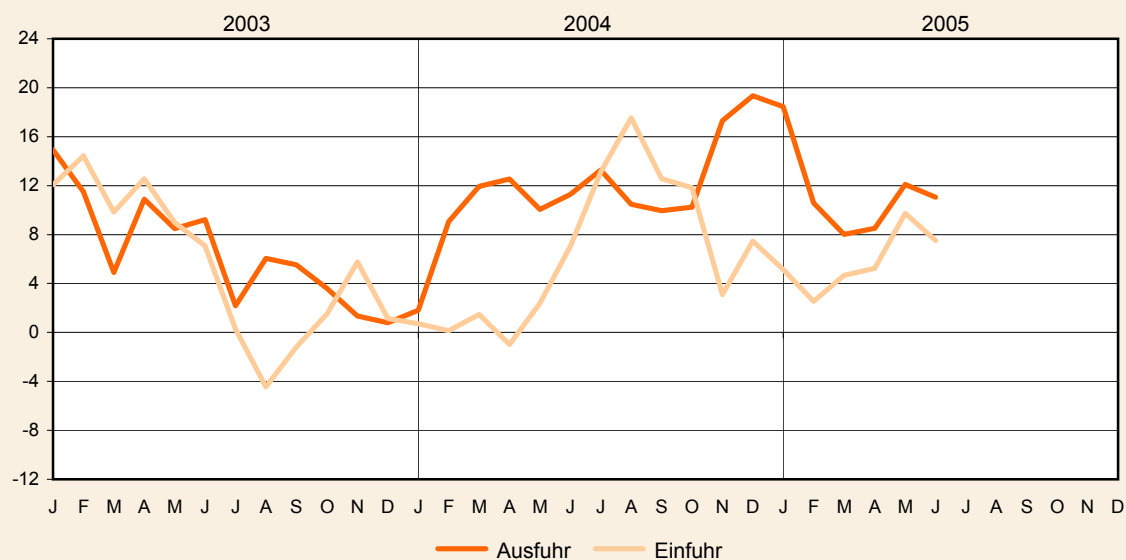
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

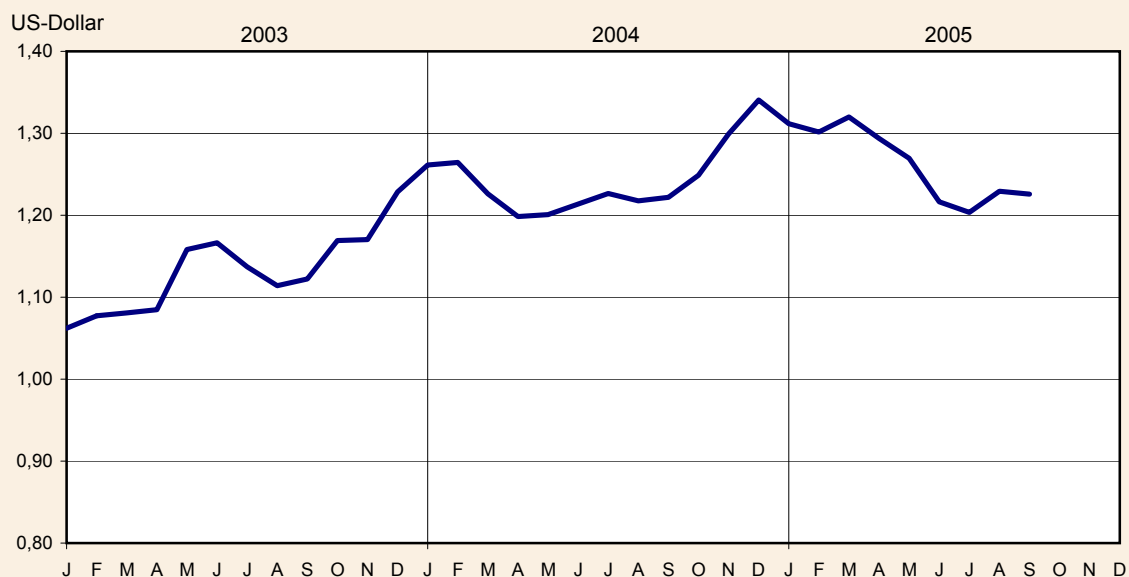


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz (Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



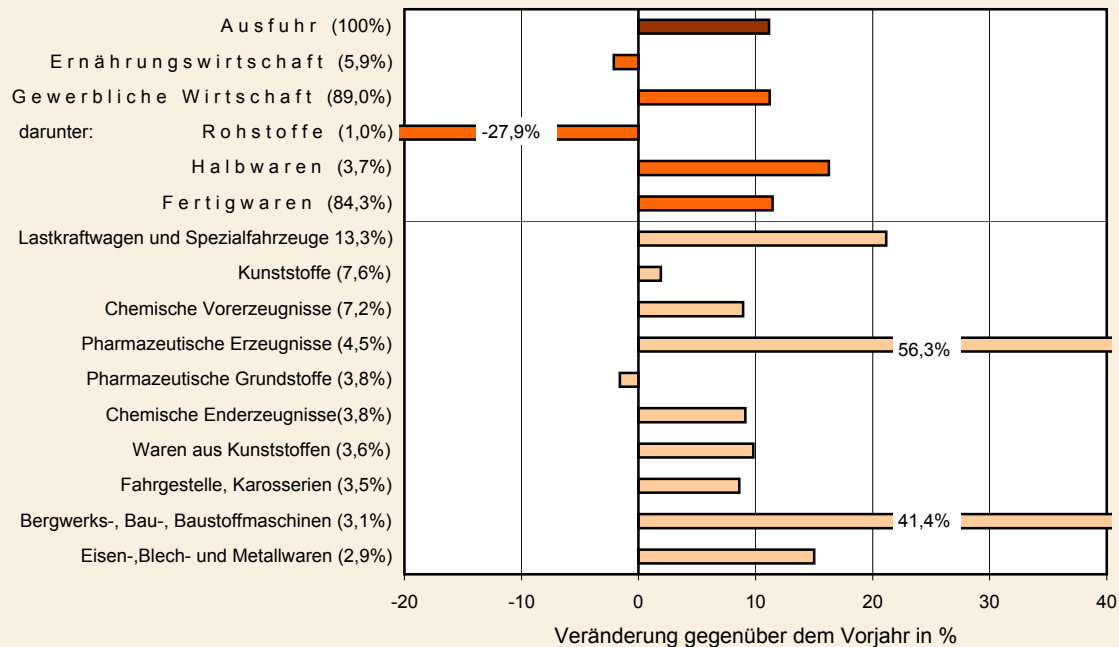
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank 1 EUR = ... US-Dollar (Monatsdurchschnitt)

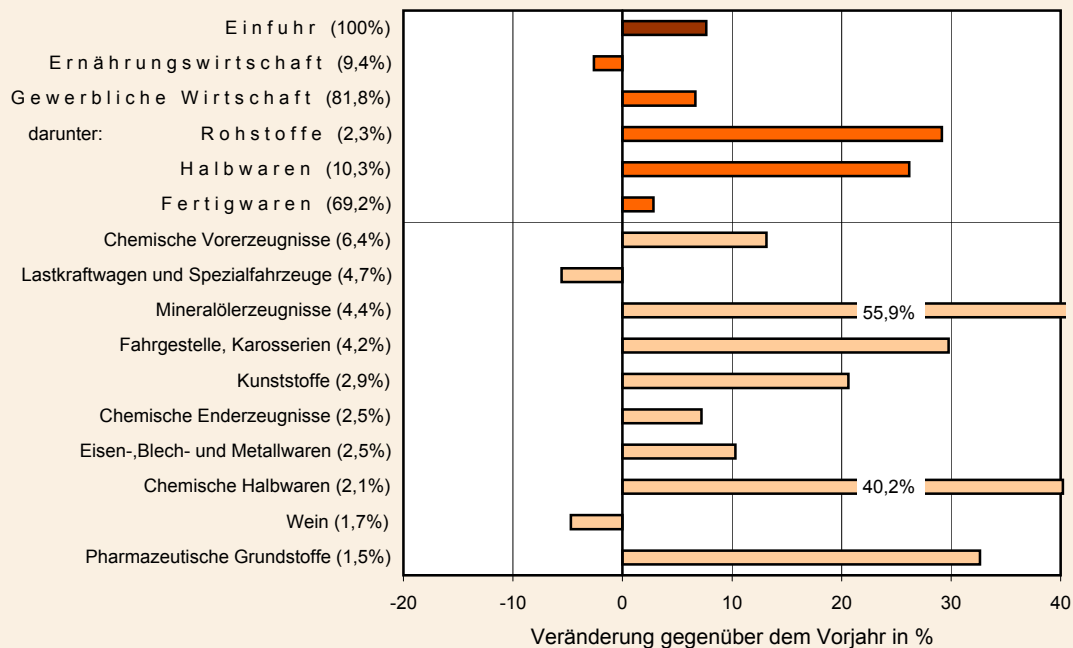


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(August 2004 - Juli 2005)

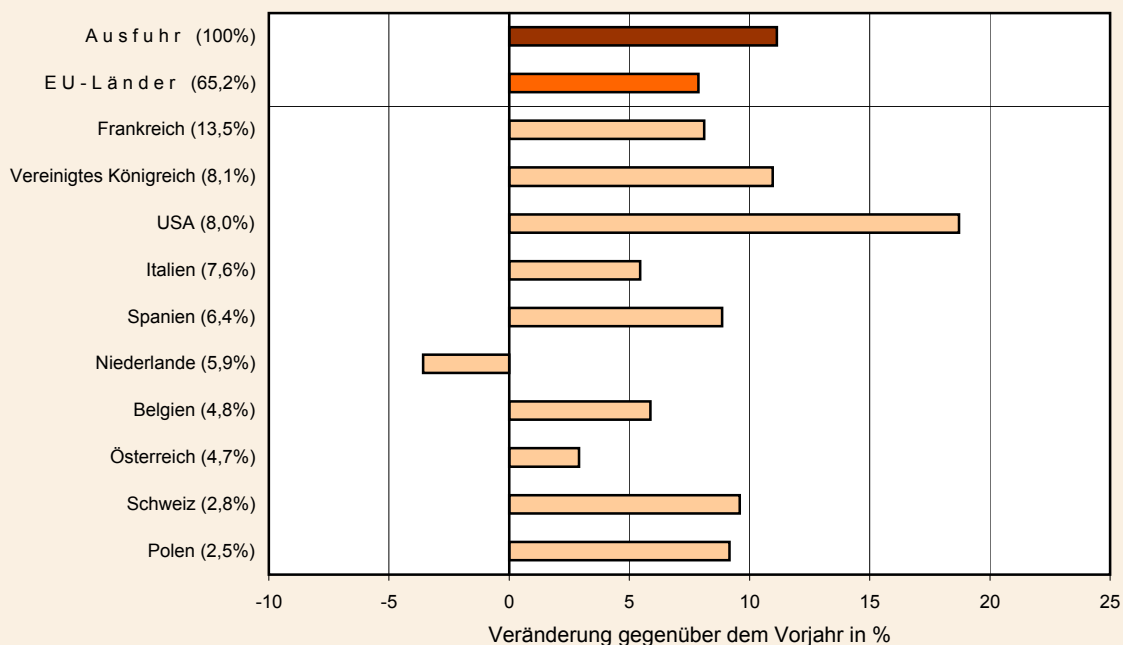


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(August 2004 - Juli 2005)

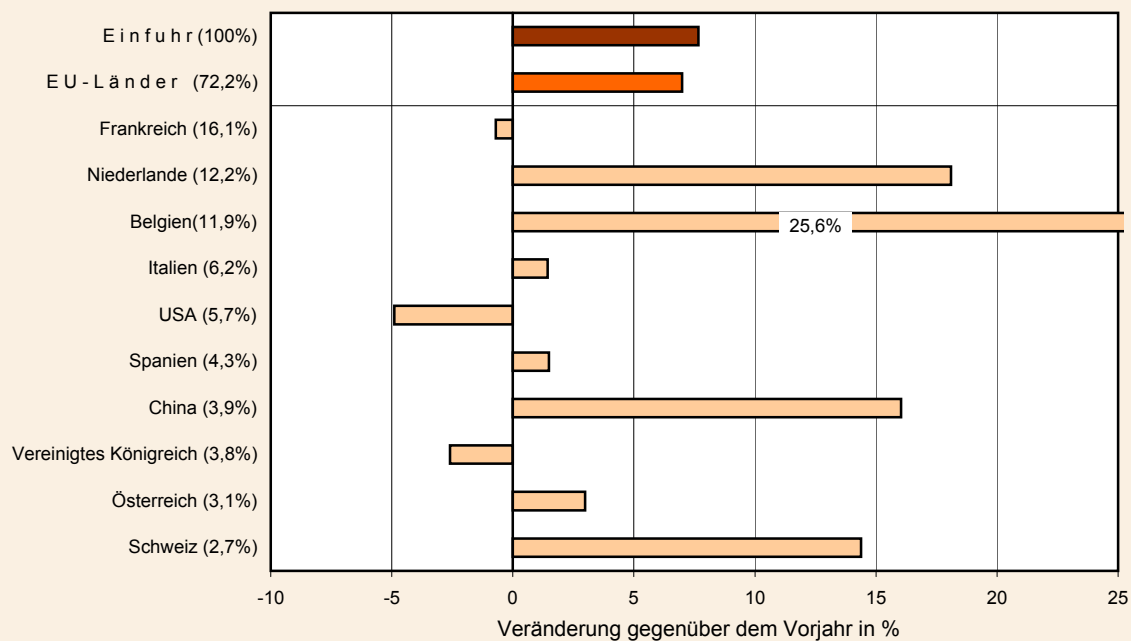


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(August 2004 - Juli 2005)

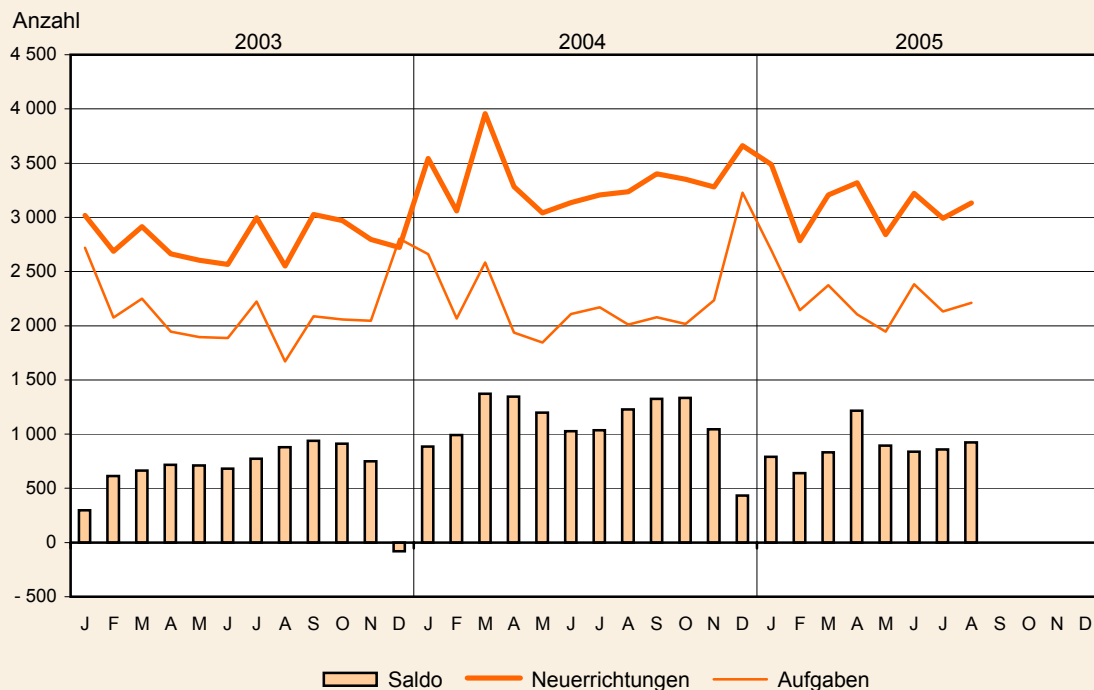


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(August 2004 - Juli 2005)

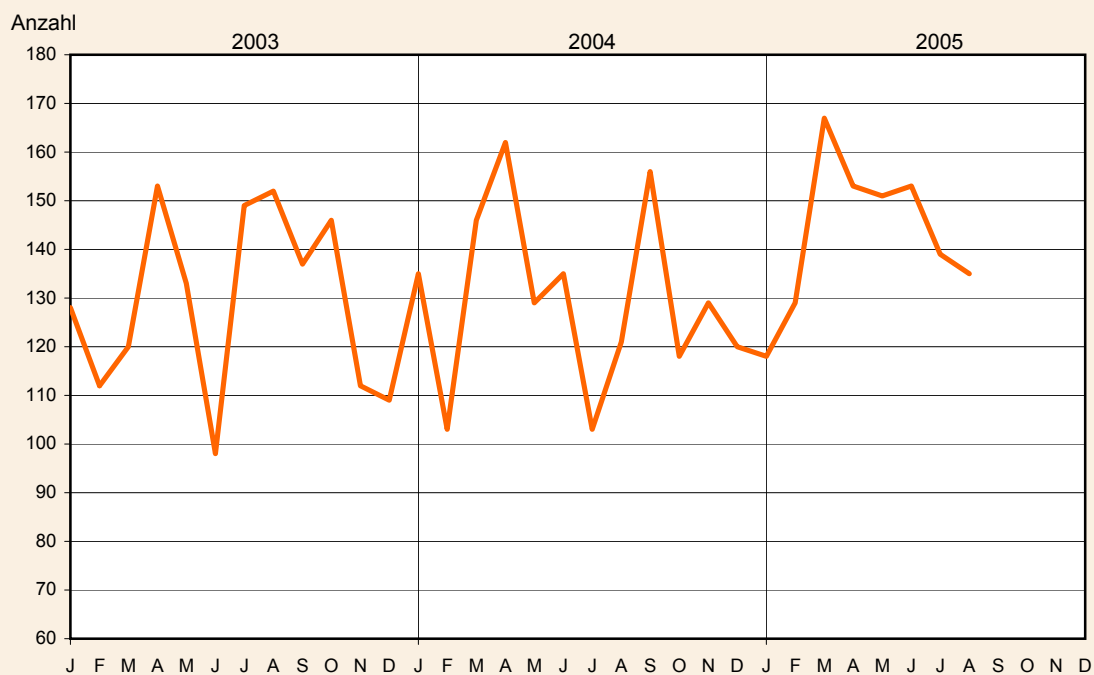


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

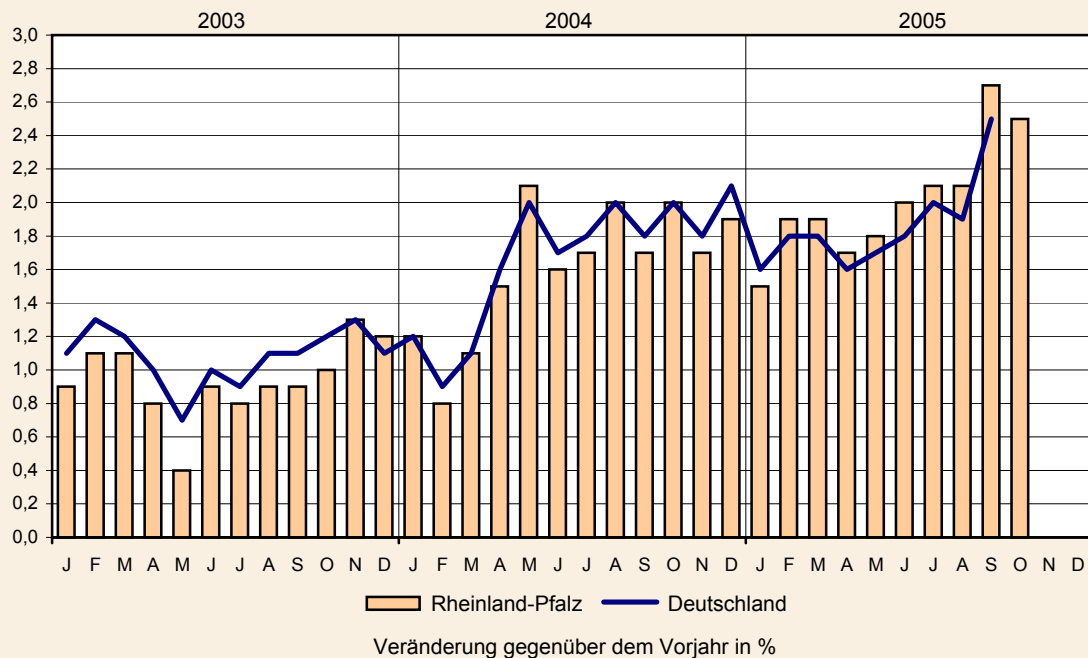
Gewerbebeanzeigen in Rheinland-Pfalz



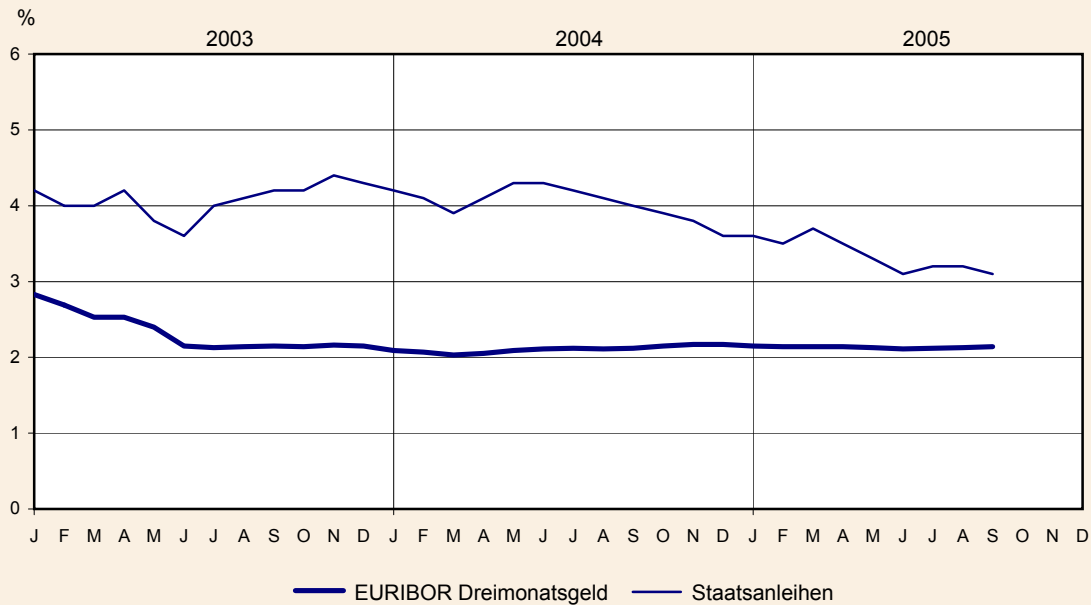
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

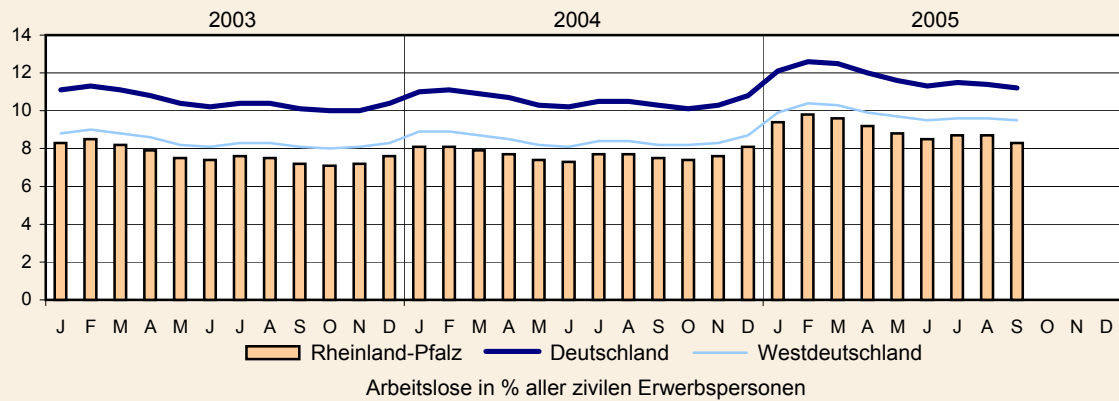


Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

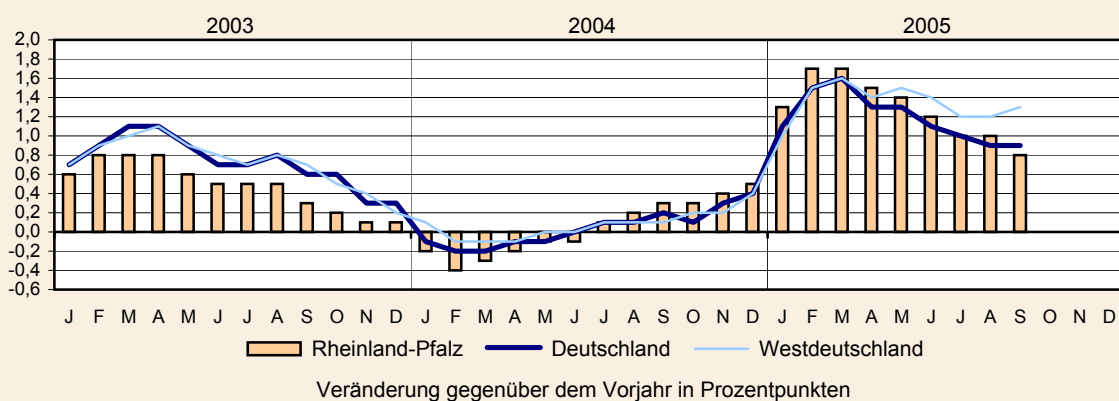


Quelle: Deutsche Bundesbank.

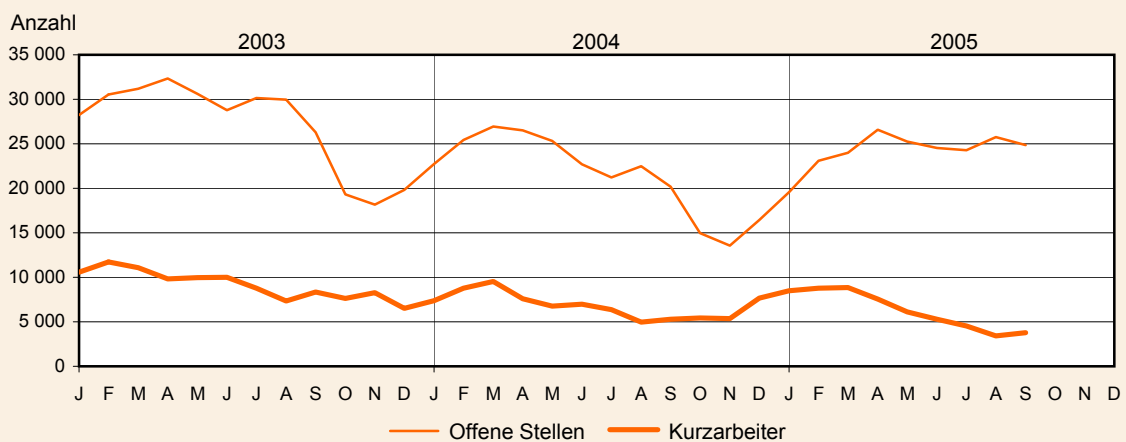
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

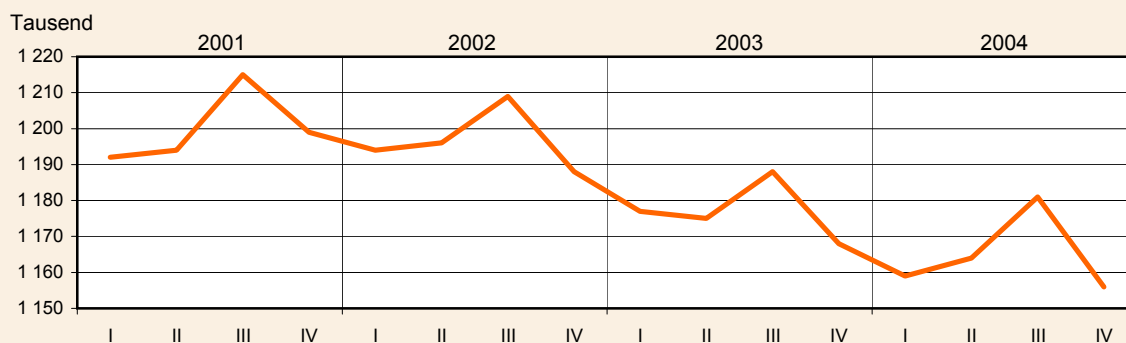


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

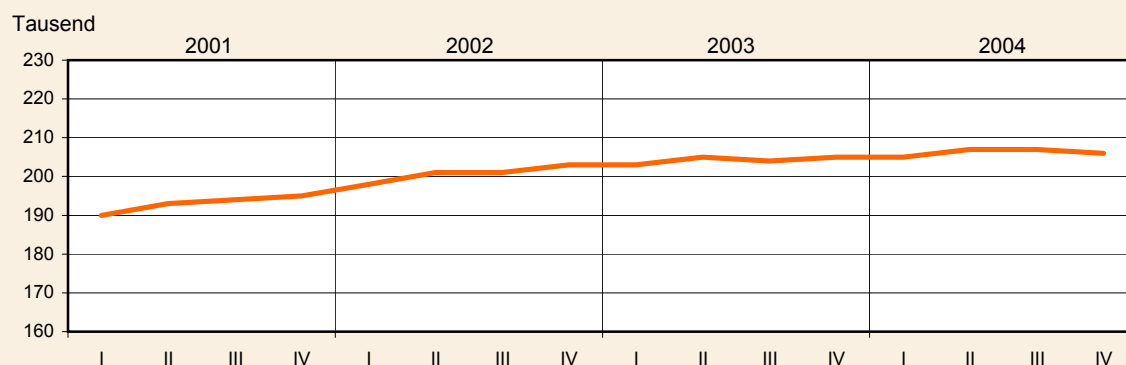


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

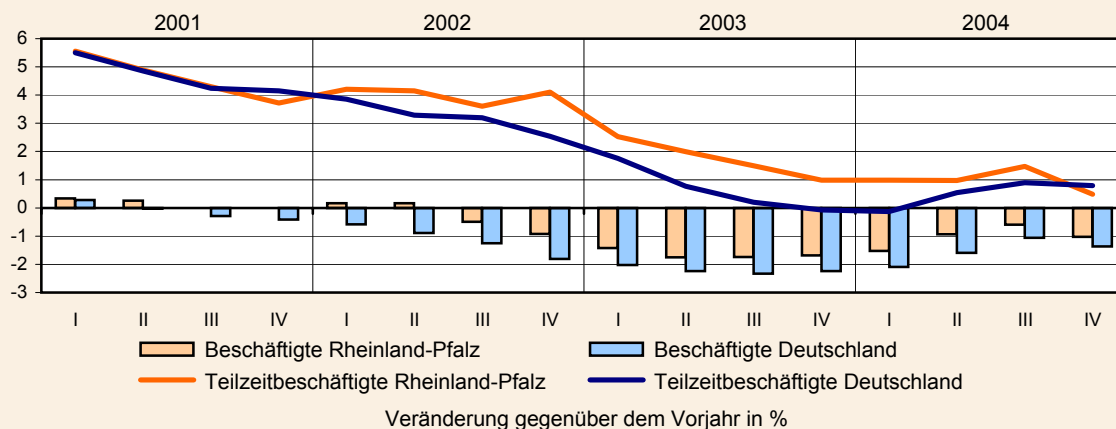
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



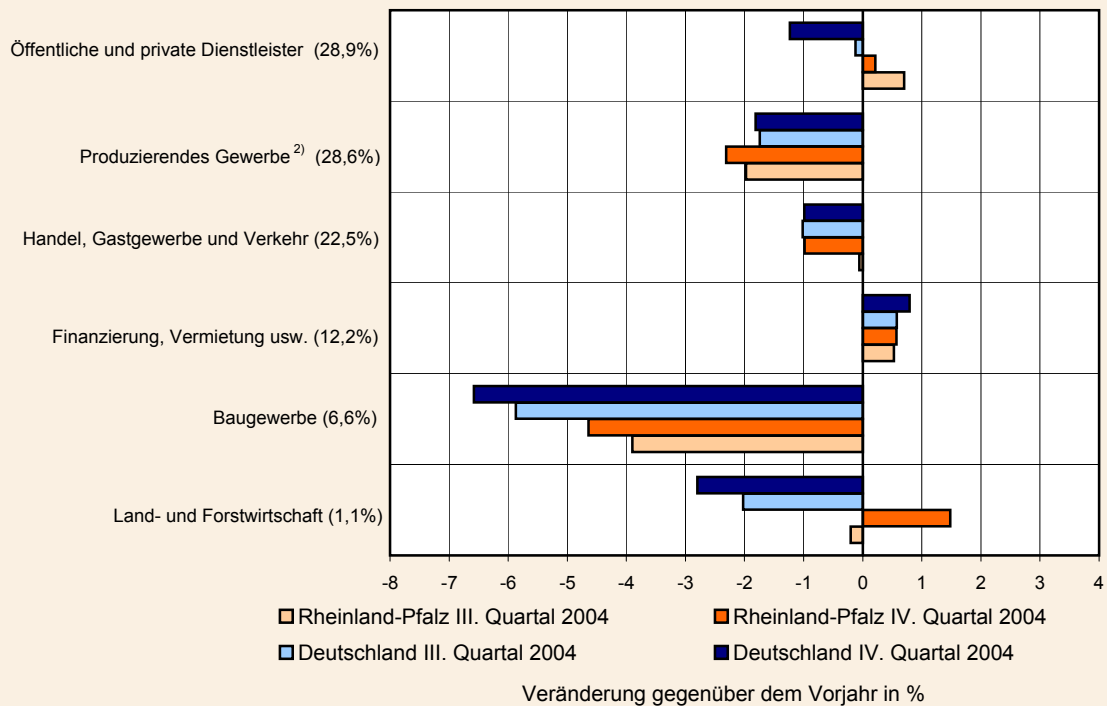
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Oktober 2005.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Die Exportquote

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 061 ¹⁾	4 057	4 057	4 058	4 057	4 057	4 058	4 060
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	314	315	316	313	314	314	315
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 677	1 753	1 800	2 222	2 216	981	1 090	2 969	1 885
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 840	2 785	2 490	2 702	2 839	2 524	2 855	2 665	2 870
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,2	7,5	7,8	8,5	7,3	8,6	7,7	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 661	3 464	3 391	3 312	3 241	4 297	3 577	3 702	3 369
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	10,2	9,6	9,7	12,5	10,7	10,7	10,1
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	14	12	11	12	16	13	10	6	7
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,9	4,1	3,5	4,3	6,4	5,2	3,5	2,3	2,4
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 901	- 610	- 402	- 1 773	- 722	- 1 037	- 499
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 2,7	- 1,8	- 1,2	- 5,1	- 2,2	- 3,0	- 1,5
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	7 494	7 075	8 396	7 874	8 290	8 479	8 827
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 346	2 218	2 032	2 248	2 418	2 388	2 677	2 021	2 418
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	6 654	6 167	7 128	7 195	7 484	6 452	7 062
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 849	2 114	1 898	1 849	1 814	2 009	2 276	1 533	1 943
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	840	908	1 268	679	806	2 027	1 765
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 821	12 969	12 265	11 060	12 978	12 374	12 052	13 044	13 237
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2001	2002	2003		2004				
		30.6.			30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig										
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 194	1 196	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156
* Frauen	1 000	525	532	527	531	527	524	522	530	523
* Ausländer/-innen	1 000	78	76	72	73	69	69	70	71	66
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	193	201	205	204	205	205	207	207	206
* darunter Frauen	1 000	169	176	179	178	179	179	181	181	180
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft,										
Fischerei	1 000	13	14	13	13	11	12	13	13	12
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	358	351	340	342	338	334	333	335	330
* Baugewerbe	1 000	88	85	80	82	77	74	77	79	74
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	268	271	265	268	262	260	262	268	259
* Finanzierung, Vermietung und										
Unternehmensdienstleistungen	1 000	138	141	141	144	141	141	142	145	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	327	334	335	338	338	337	336	340	339

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	154 664	155 111	154 915	155 723	150 289	173 065	175 249	175 766	168 104
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	67 771	69 139	66 394	80 404	82 533	84 004	81 082
* Männer	Anzahl	88 609	88 800	87 144	86 584	83 895	92 661	92 716	91 762	87 022
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	7 264	7 101	6 965	8 022	7 653	7 441	6 978
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	43 565	43 505	42 093	49 587	49 355	48 620	46 034
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,5	8,6	8,6	8,6	8,3	9,5	9,7	9,7	9,3
* Frauen	%	7,8	7,8	8,0	8,1	7,8	9,4	9,6	9,8	9,5
* Männer	%	9,2	9,2	9,1	9,0	8,8	9,7	9,7	9,6	9,1
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	17,2	17,0	17,0	21,4	21,3	20,9	20,3
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	9,4	9,7	8,7	9,8	11,1	11,9	10,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	6 349	4 970	5 303	5 305	4 536	3 408	3 790
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	21 240	22 495	20 168	24 539	24 293	25 766	24 861
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	268	318	307	1 185	1 273	1 331	1 302
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	4 566	4 644	4 753	5 949	6 135	6 205	6 057
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	988	828	649	665	647	544	781	629	692
insgesamt										
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	606	621	603	527	730	603	670
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	39	38	43	44	44	17	51	26	22
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	2	6	1	-	...	1	...	1
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	125	97	62	100	94	91	145	77	110
private Haushalte	Anzahl	862	729	581	564	553	453	635	552	581
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	885	946	927	696	1 096	858	863
* Umbauter Raum	1 000 m³	952	810	618	637	629	505	737	595	629
* Wohnfläche	1 000 m²	172	147	114	118	115	94	137	110	118
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	5 016	5 195	5 066	4 154	6 107	4 793	5 045
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	217	184	142	144	143	114	203	138	144
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	128	130	144	183	139	118	149	139	166
insgesamt										
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	16	19	22	22	13	11	15	25
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	106	105	110	141	104	98	127	120	131
private Haushalte	Anzahl	6	10	15	20	13	7	11	4	10
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	6	25	10	10	13	34	39
* Umbauter Raum	1 000 m³	661	662	731	829	1 087	509	543	538	1 054
* Nutzfläche	1 000 m²	98	98	107	130	148	79	94	88	159
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	67	55	84	90	38	49	52	144
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 491	1 314	1 134	1 150	1 071	795	1 216	1 002	1 044
nahmen an bestehenden Gebäuden)										
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	6 196	6 252	5 953	4 875	7 021	5 613	6 073

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundversicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾ darunter	t	10 393	10 830	10 526	10 000	10 114	10 463	10 221	9 200	10 815
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	2 302	2 178	2 242	2 206	2 280	1 938	2 602
* Kälber	t	18	20	14	13	14	13	9	9	9
* Schweine	t	7 595	7 968	8 126	7 731	7 770	8 136	7 821	7 189	8 106
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 621	9 535	9 492	9 082	9 213	10 038	9 942	10 000	9 944
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	65 277	65 787	63 441	59 535	66 230	66 892	64 933
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 193	2 196	2 188	2 125	2 118	2 116	2 112
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	288 559	281 120	280 752	281 263	282 446	274 017	273 876	274 259	275 122
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	180 771	175 217	175 257	176 068	176 474	169 692	169 652	170 203	170 690
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	36 231	36 097	33 640	33 976	36 761	35 212	34 036
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	889	884	915	846	825	1 039	903	827	824
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	476	434	430	468	461	417	424
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	434	433	439	412	395	571	442	411	400
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 230	5 508	5 791	5 513	5 202	5 759	6 254	5 597	5 394
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 779	2 953	3 107	2 957	2 765	3 048	3 213	2 845	2 772
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 602	1 497	1 387	1 624	1 898	1 661	1 453
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	113	102	104	102	117	101	97
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	969	958	946	985	1 026	990	1 072
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 784	1 676	1 580	1 872	1 869	1 595	1 635
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	905	826	767	896	1 078	905	840
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 665	2 535	2 343	2 721	2 999	2 633	2 501
Exportquote ⁷⁾	%	44,9	45,8	46,0	45,9	45,0	47,3	48,0	47,0	46,4
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,6	106,8	109,8	110,5	99,1	102,8	117,7	109,5	106,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	110,4	109,9	96,4	103,9	119,7	108,2	105,0
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	110,4	114,2	104,1	100,6	118,2	111,5	105,7
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	107,0	92,5	91,9	90,9	95,0	96,6	92,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	104,1	106,5	99,3	108,9	111,3	115,6	120,5
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen ⁸⁾	2000=100	102,3	109,4	116,3	118,7	99,4	116,3	132,5	117,7	120,0
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	111,4	122,5	114,4	97,8	114,0	114,0	110,6
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	87	86	86	86	85	86	88	88	88
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 660	10 377	10 416	10 281	10 309	10 146	10 159	10 120	10 259
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 363	1 329	1 344	1 328	1 196	1 213	1 350	1 287	1 213
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	34	33	32	31	29	31	32	31	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	526	555	573	534	419	486	525
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	514	541	553	522	404	468	512

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	39 526	38 163	38 361	38 634	38 895	35 098	35 276	35 403	35 812
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	3 967	3 780	4 305	4 263	3 707	3 528	4 222	3 996	3 707
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 789	1 758	1 479	1 415	1 710	1 657	1 484
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	995	931	993	1 028	918	846	941	891	883
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	1 524	1 477	1 310	1 267	1 571	1 448	1 340
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	743	719	607	634	785	736	647
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	90	85	89	88	89	77	79	77	83
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	65	66	68	57	58	57	63
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	24	22	21	20	22	21	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	355	370	356	284	339	370	341
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	114	122	123	100	120	127	114
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	92	86	92	94	87	73	82	91	83
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	150	154	146	111	137	152	144
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	64	64	57	52	65	61	63
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}		2003	2004	2003	2004			2005		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	368	332	365	331	331	334	331	319	320
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	12 338	11 708	12 381	11 569	11 497	11 999	11 767	11 207	11 488
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 715	3 446	3 467	3 681	3 636	3 330	3 652
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	80	77	86	73	75	78	83	72	77
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	62	52	54	56	59	51	55
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	24	21	22	22	24	20	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	348	195	244	281	335	183	240
HANDEL										
Großhandel ⁷⁾		2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2003=100	100	98,8	98,7	99,1	100,2	98,4	98,5	98,8	100,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	104,0	104,3	105,4	107,6	109,6	110,4	112,8	115,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,1	108,7	105,0	102,9	102,4	111,0	103,7	109,0
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	101,1	106,4	102,6	99,9	98,1	106,2	98,7	103,5
Einzelhandel ^{8) 9)}										
* Beschäftigte	2003=100	100	101,3	101,1	102,3	102,5	102,7	102,9	103,2	104,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	100,8	100,8	102,9	102,4	103,5	104,1	105,0	106,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	102,1	102,1	105,2	98,4	103,1	103,7	102,0	99,4
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	102,0	101,8	105,1	98,4	102,1	102,6	101,4	98,9
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{8) 10)}										
* Beschäftigte	2003=100	100	100,6	97,3	97,1	98,9	97,7	97,7	98,0	98,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	105,0	91,8	93,1	92,9	95,9	96,3	96,7	97,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,7	115,0	106,8	95,2	105,5	113,4	108,0	95,1
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	102,4	113,5	105,3	94,0	103,7	111,4	105,9	93,1
GASTGEWERBE ⁸⁾										
* Beschäftigte	2003=100	100	105,1	108,9	108,6	108,4	108,4	108,7	108,9	108,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	108,0	112,5	110,9	109,6	112,8	113,5	113,5	113,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	96,3	102,0	105,7	106,4	107,3	101,3	106,0	106,5
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100	95,5	101,5	104,2	105,0	105,6	99,5	103,5	104,0

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gästeankünfte	1 000	561	580	733	780	747	770	720	782
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	156	227	207	167	159	227
* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	2 005	2 365	2 521	2 164	1 896	2 318
* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	431	754	760	479	418	745
VERKEHR									
Straßenverkehrsunfälle									
		2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 357	2 262	2 491	2 489	2 537	2 100	2 421	2 355
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 711	1 728	1 738	1 351	1 665	1 696
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	24	27	31	16	26	22
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	13	14	16	9	18	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	8	7	10	3	7	8
Radfahrer	Anzahl	2	1	2	3	3	-	1	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	-	-	2	2	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	2 212	2 281	2 249	1 748	2 184	2 392
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	473	468	475	317	471	426
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	214	201	210	136	193	172
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	95	84	136	120	136	86	145	117
Radfahrer	Anzahl	51	45	73	73	77	40	64	81
Fußgänger	Anzahl	40	38	34	45	34	40	50	33
Kraftfahrzeuge									
		2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	13 587	16 479	14 277	11 164	15 728	17 702	14 111
darunter									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	975	865	1 613	986	765	1 204	1 517	961
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	11 583	13 536	12 181	9 542	13 196	14 799	11 972
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	738	852	675	607	790	848	720
* Zugmaschinen	Anzahl	200	239	304	265	172	281	337	259
Personenbeförderung									
		2003	2004	2003	2004			2005	
		Durchschnitt	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	.	69 121	.	71 535	70 036	62 460	72 451	66 493
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	.	643	.	623	654	517	776	573
Binnenschifffahrt									
		2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 146	1 241	1 237	1 242	1 259	1 184
* Güterversand	1 000 t	756	808	811	847	827	976	905	942
AUSSENHANDEL ⁵⁾									
Ausfuhr (Spezialhandel)									
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 638	2 753	2 711	2 680	2 786	3 074	3 147
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	156	196	175	154	163	173	176
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 349	2 413	2 396	2 386	2 483	2 756	2 813
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	27	103	16	27	15	17	18
* Halbwaren	Mill. EUR	83	99	91	90	92	95	103	111
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 223	2 219	2 291	2 267	2 373	2 636	2 684
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	694	680	729	676	657	825	718
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 529	1 539	1 562	1 591	1 716	1 811	1 966

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 933	2 005	1 972	1 972	2 088	2 189	2 321	2 074
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 590	1 721	1 783	1 734	1 751	1 830	1 893	2 053	1 811
Belgien	Mill. EUR	142	127	138	119	109	143	146	153	137
Luxemburg	Mill. EUR	31	35	26	38	34	32	34	50	42
Dänemark	Mill. EUR	33	32	27	34	27	40	34	36	37
Finnland	Mill. EUR	20	20	17	22	20	24	22	21	20
Frankreich	Mill. EUR	317	356	345	372	373	384	366	460	355
Griechenland	Mill. EUR	23	27	29	39	20	38	58	42	58
Großbritannien	Mill. EUR	190	215	203	230	226	221	210	269	238
Irland	Mill. EUR	11	12	13	12	14	12	10	13	13
Italien	Mill. EUR	186	200	192	216	209	214	208	227	217
Niederlande	Mill. EUR	154	156	234	137	140	136	167	150	142
Österreich	Mill. EUR	114	124	125	118	131	122	126	127	117
Schweden	Mill. EUR	44	52	50	42	53	47	90	73	38
Spanien	Mill. EUR	153	168	159	175	181	187	181	202	182
Portugal	Mill. EUR	19	19	15	17	21	20	16	22	18
* Afrika	Mill. EUR	50	61	56	69	73	68	73	59	77
* Amerika	Mill. EUR	260	300	339	306	295	275	446	286	288
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	261	219	212	206	353	192	200
* Asien	Mill. EUR	271	319	329	341	317	331	337	447	355
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	44	52	48	44	41	44	42
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	24	22	22	23	29	28	29
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 647	1 566	1 756	1 688	1 827	1 666	1 864	1 857
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	171	185	180	155	164	169	167	157
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 321	1 229	1 403	1 367	1 498	1 346	1 530	1 535
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	47	50	50	28	66	63	67	67
* Halbwaren	Mill. EUR	165	188	140	201	206	202	192	236	258
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 085	1 039	1 152	1 133	1 229	1 090	1 227	1 210
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	289	264	295	352	339	326	348	306
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	797	775	857	781	890	764	879	905
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 318	1 253	1 398	1 373	1 469	1 338	1 478	1 455
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 133	1 189	1 126	1 266	1 257	1 314	1 190	1 324	1 292
Belgien	Mill. EUR	163	200	181	193	192	214	198	201	179
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	22	29	26	26	45	34	40
Dänemark	Mill. EUR	31	29	36	34	28	27	31	42	28
Finnland	Mill. EUR	8	6	6	5	8	9	8	8	6
Frankreich	Mill. EUR	240	265	283	283	277	304	224	260	262
Griechenland	Mill. EUR	4	4	5	2	2	3	5	3	4
Großbritannien	Mill. EUR	70	62	58	68	71	83	60	67	61
Irland	Mill. EUR	20	16	11	14	25	13	6	8	28
Italien	Mill. EUR	111	103	94	102	117	117	102	102	125
Niederlande	Mill. EUR	174	195	170	243	222	225	221	293	284
Österreich	Mill. EUR	50	50	46	52	51	50	52	61	51
Schweden	Mill. EUR	37	33	48	41	29	51	34	50	26
Spanien	Mill. EUR	69	71	69	85	67	72	67	76	73
Portugal	Mill. EUR	14	10	10	8	19	10	7	9	10
* Afrika	Mill. EUR	24	30	21	42	29	39	26	27	31
* Amerika	Mill. EUR	138	132	124	144	108	146	131	173	138
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	99	119	79	105	104	136	108
* Asien	Mill. EUR	147	162	164	162	172	169	167	177	230
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	26	25	30	33	34	28	32	30
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	9	7	4	5	7	3
GEWERBEANZEIGEN ³⁾		2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 278	3 879	3 604	3 722	3 726	3 397	3 822	3 546	3 692
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	2 570	2 700	2 481	2 479	3 004	2 700	2 744

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –

2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2003	2004				2005					
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.			
	* Insgesamt	Anzahl	399	456	438	419	380	490	576	564	547	
	davon											
	* Unternehmen	Anzahl	129	130	135	103	121	151	153	139	135	
	* Verbraucher	Anzahl	155	201	173	193	172	203	254	283	254	
	* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	100	113	115	109	79	109	160	129	145	
	* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
	Nachlässe	Anzahl	16	13	15	14	8	27	9	13	13	
	* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	121	118	112	116	160	114	122	113	97	
HANDWERK ²⁾	2003=100 ⁴⁾	2003	2004	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal			
	* Beschäftigte ³⁾	98,1	81,4	96,6	93,1	92,7	95,4	93,0	90,4	90,8		
	* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	100,0	88,1	109,2	85,4	98,2	98,4	104,9	79,2	96,3		
	PREISE	2000=100	2003	2004				2005				
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
		* Verbraucherpreisindex	104,3	106,0	106,5	106,1	106,3	108,5	108,7	109,0	109,0	
		VERDIENSTE ⁶⁾	EUR	2003	2004				2005			
				Durchschnitt	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	
			* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	2 531	2 571	2 504	2 599	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608
* Männer			2 602	2 643	2 574	2 675	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677	
* Frauen			1 909	1 935	1 910	1 930	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968	
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe			15,38	15,55	15,48	15,67	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70	
* Männer			15,79	15,95	15,91	16,09	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09	
darunter												
Facharbeiter	16,96		17,05	16,99	17,20	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23		
angelernte Arbeiter	15,12		15,45	15,36	15,60	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51		
Hilfsarbeiter	12,60	12,66	12,68	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77			
* Frauen	11,78	11,95	11,82	11,90	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10			
darunter Hilfsarbeiterinnen	10,97	11,09	11,02	11,04	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30			
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,9	38,0	37,2	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2			
Arbeiter	h	37,9	38,1	37,2	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3			
Arbeiterinnen	h	37,3	37,3	37,2	37,3	37,2	37,3	37,1	37,4			
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 686	3 775	3 766	3 785	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843		
* Männer	EUR	3 957	4 056	4 053	4 069	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121		
* Frauen	EUR	2 888	2 955	2 927	2 946	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031		
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 394	3 474	3 442	3 475	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559		
Männer	EUR	3 882	3 976	3 945	3 981	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060		
Frauen	EUR	2 821	2 879	2 848	2 872	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954		
* technische Angestellte	EUR	3 909	4 013	4 020	4 028	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072		
Männer	EUR	3 991	4 094	4 104	4 110	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152		
Frauen	EUR	3 136	3 245	3 225	3 233	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322		
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 780	2 878	2 871	2 857	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929		
* Männer	EUR	3 068	3 169	3 164	3 139	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217		
* Frauen	EUR	2 393	2 484	2 476	2 474	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528		
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 791	2 902	2 893	2 883	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951		
Männer	EUR	3 133	3 251	3 246	3 223	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296		
Frauen	EUR	2 401	2 495	2 486	2 487	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533		
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 246	3 329	3 323	3 324	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392		

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2002	2003		2004			2005		
		Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 680	112 290	112 393	112 230	112 953	113 075	114 728	115 919	116 079
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 677	13 598	12 574	12 674	12 524	12 154	12 506	12 650	12 259
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 931	10 550	10 702	10 424	9 987	9 817	9 525	9 438	9 491
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 072	88 142	89 117	89 132	90 442	91 104	92 697	93 831	94 329
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 124	106 069	106 242	106 093	106 903	107 220	109 173	110 271	110 514
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 391	92 487	92 997	93 207	93 794	94 260	94 486	95 392	96 140
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 734	13 582	13 245	12 886	13 109	12 960	14 687	14 879	14 374
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 556	6 221	6 151	6 137	6 050	5 855	5 555	5 648	5 565
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	80 199	84 173	86 842	86 538	87 046	87 280	89 470	92 709	93 280
Sichteinlagen	Mill. EUR	20 241	22 733	24 439	23 574	24 394	24 049	24 721	25 589	26 843
Termineinlagen	Mill. EUR	24 329	25 982	26 769	27 559	27 485	28 049	28 883	29 961	29 618
Sparbriefe	Mill. EUR	5 581	5 215	5 130	5 044	5 061	5 182	5 349	5 371	5 342
Spareinlagen	Mill. EUR	30 049	30 243	30 504	30 361	30 106	30 000	30 517	31 788	31 477
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	77 570	81 610	84 429	83 882	84 093	84 568	86 930	89 707	90 189
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	75 384	79 251	81 863	82 012	82 095	82 700	84 934	88 014	88 483
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 186	2 360	2 566	1 870	1 998	1 868	1 996	1 693	1 706
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 629	2 563	2 413	2 656	2 953	2 712	2 540	3 002	3 091
STEUERN		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 084	2 091	1 784	1 857	2 219	2 434	1 867	2 266	2 449
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	440	449	864	1 048	472	788	955
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	494	457	426	503	471	765	423
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	-	341	-	-	-	329	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	- 69	- 34	267	348	- 49	- 28	328
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	30	11	7	19	31	15	19
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	10	9	7	7	14	37	9
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	-	56	-	-	-	25	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	- 25	6	158	171	5	- 2	176
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	-	- 22	-	-	-	- 4	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 344	1 408	1 355	1 386	1 396	1 477	1 494
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	352	418	370	350	354	416	370
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	992	990	985	1 036	1 041	1 062	1 124
Zölle	Mill. EUR	96	123	117	125	132	122	124	139	159
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	95	83	90	114	91	85	93
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	44	64	52	39	52	60	56	36
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	23	22	44	55	23	22	49

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	81	75	76	162	87	80	89
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	30	8	10	9	98	17	12	12
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	15	16	15	16	15	12	16	17	16
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	33	35	36	35	32	39	38	39	34
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	14	17	9	11	5	12	8	18
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	4	4	0	0	4
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	4	4	4	4	4
		2003	2004	2003	2004			2005		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	350	404	341	355	447	367	445	438	415
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	3	4	5	5	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	97	99	88	91	107	107	90	92	110
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	240	291	243	251	323	245	346	333	288
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	10	9	6	8	13	9	6	8	13
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	546	600	663	468	609	546	777	543	569
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	160	230	113	227	262	173	257	291	220
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	247	230	405	127	191	222	379	130	193
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	28	47	11	31	29	41	17	28
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	577	598	481	616	603	935	465	582	535
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	81	75	76	162	87	80	89
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	263	261	131	294	327	395	144	277	365
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	205	159	288	131	163	149	272	130
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	2	3	- 29	- 14	113	148	- 21	- 12	139
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	14	22	8	- 0	- 0	- 5	7	1	4
Zinsabschlag	Mill. EUR	10	11	4	28	3	3	6	16	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	17	19	- 12	- 8	79	86	2	- 1	88
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	220	224	218	244	201	378	187	223	80
Umsatzsteuer	Mill. EUR	155	160	160	191	132	301	146	172	15
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	64	59	52	68	76	41	51	65
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	8	5	16	1	-	-	14	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	-	-	6	0	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	7	24	2	-	-	22	1	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	5	0	-	-	5	0	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 116	1 071	939	1 102	1 113	1 299	1 038	1 217r	1 294
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	95	83	90	114	91	85	93
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	317	314	187	350	379	460	203	359	420
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	683	667	640	667	644	725	730	772r	782
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	8	5	16	1	-	-	14	1	0

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Oktober

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Rechtskräftige Aburteilungen 2004
Bestellnr.: B6013 200400

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2005
Bestellnr.: C1053 200500

Wachstumstand der Reben Ende September 2005 (Berichtszeitraum 25. August - 24. September)
Bestellnr.: C2063 200503

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Juli 2005
Bestellnr.: D1023 200507

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2005
Bestellnr.: E1023 200508

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im August 2005
Bestellnr.: E1033 200508

Bauhauptgewerbe im Juli 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200507

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im August 2005
Bestellnr.: E4023 200508

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2005
Bestellnr.: F2033 200508

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im August 2005
Bestellnr.: G1023 200508

Aus- und Einfuhr im Juli 2005
Bestellnr.: G3023 200507

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im August 2005
Bestellnr.: G4023 200508

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im August 2005
Bestellnr.: H1023 200508

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Personal im öffentlichen Dienst 2003
Bestellnr.: L3023 200300

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im September 2005
Bestellnr.: M1013 200509

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im August 2005
Bestellnr.: M1043 200543

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2005
Bestellnr.: Z1013 200508

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Bundestagswahl 2005 in Rheinland-Pfalz – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik

Finanzstatistische Daten nach Gebietskörperschaften (CD-ROM)
Bestellnr.: L2011C 200300

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2004 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 (E-Mail-Versand)
Bestellnr.: A6025E 200400

Aktualisierte CD-ROM bietet Übersicht über die kommunalen Finanzen und das kommunale Personal

Ausgewählte Daten der Finanz- und Personalstatistiken für die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände hat das Statistische Landesamt auf einer CD-ROM zusammengefasst. Sie enthält für jedes nachgewiesene Jahr rund 300 000 Zahlenangaben und ergänzt die gedruckten und als PDF-Dokumente verfügbaren Statistischen Berichte aus diesem Bereich. Die Angaben auf der CD-ROM werden jährlich durch Anfügen der jeweils aktuellen Daten fortgeschrieben, so dass die Entwicklung im Zeitablauf erkennbar ist.

Die dargestellten 41 Strukturmerkmale zur kommunalen Finanzwirtschaft und zum kommunalen Personal können wichtige Entscheidungshilfen – insbesondere für die kommunale Finanz- und Wirtschaftspolitik – liefern. So wird die Struktur der kommunalen Haushalte sichtbar, wie z. B. die Belastung durch Personalausgaben und Sozialhilfeleistungen oder der Beitrag der Steuern und Gebühren zur Aufgabenfinanzierung. Das für die Erbringung der vielfältigen kommunalen Dienstleistungen eingesetzte Personal wird ebenso dargestellt wie die Verschuldung.

Für jede Kommune wird neben dem absoluten Wert auch die Relation je Einwohner angegeben. Die Zahlen werden für die jeweils ausgewählte Kommune veröffentlicht, ebenso wird der Durchschnitt der vergleichbaren Gemeindegrößenklasse gebildet.

Die Präsentation der Daten auf einem elektronisch verarbeitbaren Speichermedium ermöglicht

- eine einfache Datenrecherche für fast 2 500 kommunale Körperschaften, d. h. für alle kreisfreien Städte, Landkreise, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz,
- die Gegenüberstellung der finanz- und personalstatistischen Merkmale einer Kommune und der Durchschnittswerte gleich großer Kommunen sowie
- eine Betrachtung der Veränderungen im Zeitablauf.

Die dargestellten Zahlen werden durch methodische Erläuterungen ergänzt; dies trägt zu einem besseren Verständnis der finanzstatistischen Ergebnisse bei.

Die CD-ROM „Finanzstatistische Daten nach Gebietskörperschaften“ kann zum Preis von 20,00 Euro erworben werden.

Hier abschneiden für Fensterkuvert!

Bestellschein

Schneller geht's per Fax: 02603 71-194322
oder E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
- Vertrieb der Veröffentlichungen -

56128 Bad Ems

Ich bestelle — Exemplar(e)

Finanzstatistische Daten nach Gebietskörperschaften der Jahre 2002 und 2003

zum Preis von 20,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Name, Firma, Institution

Ansprechpartner

Straße

PLZ/Ort

Telefon/Fax/E-Mail

Datum, Unterschrift

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Jürgen Hammerl und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.